

Baumgart, Sabine (Ed.)

Research Report

Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie: Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung

Arbeitsberichte der ARL, No. 29

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Baumgart, Sabine (Ed.) (2020) : Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie: Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Arbeitsberichte der ARL, No. 29, ISBN 978-3-88838-427-1, Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-42712>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/>

Arbeitsberichte der ARL 29

RAUMFORSCHUNG ZWISCHEN NATIONALSOZIALISMUS UND DEMOKRATIE

Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft
für Raumforschung

Sabine Baumgart (Hrsg.)

ARL

AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Arbeitsberichte der ARL 29

RAUMFORSCHUNG ZWISCHEN NATIONALSOZIALISMUS UND DEMOKRATIE

Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft
für Raumforschung

Sabine Baumgart (Hrsg.)

Es wurden überwiegend grammatische Formen gewählt, die weibliche und männliche Personen gleichermaßen einschließen. War dies nicht möglich, wurde zwecks besserer Lesbarkeit und aus Gründen der Vereinfachung nur eine geschlechtsspezifische Form verwendet.

Der vorliegende Arbeitsbericht ist ein Ergebnis des Kolloquiums „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“, das die ARL am 7. November 2019 in Hannover durchgeführt hat. Im Zentrum des Kolloquiums stand die kritische Reflexion der Geschichte der ARL. Gleichzeitig wurde auch die Historie weiterer raumwissenschaftlicher Institutionen während der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit beleuchtet. Die Beiträge des Arbeitsberichts basieren auf den mündlichen Vorträgen der Autorinnen und Autoren im Rahmen dieses Kolloquiums und wurden für eine Veröffentlichung von ihnen überarbeitet sowie extern lektoriert. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Abweichend vom Programm des Kolloquiums ist der Beitrag von Jörn Düwel nicht enthalten.

Geschäftsstelle der ARL:

WR V „Räumliche Planung, raumbezogene Politik, Planungsrecht“

Leitung: Dr. Andreas Stefansky (stefansky@arl-net.de)

Bearbeitung: Dr. Sebastian Krätzig (kraetzig@arl-net.de)

Arbeitsberichte der ARL 29

ISBN 978-3-88838-427-1 (PDF-Version)

ISSN 2193-1283 (PDF-Version)

Die PDF-Version ist unter shop.arl-net.de frei verfügbar (Open Access)

CC-Lizenz BY-ND 3.0 Deutschland

ISBN 978-3-88838-428-8 (Print-Version)

ISSN 2193-1542 (Print-Version)

Druck: Books on Demand GmbH, 22848 Norderstedt

Verlag der ARL – Hannover 2020

Sprachliches Lektorat: C. Burkhart

Satz und Layout: G. Rojahn, O. Rose

Zitierempfehlung für die Netzpublikation:

Baumgart, Sabine (Hrsg.) (2020):

Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie –

das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung.

Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 29.

URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-42712>

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Vahrenwalder Straße 247

30179 Hannover

Tel. +49 511 34842-0

Fax +49 511 34842-41

arl@arl-net.de

www.arl-net.de

INHALT

Einführung Sabine Baumgart, Axel Priebis _____	3
Die Forschungsprogramme der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) von 1936 bis 1939 Hansjörg Gutberger _____	8
Die Wiener Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung: Forschungen über Südosteuropa Petra Svatek _____	26
Die Kriegsforschungsprogramme der RAG. Eine Analyse anhand der Projekte des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) von 1939 bis 1944 Gunnar Take _____	38
Die Prägungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zwischen 1935 und 1953 Oliver Werner _____	48
Von der RAG zum Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Landesplanung in Bayern Jaromír Balcar, Thomas Schlemmer _____	71
Eine Reise ins Blaue? Bundesraumordnung und das Modell der zentralen Orte Karl R. Kegler _____	82
Ausblick auf weiterführende Diskurse Sabine Baumgart, Axel Priebis _____	98
Kurzfassung / Abstract _____	101
Namensregister _____	103

Sabine Baumgart, Axel Priebis

EINFÜHRUNG

Mit der Tagung „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ am 7. November 2019 befasste sich die ARL – *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (seit 2020 *Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft*) mit ihrer Geschichte.

Ihre Vorläufer-Einrichtung war die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG), die 1935 gegründet wurde. Aus der RAG gingen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem „Dritten Reich“ die *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (ARL) sowie das *Institut für Raumforschung* (IfR) in Bad Godesberg – ein Vorläuferinstitut des heutigen *Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung* (BBSR) in Bonn – hervor (siehe Werner in diesem Band). Zwei Akteure, die diese Kontinuität ausdrücklich verkörpern, sind in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. An erster Stelle ist das Konrad Meyer, der noch über zweieinhalb Jahrzehnte in der ARL aktiv war. Er steht geradezu paradigmatisch für die personellen Kontinuitäten nationalsozialistisch kompromittierter Wissenschaftler in der Raumforschung und Raumplanung der bundesdeutschen Nachkriegszeit. Auch Heinrich Hunke, von 1949 bis 1954 amtierender Generalsekretär und von 1960 bis 1964 Vizepräsident der ARL, sprach betont von der ARL als Rechtsnachfolgerin der RAG (siehe Werner in diesem Band). Er tat dies jedoch ohne Einschränkungen oder kritische Reflexion der politischen Rolle der RAG und der nationalsozialistischen Verstrickungen von Akademiemitgliedern.

Die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* sollte die wissenschaftlichen Grundlagen für die Raumordnung im NS-Staat erarbeiten. Die personelle Verknüpfung von maßgeblichen Wissenschaftlern der RAG mit der Politik des „Dritten Reichs“ wurde lange Zeit von den Verantwortlichen in der ARL nicht thematisiert – nicht zuletzt wegen persönlicher Betroffenheit und eigener Verstrickung –, vielleicht auch unterschätzt, obwohl die ARL nach dem Zweiten Weltkrieg unmittelbar aus der RAG hervorging. Ein Hinterfragen der politisch determinierten Rolle der RAG und ihrer nationalsozialistisch eingebundenen Mitglieder erfolgte erst sehr spät, und auch dies zunächst nur im Hinblick auf einzelne Akademiemitglieder. Es ist nicht zuletzt Prof. Dr. Klaus Beckmann in seiner damaligen Funktion als Präsident der ARL (2013-2015) zu verdanken, dass eine umfassende und systematische Aufarbeitung in Form eines Forschungsauftrags 2016 vergeben wurde.

Dieses kurze Schlaglicht auf die Gründungs- und Frühphase der Akademie zeigte bereits deutliche personelle, institutionelle und konzeptionelle Kontinuitäten.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu grotesk, wenn in der Festschrift der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* aus dem Jahr 1960 behauptet wird: „In Wahrheit haben weder Raumordnung noch Raumforschung (...) mit dem Nationalsozialismus auch nur das geringste zu tun“ (DFG 2006: 36).

Es macht deutlich, wie schwer sich die ARL und die gesamte Disziplin der Raumwissenschaft mit der kritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte taten und wie spät diese erfolgte. Denn der Versuch zur Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse als Untermauerung politischer Ideologie wurde damals in vielen Disziplinen und Institutionen unternommen. Erst spät wurden die damaligen Entwicklungslinien und ihr teilweise fließender Übergang in die Bundesrepublik zum Thema. Drei Verweise sollen an dieser Stelle gegeben werden.

Eine Ausstellung im Focke-Museum in Bremen mit dem Titel „Graben für Germanien“ 2013 zeigte auf, dass die Archäologie seit den frühen 1930er-Jahren der nationalsozialistischen Politik diene, indem die Archäologen angeblich „germanische Fundstellen“, „germanische Herrscher“ und eine „germanische Hochkultur“ zu entdecken suchten. Mit der Ausstellung wurde sehr anschaulich vermittelt, wie mit prähistorischer Forschung der Germanenkult im nationalsozialistischen Alltag untermauert werden sollte und sich in den allgegenwärtigen politischen Schulungen niederschlug. Es wurden Verflechtungen herausgearbeitet und gezeigt, welche zentrale Rolle führende Wissenschaftler in jener Zeit für Hitler, Himmler, Rosenberg und andere führende Nationalsozialisten spielten (Focke Museum Bremen 2013).

Auch die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (DFG) als Fördermittelgeber hat dazu beigetragen. In der 1920 als „Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung – Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft e.V.“ gegründeten DFG, der zentralen Einrichtung der Forschungsförderung in Deutschland, schlugen sich die politischen Schwerpunktsetzungen der Forschung nieder. Dies galt auch für die Zeit des Nationalsozialismus. Die DFG stellte sich ihrer Geschichte in der Ausstellung „Wissenschaft Planung Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“, begleitet von einem 2006 veröffentlichten gleichnamigen Katalog (DFG 2006). Denn mit Forschungsrichtungen, die potenziell dazu beitragen konnten, die nationalistische Ideologie zu untermauern – dazu gehörten „Rassenhygiene“ und Agrarpolitik –, wurden zahlreiche Forschungsprojekte mit DFG-Fördermitteln unterstützt (siehe Gutberger, Svatek, Take und Werner in diesem Band). Die angestrebte ethnische Homogenisierung in Osteuropa basierte auf Forschungen zur Rassenpolitik, die sich (von der DFG gefördert) in den Konzepten zur Raumordnung für Osteuropa niederschlugen. Konrad Meyer, „der wissenschaftliche Multifunktionär“ (DFG 2006: 16), war auch in der DFG an zentraler Stelle präsent, unter anderem als Vizepräsident 1936.

In der Stadtplanung und Architektur war es Werner Durth, der die biographischen Verflechtungen von Architekten und Stadtplanern herausarbeitete. Die politisch determinierte „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ ist ein konzeptioneller planerischer Baustein, der dies veranschaulicht. Die Kontinuität wird auch in den Begrifflichkeiten deutlich, wie ein Text von Wilhelm Wortmann aus dem Jahr 1941 belegt: „Die Aufgabe heißt, die in der Stadt gegebene Häufung von Menschen und Arbeitsstätten so zu gestalten, daß die gegen die Stadt erhobenen Vorwürfe entkräftet werden; das Leben des Städters muß wieder gesund und lebenswert werden. Der Gedanke der Stadtlandschaft will diese Forderung erfüllen. Dieser Begriff ist mit Herabzonung der Baudichte und -höhe mit Auflockerung und reicher Durchsetzung der Baugebiete mit Grünzügen nicht erfaßt. Die Stadtlandschaft will einen neuen zellenförmigen Aufbau der Stadt in

bewußter Anlehnung an die politische Gliederung unseres Volkes, im Gedanken der Volksgemeinschaft und in lebendiger Beziehung zur Landschaft. In der Siedlungszelle steht der einzelne Mensch wieder in einem für ihn erfüllbaren Zusammenhang mit dem Ganzen“ (Durth 1997 unter Bezugnahme auf Wortmann 1941: 15f.).

Auch die *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (DASL) stellte sich ihrer Rolle und der ihrer Mitglieder seit ihrer Gründung in der Weimarer Republik, während der Zeit des Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik. Im Herbst 2019 wurde der erste Band der Geschichte der DASL „Ordnung und Gestalt – Theorie und Geschichte im Städtebau des 20. Jahrhunderts“ vorgelegt, verfasst von den Historikern Jörn Düwel und Niels Gutschow. Auch hier wurden thematische und personelle Kontinuitäten herausgearbeitet (siehe auch Werner in diesem Band).

Schaut man auf bisherige Arbeiten zur Geschichte der ARL, so findet man erst ab Mitte der 1990er-Jahre Publikationen und Tagungen, die sich kritisch mit der Rolle der RAG und den Aktivitäten späterer Akademiemitglieder in der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen:

- > Die Studie von Michael Venhoff zur *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) aus dem Jahr 2000, als Band 258 in der Reihe „Arbeitsmaterial der ARL“ veröffentlicht (Venhoff 2000).
- > Tagung der ARL mit dem *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* (BBR) zum Thema „Geschichte der Raumplanung: Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik“ am 12./13. Juni 2008 in Leipzig. Die Ergebnisse sind als Band 346 der Reihe „Arbeitsmaterial der ARL“ veröffentlicht (Mäding/Strubelt 2009).
- > Tagung zum Thema „Räumliche Planung und Forschung nach 1945 – zwischen Technokratie und Demokratie“ am 3./4. April 2014 in Bonn, initiiert von Prof. Dr. Wendelin Strubelt und Prof. Dr. Heinrich Mäding. Die Ergebnisse sind im Campus-Verlag veröffentlicht (Strubelt/Briesen 2014).

Eine strukturierte Aufarbeitung und Bewertung der eigenen Geschichte erfolgte jedoch erst durch die Vergabe des aktuellen Forschungsauftrags, der 2016 – auf der Basis des Votums einer unabhängigen Fachjury – vom Präsidium der ARL an Dr. Oliver Werner (IDD – *Institut für Didaktik der Demokratie*, Leibniz Universität Hannover) vergeben wurde. Als Zielsetzungen für diese Forschung wurden formuliert:

- > Umfassende Aufarbeitung und Bewertung der „Übergangsjahre“ von RAG zu ARL nach den Maßstäben der historisch-kritischen Geschichtswissenschaft,
- > Herausarbeitung von personellen, institutionellen, konzeptionellen und raumplanerischen (Dis-)Kontinuitäten,
- > Identifizierung von „Schlüsselfiguren der Szene“ als Beispielfälle der (Dis-)Kontinuitäten,

- > Untersuchung der (Dis-)Kontinuitäten anhand der Analyseelemente:
 - Kontinuitäten vs. Brüche,
 - konzeptionell/raumplanerisch vs. biographisch,
 - RAG/ARL-Tätigkeit vs. Tätigkeit im Hauptberuf der Schlüsselfiguren,
 - RAG/ARL-Mitglied und RAG/ARL-Außenstehende,
 - Gegenüberstellung von BRD und DDR (noch in Arbeit).

Oliver Werner selbst beschreibt den Fokus seiner Arbeit in einem unveröffentlichten Zwischenbericht an die Auftraggeberin aus dem Jahr 2019 so, dass er sich „auf die Beziehungen der an RAG und ARL beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ konzentriert und „das produktive soziale und akademische Potenzial wissenschaftlicher Netzwerke“ herausarbeitet, wobei „die im Frühjahr 1953 ernannten bzw. gewählten ersten Ordentlichen Mitglieder der ARL – insgesamt 38 Personen – im Mittelpunkt“ stehen.

Zentrale Projektergebnisse wurden auf der Tagung „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ am 7. November 2019 im Festsaal des Alten Rathauses der Stadt Hannover öffentlich vorgestellt und in die Historie weiterer raumwissenschaftlicher Institutionen während der NS-Zeit und in der Nachkriegszeit eingebettet. Der vorliegende Band enthält die verschriftlichten Fassungen nahezu aller Vorträge. Die Vorträge wurden für die Veröffentlichung nicht oder nur leicht verändert.

Zunächst werden unterschiedliche Zugänge zur Arbeit der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) in ihrem zeithistorischen Kontext gezeigt. Ihre Forschungsprogramme von 1936 bis 1939 werden von **Hansjörg Gutberger** vorgestellt.

Petra Svatek erweitert den Blick auf die *Wiener Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung* mit ihren Forschungen über Südosteuropa, während **Gunnar Take** die Kriegsforschungsprogramme der RAG anhand einer Analyse der Projekte des Kieler *Instituts für Weltwirtschaft* (IfW) von 1939 bis 1944 einordnet.

Oliver Werner konzentriert sich in seinem Beitrag auf einen Aspekt seiner Forschungsarbeit, nämlich die Gründungsphase der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* mit der besonderen Schwierigkeit, ein genaues „Gründungsjahr“ zu finden.

Jaromír Balcar und **Thomas Schlemmer** fokussieren sich auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Landesplanung in Bayern, um den Weg von der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* zum *Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen* darzustellen, und zeigen, wie sich das Verständnis von Planung bei ihren maßgeblichen Akteuren seither geändert hat. Die Bundesraumordnung und das Modell der zentralen Orte werden in dem letzten Beitrag von **Karl R. Kegler** kritisch im Kontext unterschiedlicher Leitbilder für die Raumordnung analysiert.

Mit diesem Band wird der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Raumordnung ein weiterer Baustein hinzugefügt. Er bildet den Auftakt zu einer breiteren, intensiven Diskussion über die Vergangenheit der ARL.

Literatur

DFG – Deutsche Forschungsgemeinschaft (2006): Katalog zur Ausstellung WISSENSCHAFT, PLANUNG, VERTREIBUNG. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Bonn.

Düwel, J.; Gutschow, N. (2019): Ordnung und Gestalt. Geschichte und Theorie des Städtebaus in Deutschland 1922 bis 1975. Berlin.

Durth, W. (1997): aufbau west – aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit.

http://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/aufbau_west_ost/katlg05.htm#22 (26.05.2015).

Focke Museum Bremen (2013) (Hrsg.): Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz. Stuttgart.

Strubelt, W.; Briesen, D. (2014) (Hrsg.): Raumplanung nach 1945. Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/New York.

Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 258.

Wortmann, W. (1941): Der Gedanke der Stadtlandschaft. In: Raumforschung und Raumordnung. Berlin 1941, 15-17.

Autorin und Autor

*Prof. Dr.-Ing. Sabine Baumgart (*1952), Architektin und Stadtplanerin, seit 2019 Präsidentin der ARL, Univ.-Professorin für Stadt- und Regionalplanung an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund bis 2018. Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der ARL.*

*Prof. Dr. Axel Priebs (*1956), Dipl.-Geograph und Regionalplaner, seit 2019 Vizepräsident der ARL, Univ.-Professor für Raumforschung und Raumordnung an der Universität Wien, Honorarprofessor an der Universität Kiel.*

Hansjörg Gutberger

DIE FORSCHUNGSPROGRAMME DER REICH SARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR RAUMFORSCHUNG (RAG) VON 1936 BIS 1939

Gliederung

- 1 Göttinger Klientel der Raumforschung?
- 2 Die Gründungsphase der RAG
- 3 Wissenschaftshistorische Einschätzungen zur Gründung der RAG
- 4 Raumforschung als fächerübergreifender Forschungsverbund
- 5 Die Forschungsprogramme 1936 bis 1939
- 6 „Landflucht“ und Landarbeiter-Untersuchungen als Teil der Vorkriegs-Raumforschung
- 7 Raumforschung und Gesellschaftspolitik

Quellen

Literatur

Kurzfassung

Der Bedeutung des Göttinger Umfeldes bei der Entstehung der nationalsozialistischen Raumforschung intensiver nachzugehen, wird in diesem Beitrag zunächst angeregt und begründet. Denn dieses südniedersächsische Umfeld hatte auch Bedeutung für die Vorgeschichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Zahlreiche zentrale Akteure von RfR/RAG, aber auch Akteure aus dem erweiterten ideologischen Umfeld wirkten in Südniedersachsen: Konrad Meyer, Hermann Muhs, Herbert Morgen, Gottfried Müller, Kurt Brüning, Paul Hesse, Heinrich Sohnrey, Hans Grimm und andere. Anschließend wird auf das Wechselverhältnis zwischen der Reichsstelle für Raumordnung (RfR), den Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung (HAG) und der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) bei der Entwicklung der Forschungsprogramme bis 1939 eingegangen. Gerade in dieser Vorkriegsphase war noch ein gesellschaftspolitischer Anspruch der Raumforscher erkennbar, freilich meist im Sinne der gesellschaftssanitären Ziele des noch jungen NS-Staates. Im Artikel wird auf Aspekte der Forschungsförderung und auf inhaltliche Schwerpunktsetzungen des Programms eingegangen. Der Verfasser verweist auf die vergleichsweise große Bedeutung agrarpolitischer Themen und ihre methodische Bewältigung.

Schlüsselwörter

Geschichte der Raumforschung – konservative Gesellschaftsreform – Agrarpolitik – Forschungsförderung – Sozialtechnologie

The Research Programmes of the Reich Association for Spatial Research (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung – RAG) from 1936 to 1939

Abstract

To highlight the importance of the role of the Göttingen region in the emergence of National Socialist spatial research more intensively is first suggested and justified in this article. This area in southern Lower Saxony is also of significance for the prehistory of the Academy for Spatial Research and Planning (ARL). Numerous central actors from the RfR/RAG, but also actors from an extended ideological sphere were active in southern Lower Saxony: Konrad Meyer, Hermann Muhs, Herbert Morgen, Gottfried Müller, Kurt Brüning, Paul Hesse, Heinrich Sohnrey, Hans Grimm and others. Attention then turns to the interactive relationship between the Reich Agency for Spatial Planning (*Reichsstelle für Raumordnung* – RfR), the University Association for Spatial Research (*Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung* – HAG) and the Reich Association for Spatial Research (*Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* – RAG) in the development of the research programmes until 1939. Particularly in this pre-war phase, the socio-political aspirations of the spatial science researchers can still be recognised, most of which were aligned with the social cleansing objectives of the young National Socialist state. The article considers aspects of research funding and the research focuses of the programme. The author indicates the comparatively major role played by topics of agricultural policy and related methodological approaches.

Keywords

History of spatial research – Conservative social reform – Agricultural policy – Research funding – Social technology

1 Göttinger Klientel der Raumforschung?

In den Jahren von 1936 bis 1939 führte Prof. Dr. Konrad Meyer die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) als ihr erster „Obmann“. Danach wird Meyer als wissenschaftlich-planerischer Organisator des „Generalplan Ost“ auftreten (vor allem Heinemann/Wagner 2006; Rössler/Schleiermacher 1993; siehe auch Werner und Take in diesem Band). Neben der im Dezember 1935 mit der RAG gestarteten Raumforschung etablierte Meyer die ebenfalls neue, sich ‚wissenschaftlich‘ verstehende Fachrichtung *Agrarpolitik* innerhalb der universitären Agrarwissenschaften. Die Fachrichtung Agrarpolitik wurde genauso wie die Raumforschung auf die Ziele des NS-Regimes ausgerichtet. In diesen ersten Jahren der RAG konnte sich Konrad Meyer auf ein starkes personales Netzwerk stützen, das noch aus der „Kampfzeit“ der NSDAP stammte. Personen, die in der Stadt Göttingen oder in ihrem regionalen Umfeld wirkten, kamen darin nicht unerhebliche Rollen zu.

Es ist wirklich sehr auffällig, wie viele Akteure oder Gönner der NS-Raumforschung seit den 1920er-Jahren in Göttingen und der Region um Göttingen gelebt und dem neuen Paradigma „Raumordnung“ zugearbeitet hatten.

Konrad Meyer, gebürtig aus dem kleinen Ort Salzderhelden bei Einbeck, rund 35 Kilometer entfernt von der Universitätsstadt liegend, hatte in der Universität Göttingen seine ersten Meriten als Wissenschaftsmanager erworben. Rudolf Mentzel, der spätere Leiter der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ (DFG) war in Göttingen NSDAP-Kreisleiter gewesen (Hammerstein 1999: 208, 378 f.). Hermann Muhs, der stellvertretende Leiter der *Reichsstelle für Raumordnung* (RfR, im Folgenden auch Reichsstelle) war in Barlissen, das heißt unmittelbar vor den Toren Göttingens, aufgewachsen und hatte in der Region Göttingen politische Funktionen in der NSDAP übernommen (Buss 2015: 158 ff.). Der Agrarwissenschaftler, Soziologe und spätere Präsident der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (ARL) Herbert Morgen, der wohl engste wissenschaftliche Mitarbeiter von Konrad Meyer, entstammte dem agrarwissenschaftlichen Milieu der südniedersächsischen Universitätsstadt.¹ Er blieb seiner akademischen Burschenschaft (SV! Agronomia Gottingensis) in der Leinestadt bis zu seinem Tod eng verbunden. Die Agrarwissenschaftler Paul Hesse, Artur Schürmann und Wilhelm Seedorf waren ebenfalls mit Göttingen eng verbunden.² Alle drei wurden durch die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* zwischen 1936 und 1939 mit zum Teil erheblichen Summen gefördert (Gutberger 2017).

Gottfried Müller, ein auch nach 1945 bekannter Raumplaner und vor 1945 durch eine Raumordnungsskizze für das besetzte *Ostland* in Erscheinung getreten, wurde wissenschaftlich von 1930 bis 1936 in Göttingen sozialisiert und promovierte im Jahr 1942 an der Georg-August-Universität (ARL 1996: 212 f.; Gutberger 1996: 330-335; Seckendorf 1993: 175-197). Schließlich ist auch noch der spätere ARL-Gründer Kurt Brüning zu nennen, der Mitte der 1930er-Jahre in Göttingen wirkte, freilich nicht aus einem agrarpolitischen, sondern aus dem geopolitischen Umfeld in Hannover kommend. Brüning war als Direktor des *Provinzialinstituts für Landesplanung und niedersächsische Landesforschung* in Göttingen auch zum Nachfolger von Paul Ritterbusch als Leiter der RAG (1944) vorgeschlagen worden; als Standort bei einer avisierten Übersiedlung der Geschäftsstelle der RAG aus Wittenberg nach Göttingen war das Verlagshaus Vandenhoeck & Ruprecht in der Nähe des Deutschen Theaters in Göttingen im Gespräch (Hammerstein 1999: 528 f.).

Weitere prominente Personen, die im räumlichen Umfeld von Göttingen wirkten, hatten auf unterschiedliche Weise der NS-Raumordnung *mittelbar* den Weg bereitet. Da war der Agrarideologe Heinrich Sohnrey („Die Geschichte vom schwarzbraunen Mädelein“, veröffentlicht 1928), in dessen Verlag „Deutsche Landbuchhandlung Berlin“ Konrad Meyer und seine Mitarbeiter gerne publizierten – auch noch, als es das *Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums* (Heinrich Himmler) schon

1 Morgen promovierte bei dem Agrarwissenschaftler Seedorf in Göttingen, wie Katrin Hirte berechtigterweise korrigierte (Hirte 2019: 712; zu Meyer und Morgen gemeinsam vgl. Gutberger 2008). Wie eng Herbert Morgen zu Konrad Meyer und dem „Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) stand, zeigt die Tatsache, dass er anlässlich einer Besprechung über die Bildung eines Beirats für das Soziographische Institut (Ludwig Neundörfer) unmittelbar als Vertreter des RKF bzw. als Vertreter Meyers auftrat (vgl. Besprechung über die Bildung eines Beirates bei der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* für das *Soziographische Institut* in Frankfurt/M. am 17.6.1944 in Heidelberg: BArch R164/357: 1 und 3). Ob Morgen eigene Beiträge zur Entwicklung der späteren Fassungen des „Generalplan Ost“ lieferte, ist weiter ungeklärt.

2 Zur Rolle von Agrarökonomen und Agrarpolitikern in dieser Zeit vor allem Hirte 2019.

gab. Hohe SS-Funktionäre adelten die Meyer'schen Schriften in der „Deutschen Landbuchhandlung“ durch eingeflochtene Vorworte. In den heute noch anhaltenden Debatten über die nationalsozialistischen Überzeugungen Sohnreys, seine Überzeugungen völkischer, rassistischer und agrarideologischer Art, spielt Sohnreys Verlag eine merkwürdig unterbelichtete Rolle. Immer noch existieren zahlreiche Straßen in Niedersachsen, die nach ihm benannt wurden, weil er zu den wenigen Personen gehörte, die sich überhaupt zu sozialen Fragen des ländlichen Lebens und ländlicher Bevölkerungen äußerten. Einige niedersächsische Heimatforscher schreiben ihm strittigerweise eine bedeutende Rolle als Chronist des ländlichen Soziallebens und der ländlichen Entwicklung in seiner Zeit zu.

Sohnrey (1859-1948) stammte aus Jühnde, einem Nachbarort von Barlissen, in dem der Vizepräsident der *Reichsstelle für Raumordnung*, Hermann Muhs, zu Hause war. Auch die spätere Gründung der *Agrarsozialen Gesellschaft* (ASG) war noch durch solche südniedersächsische Kontinuitäten geprägt: Artur von Machui begründete die *Agrarsoziale Gesellschaft* in Reinhausen bei Göttingen mit.³ Artur von Machui war ebenfalls Mitarbeiter in Konrad Meyers kleinem raumplanerischen Beraterstab (*brain trust*) in Berlin gewesen (Rössler 1990: 167).

Das Grimm'sche Werk vom vorgeblichen „Volk ohne Raum“ (1. Auflage 1926) entstand in den frühen 1920er-Jahren. Der rechtsextreme Dichter Grimm spielte zwar auch später in der institutionalisierten Raumforschung keinerlei Rolle, aber die von ihm kreierte Schlagwortkette drang – nicht zuletzt bedingt durch die immens hohen Auflagen des Buches – in öffentliche Diskurse der taumelnden Weimarer Republik ein. Grimm schrieb das Buch 40 Kilometer westlich entfernt von Göttingen, im beschaulichen Lippoldsberg an der Weser. Hans Grimm residierte dort seit 1918. Bis mindestens in die 1980er-Jahre⁴ hinein fanden dort noch große (Dichter-)Treffen von Rechtsextremen in seinem bodenpolitischen Geiste statt.

Was damit angesprochen werden soll: Wollte man tollkühnerweise eine Geschichte zu politischen, wissenschaftspolitischen und wissenschaftlichen Akteuren der NS-Raumplanung und ihren geistigen Wegbereitern seit den 1920er-Jahren anhand eines Ortsbezugs schreiben, würde man in der Universitätsstadt Göttingen und in einem Radius 50 Kilometer um sie herum schon ziemlich fündig werden. Ähnliches ließe sich in Niedersachsen allenfalls für die Städte Braunschweig und Hannover sagen, aber wohl ohne an die Feinmaschigkeit der Platzierung der Akteure im Göttinger Umfeld heranzureichen. In der Wissenschaftsgeschichtsschreibung ist (bezogen auf die damalige Wissenschaftspolitik) gelegentlich von einer „Göttinger Clique“ oder „Göttinger Gruppe“ die Rede, aber vor allem bezogen auf die Bedeutung von Rudolf Mentzel bzw. die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (Hachtmann 2007). Zur Institutionalisierung der neuen Raumforschung (Rössler 1987) besteht hier meines Erachtens noch weite-

3 Stefan Sell sieht die *Forschungsgesellschaft für Agrarsoziologie und Agrarpolitik e.V.* (FAA, Bonn) und die *Agrarsoziale Gesellschaft* (ASG, Göttingen) als Ergebnis des Wirkens von Agrar- und Siedlungswissenschaftlern, die der Sering-Schule zuzurechnen sind (Sell 1995: 66). Herbert Morgen war Gründungsmitglied der FAA, die aber wesentlich von dem Meyer-Gegner Constantin von Dietze initiiert wurde (Gründungsurkunde der FAA, Anlage bei Struff 1998).

4 Siehe u. a. <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/unruehmliche-tradition-2491287.html> (16.07.2020).

rer Forschungsbedarf. Besonders die Rollen der akademischen Burschenschaften bei der Herausbildung dieser Göttinger Akteurkonstellationen scheinen mir noch unzureichend untersucht.

2 Die Gründungsphase der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG)

Die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) war die Institution, für die Konrad Meyer so entscheidend wurde. Das Jahr 1936 war nicht nur das Jahr, in dem die zum Jahresende 1935 gegründete *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* ihre Arbeit de facto aufnahm, im Jahr 1936 konstituierten sich auch immer mehr *Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung an den Hochschulen* (HAG).⁵ So ganz neu war die Entwicklung nicht, denn unter den Stichworten Landesplanung, Reichsplanung oder Raumordnung hatten sich an einzelnen Hochschulen in den Jahren davor teilweise Vorformen dieser Hochschularbeitsgemeinschaften etabliert.⁶ Häufig in vorauseilendem Gehorsam durch Wissenschaftler, denn das Thema „Raum“ schien (auch distanziert zur Partei stehenden Wissenschaftlern) doch insgesamt weniger verhänglich als das Thema „Rasse“. Es bot aber auch Gelegenheit, sich mit dramatischer Geste eindeutig hinter das NS-Regime zu stellen.

Im Frühjahr 1936 unternahm Konrad Meyer eine Tournee durch die deutschen Hochschulen. Meyer versuchte die neu gebildeten Hochschularbeitsgemeinschaften durch sein persönliches Auftreten auf die Anliegen der neuen RAG einzuschwören (Meyer 1971: 106). Das zeigen auch Korrespondenzen aus dieser Zeit. Meyers zentrale Bedeutung wird auch dadurch unterstrichen, dass er persönlich seit 1936 als Herausgeber der Monatszeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ auftrat (Becker 2006: 512).

In Meyers Gefolge waren bei dieser Tournee Männer wie Walter Blöcker – der zunächst zweite Mann in der Reichsstelle für Raumordnung, der noch im selben Jahr starb –, Männer auch wie Ernst Jarmer⁷, Hermann Roloff, Heinrich Hensen oder Hermann Muhs.⁸ Also Vertreter der RAG und der ein halbes Jahr zuvor gegründeten *Reichsstelle für Raumordnung* (RfR, gegründet im Sommer 1935) gemeinsam. Es gab ja nicht von Beginn an einen Zwist zwischen RAG und Reichsstelle.

5 In einem in der deutschsprachigen Wikipedia angelegten Lemma *Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung* habe ich die an den Hochschularbeitsgemeinschaften behandelten Inhalte unter dem Pseudonym „Raumforscher“ skizziert. In dem Artikel sind auch zahlreiche Querverweise auf die Leiter der meisten Hochschularbeitsgemeinschaften zu finden, über die in der Wikipedia gesonderte Einträge zur Person zu finden sind. https://de.wikipedia.org/wiki/Hochschularbeitsgemeinschaften_%C3%BCr_Raumforschung (02.08.2020).

6 Hier wären entsprechende Gruppen/Institutionen etwa in Köln und Rostock zu nennen (für Köln vgl. Haupts 2004; Engels 2007: 130-210).

7 Geb. am 14. August 1886 in Lüben (Schlesien), vom 29.3.1934 bis zum 14.8.1935 Landeshauptmann der Provinz Pommern (vgl. Lebenslauf Jarmer vom April 1937 (BArch R113/1857, Heft 2)).

8 Kornrumpf beschrieb, dass Meyer, Muhs, Jarmer u. a. im Juli 1936 an der TH München gemeinsam auftraten, um sich über die Arbeiten am „Atlas Bayerische Ostmark“ zu informieren (vgl. Kornrumpf 1995: 44 f.).

Der RAG fielen laut Satzung die Aufgaben zu, (1) die „Raumforschung zusammenzufassen“, (2) die „Wissenschaft für die Aufgaben der Raumordnung planvoll“ einzusetzen (in enger Zusammenarbeit mit der RfR). Darüber hinaus sollten (3) durch eine „Förderung wissenschaftlicher Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wichtige Fragen der Raumordnung einer beschleunigten Lösung“ entgegengeführt werden. Die Satzung sah auch vor, dass die RAG (4) „für eine planvolle Bereitstellung und Verteilung der Forschungsmittel Sorge“ zu tragen habe. Neben der (5) „fachgemäßen Ausbildung des Nachwuchses“ zählte *last but not least* (6) die „stete Fühlungsnahme mit dem Forschungsdienst⁹ (Reichsarbeits-Gemeinschaften der Landwirtschaftswissenschaft)“, das heißt eine Zusammenarbeit der beiden Reichsarbeitsgemeinschaften im Bereich der Raumplanung und der Agrarwissenschaften, zu den sechs Satzungszielen der RAG.¹⁰

Mindestens die ersten beiden Forschungsprogramme, also die der Jahre 1936 und 1937, wurden in vergleichsweise Harmonie gemeinsam auf den Weg gebracht. Die Forschungsgelder liefen an die RAG über die Reichsstelle und beide gemeinsam sollten auch die Forschungsprogramme der Raumforschung beschließen. In den ersten Jahren nach Gründung von RfR und RAG bestand wohl auch ein gemeinsames strategisches Interesse an der Ausschaltung der konkurrierenden *Akademie für Landesforschung und Reichsplanung* (Berlin, Leitung: J. W. Ludowici) (Mai 2002: 337).

Ein 1938 gemeinsam entwickeltes formales Arbeitsverfahren sah vor, dass die RfR bis zum 1. Juli jeden Jahres die „Aufgaben und Probleme, die für die wissenschaftliche Forschung im nächsten Haushaltsjahr“ zu behandeln seien, festzulegen hatte. Bis zum 1. November jeden Jahres sollte dann der „Obmann“ der RAG das „Arbeitsprogramm der Reichsarbeits-Gemeinschaft für das nächste Jahr“ festlegen und dem Leiter der RfR (Hanns Kerrl) noch einmal zur Prüfung vorlegen. Es sollte in Übereinstimmung mit den Zielen der RfR stehen. Erst in der praktischen Umsetzung der Programme in den ersten beiden Jahren stellte sich heraus, dass in RfR und RAG eben keineswegs immer in die gleiche Richtung gedacht wurde. Notker Hammerstein berichtete, dass im März 1939 (über das Reichserziehungsministerium und die Forschungsgemeinschaft) mittelbar ein Streit zwischen RfR und RAG um 600.000 Reichsmark ausgetragen wurde (Hammerstein 1999: 180f.). Noch ein Jahr zuvor war relativ abstrakt festgelegt worden, was sich später in der Praxis als konfliktbehaftet und als Versuch der Beschränkung der herausgehobenen Position Meyers erweisen sollte: Die RfR wollte

⁹ „Die unmittelbare Förderung der ländlichen Soziologie durch das Reich geschieht auf Grund ihrer notwendigen inneren Verzweigung nicht durch die Einrichtung großer Institute und wissenschaftlicher Apparate, sondern durch die Finanzierung von konkreten Forschungsvorhaben, deren Bearbeiter im Forschungsdienst und in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung zusammengeschlossen sind“ (Linde 1939: 418). Der Forschungsdienst umfasste zahlreiche Arbeitskreise (mehr als 100) auf vielen Gebieten landwirtschaftlicher Forschung, nicht nur auf Gebieten agrarsoziologischer Forschung, sondern etwa auch zum Maschineneinsatz in der Landwirtschaft u. Ä. Die Sekundärliteratur zur Agrargeschichte bestätigt diesen Eindruck (u. a. Oberkrome 2009).

¹⁰ Vgl. Abschrift der Satzung der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung*, Berlin, 16. Dezember 1935 (BArch R113/1955). Geschäftsführer des *Forschungsdienstes* der Landbauwissenschaften war Dr. Herbert Morgen, der spätere ARL-Präsident (von 1966-1970).

vor allem über die Landesplaner mindestens gleichberechtigt mit der RAG agieren und Verantwortlichkeiten zwischen RfR und RAG (besonders die des RAG-Obmanns!) verbindlich festlegen:

„Das Programm enthält die Rahmenthemen, ihre Untergliederung und die Namen der für die Untersuchung verantwortlichen Institutsleiter, sowie die für das Haushaltsjahr benötigten Mittel. Ferner soll der voraussichtliche Abschlußtermin angegeben werden (...) Anregungen über Forschungsarbeiten örtlicher Natur von Seiten der Landesplaner sind nach Genehmigung durch die Reichsstelle für Raumordnung über die Hochschularbeitsgemeinschaften der Reichsarbeitsgemeinschaft zuzuleiten. Gelder hierfür sollen nach Möglichkeit nicht aus Haushaltsmitteln der Reichsarbeitsgemeinschaft aufgebracht werden.

Die Prüfung des Leiters der Reichsstelle für Raumordnung auf Übereinstimmung des vorgelegten Arbeitsprogramms der Reichsarbeitsgemeinschaft mit den Zielen der Reichsstelle für Raumordnung erfolgt in gemeinsamer Beratung. Hat das Forschungsprogramm die Zustimmung des Leiters der Reichsstelle für Raumordnung gefunden, so ist aufgrund der Satzung der Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft dem Leiter der Reichsstelle für die Durchführung in dem vorgesehenen Rahmen verantwortlich.“¹¹

Dieses formale Arbeitsverfahren stand von Anfang an in einem Kontrast zur starken Ämterhäufung des RAG-Obmanns, und damit in Kontrast zu Meyers schon erreichter Machtfülle und seiner hervorgehobenen Stellung innerhalb des wissenschaftlich-planerischen Apparats des sich formierenden „SS-Staates“ (Kogon 1946).

Es gab von Anfang an jedoch auch persönliche Bindungen zwischen einzelnen Akteuren aus RfR und RAG, die diese institutionellen Konflikte (wie auch die gesamte NS-Zeit!) offensichtlich überdauerten bzw. durch den Konflikt zwischen RfR und RAG gar nicht tangiert wurden. Zwei Beispiele dazu: Der gut ausgebildete Architekt Gerhard Ziegler wirkte 1937 und 1938 an der Reichsstelle, er wird Jahre später – als Planer in Oberschlesien – weiter enge Kontakte zu Konrad Meyer pflegen (siehe auch Kegler und Werner in diesem Band). Gerhard Isenberg (RfR) wird vor wie nach 1945 für die *Raumforschung* eine bedeutende Größe bleiben. Auch er wird weiter mit Meyer kooperieren (siehe auch Kegler und Werner in diesem Band).

Es ging aber immer auch um unterschiedliche Lebenswelten, in denen sich Wissenschaftler, Planer und Bürokraten bewegten. Offensichtlich waren Kontakte zwischen einer NS-Behörde, denn das war die Reichsstelle, und den Universitäten weniger leicht aufzubauen. Hingegen fand die nazifizierte Professorenschaft leichter Kontakt zur Raumforschung über die vergleichsweise kleine bürokratische Spitze der Reichsarbeitsgemeinschaft mit ihrem so forsch auftretenden „Obmann“ in Berlin. Zudem hatte der sogenannte „wissenschaftliche Hauptsachbearbeiter“ der RAG die Aufgabe, regelmäßig Kontakt zu vielen Hochschularbeitsgemeinschaften zu halten. Einen vergleichbaren Mittelsmann setzte die RfR meines Wissens nach nicht ein.

¹¹ Regelung des Arbeitsverfahrens zwischen *Reichsstelle für Raumordnung* und *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (BArch R113/1955: 3).

Dennoch: Reichsstelle und RAG wirkten bis 1938 gemeinsam an dem, was man nun Raumforschung nannte. Hermann Roloffs Rolle (er leitete das Fachreferat „Planungsgrundlagen und wissenschaftliche Raumforschung“ bei der Reichsstelle)¹², die Rolle Gerhard Isenbergs und die des ersten RAG-Hauptsachbearbeiters Heinrich Hensen beim Aufbau der Raumforschung ab 1936 wird bisher zu wenig beleuchtet, weil sich alles auf die Zentralfigur Konrad Meyer ausrichtet. Meyers Dominanz ist ja auch unbestritten.

3 Wissenschaftshistorische Einschätzungen zur Gründung der RAG

Der Start der RAG und der Hochschularbeitsgemeinschaften wird in der Literatur – die wirklich unverdächtig ist, einem rechtsextremen Gedankengut anzuhängen – als etwas Besonderes dargestellt. Für Michael Venhoff versammelt sich unter der neuen Raumforschung die im Reich verbliebene „Hochschulelite“ (Venhoff 2000: 15). Der Historiker Michael Prinz sah in der Raumforschung eine „Schlüsselwissenschaft“ des „Dritten Reiches“ (Prinz 2012: 209). Der Soziologe Carsten Klingemann sieht in der RAG und den Hochschularbeitsgemeinschaften eine „absolut neuartige Erscheinung im damaligen deutschen Hochschulsystem“ (Klingemann 2009: 179). Der Historiker Uwe Mai urteilte, dass über die RAG „sämtliche einschlägige Wissenschaftler erfasst“ und mehr oder weniger freiwillig in die politische Arbeit eingebunden wurden (Mai 2002: 369). Auch von Beteiligten gibt es Zeugnisse, die für die Bedeutung der Raumforschung in dieser Zeit sprechen. Gerhard Isenberg sprach nach dem Krieg von einem Netzwerk von mehr als 1.000 Wissenschaftlern, die mehr oder weniger eng in die junge „Raumforschung“ eingebunden wurden.¹³

Es spricht einiges dafür, dass die von Isenberg genannte Größe des Netzwerks der Raumforscher keine Übertreibung darstellte. Es scheint mir mit dem Netzwerk „völkischer Wissenschaft“ vergleichbar. Nur, was die Raumforschung von der „völkischen Wissenschaft“ erheblich unterscheiden sollte: Im Unterschied zur „völkischen Wissenschaft“ verfügte die Raumforschung über Jahrzehnte über ein institutionelles Fundament, letztlich von 1935 bis heute. Und sie musste deshalb auch gezwungenermaßen oft schmerzhaft Anpassungsprozesse an die gesellschaftlichen und politischen Realitäten durchlaufen. Traditionelles völkisches Denken zu überwinden, war die Reichsarbeitsgemeinschaft bereits ab 1936 bestrebt. Einerseits indem sie die rassistischen Imperative des Staates akzeptierte, andererseits indem sie sich den Mitteln moderner Sozialtechnologie gegenüber öffnete (Gutberger 1996; Mai 2002; Kegler/Stiller 2008: 419).

¹² Der Leiter der RfR bescheinigte Roloff anlässlich einer Honorarprofessur im Februar 1943, dass „Dr. Roloff an der Entwicklung der Raumforschung seit 1936 in meinem Hause als der zuständige Referent maßgeblich beteiligt war und durch die Aufstellung der Forschungsprogramme sowie die Auswertung ihrer Ergebnisse eine umfassende wissenschaftliche Tätigkeit geleistet hat“ (BArch R113/1896: 1 – RfR an Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 13. Februar 1943).

¹³ Abschrift, ORR Dr. Isenberg (Tübingen) vom 22. Dezember 1949, 3 zu „Organisation der Raumforschung“ (Vorschlag für Zweigleisigkeit mit Verankerung wegen Finanzierung..) (BArch B134/2907).

Angesichts dieser Beurteilungen hat es m. E. bisher vergleichsweise wenig historische Auseinandersetzung mit der universitären Raumforschung des „Dritten Reiches“ gegeben. Es sei hier an den kleinen Kreis der Interessierten erinnert, die sich vor 12 Jahren im Leipziger Rathaus trafen, um sich unter der Beteiligung der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (ARL) mit der NS-Geschichte der Raumforschung näher zu befassen (Mäding/Strubelt 2009). Für diese Zurückhaltung gab es Gründe: Da ist zum einen die überaus lange Zeit der Nachwirkung der NS-Akteure in der Bundesrepublik zu nennen; da ist zum anderen aber auch der vermeintlich völlig politisierte Charakter dieser interdisziplinären „neuen Arbeitsmethode“, denn so wurde Raumforschung in den 1930er-Jahren verstanden, zu nennen.

4 Raumforschung als fächerübergreifender Forschungsverbund

Raumforschung stützte sich auf wissenschaftliche Disziplinen, ohne eine neue Disziplin schaffen zu wollen. Der Rostocker Ökonom und Agrarsoziologe¹⁴ Hans Weigmann sprach von „Raum als Forschungsprinzip“ (Weigmann 1935: 43). Rivalen der Raumforschung bemerkten in diesen ersten Jahren auch, wie Wissenschaftler jeweils „von ihrem eigenen Fach her“ versuchten zu bestimmen, was denn nun eigentlich unter Raumforschung zu verstehen sei.¹⁵

Hans Weigmann schrieb 1935, also zum Zeitpunkt der Gründung der RAG: „Der Raum dient also zunächst, wie es scheint, als Darstellungsmittel gleichsam zur Erzielung eines höheren Grades von Plastizität“ (Weigmann 1935: 43). So kann man Nützlichkeit, denn die war nun gefragt, auch in Worte fassen. „Raumordnung“ führt – so schreibt Weigmann – zu einer „gegliederten Volksordnung“ (Weigmann 1935: 8). Dass die „arische Rasse“ der große Gleichmacher sein wird, ist hier noch nicht zu hören. Raumordnung ist reaktiv, sie dient der „Meisterung der Masse“ (Weigmann 1935: 23); sie wird in erster Linie als ein Mittel der Intervention in Vorgänge verstanden, die soziale Konstellationen aus der Zeit vor dem NS-Staat (zum Beispiel die angebliche „Vermasung“ der Gesellschaft (ausführlich Nolte 2000)) aufnehmen.

Bei Weigmann ist noch viel von sozialer Geltung, von volklich-sozialen Strukturen und von „entfesselter Wirtschaft“ zu lesen (Weigmann 1935: 18 ff.). Da sind mehr Anklänge an Wilhelm Heinrich Riehl als an Hitler herauszuhören, wie bei vielen anderen Raumplanern dieser Epoche auch. Riehl zu kennen bedeutete aber nicht per se, im 19. Jahrhundert steckengeblieben zu sein, wie sich an verschiedenen empirischen Studien in der Raumforschung belegen lässt: etwa an der seit 1936 über vier Jahre geförderten RAG-Studie über die Landflucht in Franken (Seiler/Hildebrandt 1940). Und Riehl-Kenner konnten später auch ohne Probleme in der Ostraumplanung reüssieren. Ein solcher war etwa das spätere ARL-Mitglied Gottfried Müller, der 1942 in Göttingen promovierte (zur Person siehe: ARL 1996: 212 f.).

¹⁴ Unter dieser Berufsbezeichnung firmierte Hans Weigmann noch in Kürschners Gelehrtenkalender von 1935 (Kürschner 1935).

¹⁵ So der als Vertreter der Geopolitik auftretende Kurt Vowinckel im Jahr 1938 zur neuen Konkurrentin „Raumforschung“ (Vowinckel 1938: 904).

5 Die Forschungsprogramme 1936 bis 1939

In den ersten vier Haushaltsjahren stellte die *Reichsstelle für Raumordnung* über die RAG rund 1,43 Millionen Reichsmark für Forschungszwecke zur Verfügung (siehe Tab. 1).¹⁶ In dieser Zeit waren die Hochschularbeitsgemeinschaften noch im Aufbau und ihre Zahl wuchs zudem mit der Expansionspolitik des „Dritten Reiches“. In den ersten vier Haushaltsjahren nahmen 45 Hochschularbeitsgemeinschaften an der Ausschüttung der Gelder teil. Insgesamt wurden geschätzt¹⁷ 518 Forschungsprojekte durchgeführt.

Schon an diesen Forschungsprojekten wird deutlich, dass die neue Raumforschung sich hauptsächlich aus vier disziplinären Richtungen speiste. In ihr waren einerseits Geographen und andere Experten tätig, die aus dem Kontext der bereits bestehenden Landes- und Raumplanung kamen. Aber ebenso bedeutend war der Zufluss, der aus den ökonomischen, politischen und soziologischen Richtungen und Disziplinen der Agrarwissenschaften in die neue Raumforschung einging. Wir finden in ihr aber auch Ökonomen und Sozialökonom, die in keiner Verbindung zu klassischen agrarischen oder agrarpolitischen Themen standen. Schließlich drangen in den 1930er-Jahren wohl erstmals im engeren Sinne sozialwissenschaftliche und soziologische Inhalte in die Raumforschung ein – wenn auch letztlich rein sozialtechnologischen Zwecken dienend. Aus diesem Grund habe ich zuletzt vier „Denkstile“ (Fleck 1999; für die Raumforschung auch Waldhoff 1999) innerhalb der Raumforschung der 1930er- bis 1960er-Jahre unterschieden.

Martin Kornrumpf, der von 1936 bis 1939 am stärksten durch die RAG gefördert wurde und 1938 zum wissenschaftlichen Hauptsachbearbeiter der RAG aufstieg, stilisierte die nationalsozialistische Vorkriegs-Raumforschung zu einer Art idyllischer Forschung, die sich um zeitlose Themen wie Natur- und Tierschutz kümmerte. Richtig böse waren immer nur die Vorgesetzten. Da sah Kornrumpf dann „fanatische nationalsozialistische Professoren“ in SS-Uniformen am Werk. Kornrumpf schrieb, dass die Leiter der Hochschularbeitsgemeinschaften, die plötzlich überfakultativ und manchmal auch hochschulübergreifend wirken konnten, sich wie „Könige“ gefühlt hätten (Kornrumpf 1995: 82). Kornrumpf bemühte immer wieder das Bild des schwarz-uniformierten Konrad Meyer mit SS-Totenkopf, um die eigene Bedeutung bei dem ganzen Unternehmen zu relativieren. Er war bemüht, das wissenschaftliche Fußvolk – zu dem er sich zählte – von den Akteuren an der RAG-Spitze zu trennen. Erst die fatale SS-Nähe, die sich ja auch erst nach 1939 vollends einstellte, hätte die Raumforschung auf Abwege geführt.

Doch Kornrumpf war Teil eines Denkkollektivs. Auch wenn er bemüht war, das zu leugnen. Konrad Meyers Verständnis von Raumforschung habe sich – so Kornrumpf – fast ausschließlich um agrarpolitische Themen, und dazu noch mehr oder weniger ausschließlich in der Blut-und-Boden-Ideologie gedreht.

¹⁶ Eine genauere Auflistung der Forschungsthemen, der Biographien der Feldforscher und der örtlichen Bezüge dieser Forschungsprojekte findet sich in meiner letzten größeren Veröffentlichung zur NS-Raumforschung (Gutberger 2017: 291-454).

¹⁷ Eine exakte Zahl ist nicht zu nennen, weil die Titel einiger Projekte im Laufe der Jahre ggf. leicht modifiziert werden konnten, es sich aber um Fortsetzungen begonnener Forschungen handelte.

Allein die Fakten sprechen dagegen. Der Bereich der Forschungsförderung durch die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* von 1936 bis 1939 – also unter der Leitung Meyers – bietet ein sehr differenziertes Bild (siehe Tabelle 1).

Raumforschung bis 1939 lässt sich nicht allein an den sehr systemkonformen Leitartikeln in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ bewerten. Raumforschung im NS-Staat erscheint häufig immer noch als ein rein ideologischer Wiederkäufer, bis zum Krieg noch in wechselnden Koalitionen für den *Reichsnährstand*, die *Vierjahresplanbehörde*, die *Deutsche Arbeitsfront*, nach dem Kriegsanfang dann besonders für das Imperium Heinrich Himmlers. Doch das unterschätzt den Eigenanteil und die Eigenlogik der Raumforschung, es unterschätzt die Modulationsfähigkeit derjenigen mit Wissen, die sich nun praktischen Fragen zu stellen hatten. Um hier nicht missverstanden zu werden: Alle bewegten sich im Kontext nationalsozialistischer Politik und folgten den politisch vorgegebenen Normen, freilich mit großen Unterschieden in der Art der Unterstützung für das Regime und dem Einbringen von Eigeninteresse. Uwe Mai etwa trifft am Beispiel von drei Akteuren die Unterscheidung zwischen denjenigen, die (1) mit klarer ideologischer Zielsetzung handelten, den (2) Technokraten, die sich nur als Auftragnehmer von Aufgaben mit politischen Zielen verstanden und den (3) ehrgeizigen Planern, die sich der Verwirklichung ihrer Planungsträume nahe sahen (Mai 2002: 344 f.).

Fachgebiet	Fördersumme (in Reichsmark)	Projekte
Geographie / Raum- und Landesplanung	464.494	136
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	401.345	150
davon:		
- für Wirtschaftswissenschaften	278.925	100
- für Sozialwissenschaften	122.420	50
Agrarwissenschaften	195.136	66
Verkehrswissenschaften	91.685	38
Wasserwissenschaften	85.514	30
Geologie	70.470	35
Bevölkerungswissenschaften / Rassenbiologie	54.893	30
Forstwissenschaften	30.360	23
Verschiedenes	40.809	10

Σ rd. 1,43 Millionen Reichsmark

Tab. 1: Forschungsförderung der Reichsstelle für Raumordnung 1936 bis 1939 (verteilt durch die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung) / Quelle: BArch R113/92 („Bewilligte Anträge der Haushaltsjahre“ 1936 bis 1939); vgl. auch Gutberger 2017

Geförderte(r) / Institution	Disziplin	Förder-summe	Hochschule in	Forschung zu
Martin Kornrumpf	Geographie	113.862	Berlin	Reichsatlaswerk, Atlas Bayerische Ostmark
Gottfried Feder	Bauingenieurwesen	48.020	Berlin	Stadtplanung und Raumordnung
Arthur Schürmann	Agrarwissenschaften	41.835	Göttingen	Landwirtschaft Niedersachsen
Paul Hesse	Agrarwissenschaften	38.480	Stuttgart-Hohenheim	Besitzverhältnisse Württemberg
Ernst Schuster	Ökonomie	37.440	Heidelberg	Raumforschung Baden / Saarpfalz
Hans Dörries	Geographie	29.260	Münster	Besitzverhältnisse Wald; Bevölkerungsgeographie Westfalen
Reinhold Brenneisen	Ökonomie	28.235	Würzburg	Notstandsgebiet Rhön
Kurt Jeserich	Kommunalwissenschaften	27.430	Berlin	Atlas Berlin/Brandenburg
Hermann Ellinghaus	Ökonomie	27.028	Stuttgart	Wirtschaftsstruktur Württemberg
Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung	Stadtplanung	27.000	Berlin	Stadtplanung Oberschlesien
Eduard Willeke	Sozialwissenschaften	25.780	Gießen	Landflucht, Oberhessen
Udo Froese	Ökonomie	22.150	Berlin	Notstandsgebiete
Johannes Müller	Geographie	21.400	Jena	Thüringen-Atlas
Gerhard Isenberg	Statistik / Ökonomie	21.325	Berlin	Reichsatlaswerk, Polen
Erich Wunderlich	Geographie	20.965	Stuttgart	Wirtschaftsgeographie Württemberg
Wunibald Kamm	Verkehrswissenschaften	20.455	Stuttgart	Betriebsvergleich Autobahn / Reichsstraßen

Σ rd. 550.000 Reichsmark

Tab. 2: Empfänger von RAG-Förderbeiträgen über 20.000 Reichsmark in den Jahren 1936 bis 1939 / Quelle: BArch R113/92 („Bewilligte Anträge der Haushaltsjahre“ 1936 bis 1939); vgl. auch Gutberger 2017

Raumplanung zielte auch nicht nur auf Agrarisches. Zwar ist es richtig, dass bei der Aufarbeitung der Raumforschung bisher die Verknüpfung der agrarpolitischen Themenspektren mit den Anliegen der klassischen Raumforschung zu kurz gekommen ist.¹⁸ In den Vorkriegsjahren wurden aber auch Themenfelder intensiv gefördert und bearbeitet, die mit reiner Agrarpolitik wenig zu tun hatten. Und es waren auch nicht alle Untersuchungen hochideologisiert, sprich: nicht alle Untersuchungen reproduzierten bloß NS-Ideologie ohne jeden Bezug auf praktische Erfordernisse. Vielmehr war ein gesellschaftspolitisches Leitbild vorherrschend, das auf eine „Neuordnung“ in einem viel umfassenderen Sinne hinstrebte. Schon Uwe Mai hat gezeigt, dass es ab 1936 nicht mehr nur um bäuerliche Siedlung ging, sondern um eine Planung, die den gesamten ländlichen Raum nun viel umfassender betrachtete. Insofern waren auch die RAG-Studien von 1936 bis 1939 für die dann folgenden Studien zu den „eingegliederten Ostgebieten“ in den 1940er-Jahren eine wichtige Vorbedingung.

Ein genauer Blick auf die Forschungsförderung zwischen 1936 und 1939 macht deutlich, dass mehr als ein Drittel aller Forschungsgelder dieser Jahre an fünfzehn Forschungsleiter ging (siehe Tab. 2). Besonders viele Forschungsgelder flossen in die beiden Großstädte Berlin und Stuttgart. Dies stand im Falle Berlins wohl durchaus auch in Zusammenhang mit der Nähe der Zentrale der RAG zu den Hochschulen der Hauptstadt. Im Falle Stuttgarts scheint mir, wie auch in Göttingen, der Konnex zwischen der neuen Raumforschung und den etablierten Agrarwissenschaften besonders beachtenswert. Grundsätzlich zeichnete sich die Förderung der Raumforschung aber durch eine Streuung über viele disziplinäre Fachrichtungen aus. Besonders die Finanzierung der diversen Atlaswerke (siehe Svatek in diesem Band) erwies sich in diesen ersten Jahren als kostenintensiv. Dass hauptsächlich „Landflucht“-Untersuchungen und die Untersuchung von „Notstandsgebieten“ finanziert wurden, scheint mir hingegen übertrieben. Vielmehr bestand die Bedeutung der „Landflucht“-Forschung als Teil der Raumforschung weniger in ihrer Quantität, sondern in Teilen – nach damaligen Maßstäben zu messen – in ihrer Qualität.

6 „Landflucht“- und Landarbeiter-Untersuchungen als Teil der Vorkriegs-Raumforschung

Auf die Qualität der Arbeiten will ich zum Schluss am Beispiel der RAG-Untersuchungen zur „Landflucht“ in diesen Vorkriegsjahren eingehen.

Innerhalb der Untersuchungen zur „Landflucht“, zu den Landarbeitern und Arbeiterbauern fanden sich auch Realanalysen, die unter anderem auf Max Webers frühe Sozialforschung rekurrierten (Klingemann 1996). Nicht die ideologische Romantisierung des Landlebens half dem Regime bei der Umsetzung seiner Politik; nach der Konsolidierung des NS-Staates wurde praktisch verwertbares Fachwissen nachgefragt – und zwar im Kontext von Planung, wie schon zeitnah der sich im amerikanischen Exil befindliche Soziologe Rudolf Heberle beobachtete:

¹⁸ Siehe hierzu die voluminöse Studie von Katrin Hirte zur Agrarpolitik und Agrarökonomie im „Dritten Reich“, die deutlich macht, wie viele „Raumforscher“, die die ARL in ihren Annalen auflistet, in diesen beiden Universitätsdisziplinen sozialisiert wurden (Hirte 2019).

„During the years immediately before and after the rise of the National Socialists, regional studies propagated under the slogans of ‚Landschaftsforschung‘ or ‚Raumforschung‘ became quite fashion among the younger generation of German social scientists. Partly originating within the later phases of the pre-Nazi youth movement from a more or less romantic fondness for the firmly rooted, traditionbound, folk‘ of certain regions, partly of a more rational origin and aiming at some kind of socialism, these endeavors fitted in with the planning activities and were, therefore, supported by regional and national planning agencies“ (Heberle 1943: 281).

Zwei Beispiele für diese auch methodisch durchaus elaborierte Aktivität aus dem Zeitraum vor 1939: Neben der vorgenannten Untersuchung über die Landflucht in Franken von Seiler und Hildebrandt (Seiler/Hildebrandt 1940), die 1935 startete, ist die Doktorarbeit des späteren Erlanger Soziologen und Assistenten von Helmut Schelsky, Gerhard Wurzbacher, zu nennen. Wurzbachers von der RAG in den Jahren 1937 und 1938 mit 1.100 Reichsmark finanzierte Studie hatte eine lange Wirkungsgeschichte in der empirischen Agrarsoziologie der Bundesrepublik Deutschland. Wurzbacher wurde zu einem Protagonisten der Sozialforschung der Bundesrepublik (Klingemann 1996: 213; Klingemann 2009: 275 ff.).

Eine Auswertung der durch die Reichsarbeitsgemeinschaft von 1936 bis 1939 geförderten Studien hat in einem seiner letzten Bücher der Sozialhistoriker Michael Prinz vorgenommen. Auch er zeigte etwa am Beispiel des Agrarökonomen Paul Hesse (er war später dann ab 1953 korrespondierendes Mitglied der ARL), dass das Thema „Landflucht“ nicht allein in biologistischen Kategorien abgehandelt wurde (Prinz 2012). Um sich dazu zu äußern, musste man sich schon auf zum Teil sehr differenzierte sozialökonomische Berufsfelder und Rollenverständnisse einlassen, etwa auf die Unterscheidungen zwischen Landarbeiter, Arbeiterbauern, Industriearbeiter mit eigenwirtschaftlichem Bedarf, Pendelarbeiter, Nebenerwerbsbauern im Dorf usw. Und man musste sich auch auf die Beziehungen dieser Gruppen zu Vollbauern einlassen, die aber auch wiederum in sich vielfach differenziert waren. Und man musste Kenntnisse zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte einzelner Regionen mitbringen können: etwa zur Debatte um die sogenannte Württembergisierung.

Prinz erkennt eine „soziale Quarantäne“ zwischen Stadt und Land, die Raumforscher von 1935 bis 1938 an vordachten bzw. auch begründeten (Prinz 2012: 217)¹⁹. Von solchen Ideen war später auch die Planung für die „eingegliederten Ostgebiete“ geprägt. Allerdings gelang es der Raumforschung auch vor 1939 (im Zuge der Landflucht-Untersuchungen) bisweilen, „völkische“ Fragestellungen mit nüchterner empirischer Forschung zu verbinden (für Raumforschung in Hessen: Becker 2005: 126-132).

Es ging aber auch anders. Im Zuge seiner Entwicklungsplanung für die „eingegliederten Ostgebiete“ ignorierte Herbert Morgen schlicht die Existenz von Juden. An seinem Beispiel wurde jetzt in einem noch unveröffentlichten Aufsatz auf 25 Seiten einmal durchdekliniert (Gutberger 2020), wie Herbert Morgen im Detail in agrar-

¹⁹ Prinz beendet den Abschnitt „Bereinigung und Quarantäne. Raumplanung und völkische Agrarrationalisierung“ mit dem Satz: „Im Kern liefen diese Überlegungen auf nichts weniger als auf eine soziale Quarantäne der Stadt und ihrer Einflüsse auf den ländlichen Kosmos hinaus“ (Prinz 2012: 187-217).

soziologischen Fragen abwägend, einzelne politische Alternativen aufzeigend argumentierte und dennoch oder gerade deshalb mitwirken durfte. Seine Arbeiten verbanden Analysen ländlicher Gebiete des „Altreichs“ (Pommern, Niedersachsen) mit den „Notwendigkeiten“ der Planung für die „eingegliederten Ostgebiete“.

7 Raumforschung und Gesellschaftspolitik

Die Debatte wird zu eng geführt, wenn nur darauf geschaut wird, ob Beiträge damaliger Raumforscher ernstzunehmende raumplanerische Bezüge beinhalteten. RfR-Vize Hermann Muhs formulierte im Frühjahr 1939 seinen Anspruch auf eine soziale Neuordnung (Mai 2002: 102).

Zwischen den damaligen Raumforschern und Raumplanern gab es nicht nur Kontroversen fachbezogener Art, sondern in ihren Äußerungen spiegelt sich durchaus auch eine breite Palette unterschiedlicher Vorstellungen über die gesellschaftspolitische Entwicklung des „Dritten Reiches“ in naher Zukunft, später dann: nach dem vermeintlichen Endsieg.

Walter Christaller, übrigens auch stark an agrarpolitischen Fragen interessiert,²⁰ hatte eine andere Vorstellung von den gesellschaftspolitischen Zielen von Raumplanung als zum Beispiel Friedrich Bülow oder Hans Freyer (siehe auch Balcar/Schlemmer und Kegler in diesem Band). Die ideellen Wurzeln des Denkens von Konrad Meyer unterschieden sich erheblich von den Vorstellungen Heinz Saueremanns oder Günter Schmölders. Dennoch finden sich alle Seit’ an Seit’ in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ wieder.

Zuletzt war auch von Kontakten zwischen Ludwig Erhard und dem *Reichskommissariat zur Festigung des deutschen Volkstums* zu hören. Sollte das stimmen, ist es für mich in unserem Kontext nur ein weiteres Indiz dafür, welche monetären Möglichkeiten eine solche im weitesten Sinne „Raumforschung“ im Zeitraum 1935-1944 bot, denn es soll Erhard vor allem um die 6.000 Reichsmark gegangen sein, die er für eine Studie zur Analyse der „eingegliederten Ostgebiete“ erhalten sollte (Herrmann 2019).

„Die in den Anfängen der Bundesrepublik den Bereich der Regionalpolitik prägenden Wissenschaftler und Planer gehörten häufig zu der nach 1933 sozialisierten jungen Planergeneration, die ihre ersten Erfahrungen innerhalb der nationalsozialistischen Raumpolitik gesammelt hatten“, schrieb Stefan Sell vor fünfundzwanzig Jahren (Sell 1995: 90). Die Debatte über den Anteil dieser Fachkräfte an der Etablierung der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ – bezogen auf das Thema Regionalpolitik, aber auch bezogen auf das Thema soziale Ungleichheit,²¹ – scheint noch ausbaufähig.

20 Christallers weniger bekannte Habilitationsschrift trug den Titel „Die ländliche Siedlungsweise im Deutschen Reich und ihre Beziehungen zur Gemeindeorganisation“ (Christaller 1938).

21 Hinweise zur sozialtechnischen Seite der NS-Raumplanung in Gutberger 1996, 2009.

Quellen

BArch – Bundesarchiv Berlin

BArch B134 – Bundesarchiv Berlin (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)

BArch R113 – Bundesarchiv Berlin (Reichsstelle für Raumordnung)

BArch R164 – Bundesarchiv Berlin (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung)

Gründungsurkunde FAA – Gründungsurkunde der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. (FAA), Bonn, vom 3. Mai 1952 (Kopie als Anlage bei Struff 1998)

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1996) (Hrsg.): 50 Jahre ARL in Fakten. Hannover.

Becker, K. (2006): Die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ 1936-2006. Ein Überblick. In: Raumforschung und Raumordnung 6, 512-523.

Becker, S. (2005): Bernhard Martin und die deutsche Volkskunde in Marburg 1934-1945. In: Köhler, K.; Dedner, B.; Strickhausen, W.: Germanistik und Kunstwissenschaften im „Dritten Reich“. Marburger Entwicklungen 1920-1950. München, 101-141.

Buss, H. (2015): Das Reichskirchenministerium unter Hanns Kerrl und Hermann Muhs. In: Gailus, M. (Hrsg.): Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933-1945. Göttingen 2015, 140-170.

Christaller, W. (1938): Die ländliche Siedlungsweise im Deutschen Reich und ihre Beziehungen zur Gemeindeorganisation, zugl. Habilitationsschrift, Universität Freiburg. Stuttgart u. a.

Engels, M. (2007): Die „Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes“. Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Aachen. = Aachener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 4.

Fleck, L. (1999 [1935]): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, 4. Auflage. Frankfurt/M.

Gutberger, H. (1996): Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“. Münster u. a.

Gutberger, H. (2008): Konrad Meyer und Herbert Morgen – zwei Wissenschaftlerkarrieren in Diktatur und Demokratie. In: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Verhandlungsband des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt/M., Supplement CD-ROM, 1 und 2 Teilband, 3325-3341.

Gutberger, H. (2009): Auf dem Weg zu einer radikalen Ordnung des Sozialen. Nationalsozialistische Raumforschung, Raumordnung und ländliche Sozialwissenschaft vor Beginn der NS-Siedlungspolitik im Zweiten Weltkrieg. In: Wedekind, M.; Rodogno, D. (Hrsg.): Umsiedlung und Vertreibung in Europa / Spostamenti forzati di popolazioni in Europa 1939-1955. „Geschichte und Region / Storia e regione“ 18, 2, 21-47.

Gutberger, H. (2017): Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930-1960. Wiesbaden.

Gutberger, H. (2020): ‚Flurbereinigung‘ im ‚Lebensraum‘? Perspektiven angewandter Agrarsoziologie zur Entwicklung der ‚eingegliederten Ostgebiete‘ (1940–1943). Vortrag im Rahmen des Workshops ‚Bodenkulturen. Interdisziplinäre Perspektiven‘ des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde im Festspielhaus Hellerau, Dresden, am 15./16.11.2018, unveröffentlichtes Manuskript (im Erscheinen).

Hachtmann, R. (2007): Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Göttingen.

Hammerstein, N. (1999): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945. München.

Haupts, L. (2004): Die „Universitätsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ und die politische Indienahme der Forschung durch den NS-Staat. Das Beispiel der Universität zu Köln. In: Rheinische Vierteljahresblätter 68, 172-200.

Heberle, R. (1943): Regionalism: Some Critical Observations. In: Social Forces 21, 3, 280-286.

Heinemann, I. (2006): Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. In: Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Stuttgart, 45-72.

- Heinemann, I.; Wagner, P. (2006) (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart. = Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft.
- Herrmann, U. (2019): Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen. Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind. Frankfurt/M.
- Hirte, K. (2019): Die deutsche Agrarpolitik und Agrarökonomik. Entstehung und Wandel zweier ambivalenter Disziplinen. Wiesbaden.
- Kegler, K. R.; Stiller, A. (2008): Konrad Meyer. In: Haar, I.; Fahlbusch, M. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Berg, M.: Handbuch der völkischen Wissenschaft. Personen – Institutionen – Forschungsprogramm – Stiftungen. München, 415-422.
- Kogon, E. (1946): Der SS-Staat. Das System deutscher Konzentrationslager. München.
- Klingemann, C. (1996): Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden.
- Klingemann, C. (2009): Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit. Wiesbaden.
- Kornumpf, M. (1995): Mir langt's an „Großer Zeit“ 1934-1945. Landesplanung und Raumforschung 1934-1940. Radiosonden-Meteorologe der Luftwaffe 1940-1944. Kriegsgefangenschaft in den USA 1944-1945. Mein Leben während des „Dritten Reichs“. Schwalmstadt.
- Lüdtke, G. (2000) (Hrsg.): Kürschners deutscher Gelehrtenkalender 1935. Berlin u. a.
- Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen.
- Linde, H. (1939): Die ländliche Soziologie in Deutschland. In: Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik 9, 6, 413-419.
- Mädling, H.; Strubelt, W. (2009) (Hrsg.): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 346.
- Mai, U. (2002): „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat. Paderborn.
- Meyer, K. (1971): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung 1935 bis 1945. In: Günther, F. (Hrsg.): Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert. Historische Raumforschung 10. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 63, 103-116.
- Nolte, P. (2000): Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München.
- Oberkrome, W. (2009): Ordnung und Autarkie. Die Geschichte der deutschen Landbauforschung, Agrarökonomie und ländliche Sozialwissenschaft im Spiegel von Forschungsdienst und DFG (1920-1970). Stuttgart.
- Prinz, M. (2012): Der Sozialstaat hinter dem Haus. Wirtschaftliche Zukunftserwartungen, Selbstversorgung und regionale Vorbilder: Westfalen und Südwestdeutschland 1920 - 1960. Paderborn [u. a.]. = Forschungen zur Regionalgeschichte 69.
- Rössler, M. (1987): Die Institutionalisierung einer neuen ‚Wissenschaft‘ im Nationalsozialismus. Raumforschung und Raumordnung 1933-1945. In: Geographische Zeitschrift 75, 177-193.
- Rössler, M. (1990): „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Berlin, Hamburg.
- Rössler, M.; Schleiermacher, S. (1993) unter Mitarbeit von Tollmien, C. (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin.
- Seckendorf, M. (1993): Die „Raumordnungsskizze“ für das Reichskommissariat Ostland vom November 1942 – regionale Konkretisierung der Ostraumplanung. In: Rössler, M.; Schleiermacher, S. unter Mitarbeit von Tollmien, C. (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Berlin, 175-197.
- Seiler, K.; Hildebrandt, W. (1940): Landflucht in Franken. Leipzig. = Berichte zur Raumforschung und Raumordnung, Band III.
- Sell, S. (1995): Die gesellschaftspolitische Entleerung der Regionalpolitik. Eine Untersuchung der Entwicklungsgeschichte der regionalpolitischen Diskussion und ihrer Leitbilder in Deutschland seit den 20er Jahren. Frankfurt/M.
- Struff, R. (1998): Zum Standort der Gründerfiguren der FAA in ihrer Zeit, Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn. Unveröffentlichtes Manuskript vom XXIV. Land-Symposium am 17.-19.12.1998 in der Deutschen Landjugend-Akademie Fredeburg e.V. Bonn, Sektion Agrarsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.
- Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 258.

Vowinckel, K. (1938): Die Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung in Graz, 17.-20.9.1938. In: Zeitschrift für Geopolitik 15, 902 und 904.

Waldhoff, H.-P. (1999): Die eigene und die fremde Soziologie. Zivilisationstheoretischer Versuch über die Sozio- und Psychogenese der deutschen Raumplanung. In: Raumforschung und Raumordnung 1, 12-24.

Weigmann, H. (1935): Politische Raumordnung. Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Lebensraumes. Hamburg.

Autor

Hansjörg Gutberger (*1962), *Dr. disc. pol.*, forscht seit den 1980er-Jahren zur *Geschichte der Soziologie, der Raumforschung und zur Geschichte des Konstrukts „Bevölkerung“*. *Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Göttingen, Wien und Osnabrück. Praktische Tätigkeiten im Bereich der Gemeinwesenarbeit und der interkulturellen Gärten.*

Petra Svatek

DIE WIENER HOCHSCHULARBEITSGEMEINSCHAFTEN FÜR RAUMFORSCHUNG: FORSCHUNGEN ÜBER SÜDOSTEUROPA

Gliederung

- 1 Einführung
- 2 Forschungen über Südosteuropa und Projekte im Überblick
- 3 These 1: Auf Gegenseitigkeit aufgebaute Verbindung zwischen Raumforschung und Politik
- 4 These 2: Wirtschaftliche Ausrichtung der Projekte: Südosteuropa als „Ergänzungsraum“
- 5 These 3: „Völkische“ Ausrichtung der Projekte zur „Flurbereinigung“
- 6 Schlussbetrachtung

Quellen

Literatur

Kurzfassung

Dieser Artikel setzt sich mit den Südosteuropaforschungen der Wiener Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung auseinander. Anhand dreier Thesen erfolgt eine politische Kontextualisierung dieser raumwissenschaftlichen Forschungen, die als Resource für die NS-„Lebensraum“- und Expansionspolitik herangezogen und zum Teil ohne Auftragserteilung seitens der Politik von den Wissenschaftlern initiiert wurden. Die Projekte waren sowohl wirtschaftlich als auch „völkisch“ ausgerichtet, wobei Südosteuropa als „Ergänzungsraum“ für das Deutsche Reich wahrgenommen wurde und ein Beitrag zur „Flurbereinigung“ geleistet werden sollte.

Schlüsselwörter

Wien – Südosteuropa – Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen – Hugo Hassinger – NS-„Lebensraum“- und Expansionspolitik

The Viennese Working Groups for Spatial Research: Research on South Eastern Europe

Abstract

This article deals with research on South Eastern Europe conducted by the Vienna Working Groups of Spatial Research. The aim is to politically contextualise the spatial research projects, which were used as a resource for the Nazi Lebensraum and expansion policies. The projects were in part initiated by the scientists without being commissioned by the political authorities. They had both an economic and a völkische focus, with South Eastern Europe being perceived as a “complementary space” for Nazi Germany. The aim was also to contribute towards “land consolidation”.

Keywords

Vienna – South Eastern Europe – Working Group for Spatial Research of the Viennese “Hochschulen” – Hugo Hassinger – Nazi concept of “Lebensraum-” and expansion policies

1 Einführung

Geowissenschaftliche Forschungen über Südosteuropa haben in Wien eine lange Tradition. Bereits während der Habsburgermonarchie erforschten diverse Wiener Institutionen, wie zum Beispiel die *Kaiserliche Akademie der Wissenschaften*, die *k. k. Geologische Reichsanstalt* und verschiedene Institute der Universität Wien, die zum Reich gehörigen Gebiete der Balkanhalbinsel und Gebiete von benachbarten Staaten. Nach einem Rückgang der Forschungen ab 1918 infolge des Zusammenbruches der Habsburgermonarchie erfolgte ein neuerlicher Aufschwung durch die 1931 gegründete „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“ (SODFG). Die Forschungen intensivierten sich schließlich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938. Es entstanden mit der *Südosteuropagesellschaft* (1940) und diversen Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung neue Forschungsgemeinschaften. Eine zentrale Funktion kam dabei Hugo Hassinger (1877-1952) zu, seines Zeichens „Volkstumforscher, Raumplaner, Kartograph und Historiker“ (Svatek 2010, 2019). Er übernahm 1931 den Lehrstuhl für Kulturgeographie am *Geographischen Institut der Universität Wien* und leitete zunächst unter anderem zusammen mit dem Historiker Hans Hirsch (1878-1940) die SODFG. Vor 1938 kooperierten Hassinger und andere Wissenschaftler zumindest offiziell noch nicht mit der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG). Die raumwissenschaftlichen Forschungen über Südosteuropa erfolgten vor allem im Rahmen der SODFG. Als Beispiel sei hier auf den Burgenlandatlas verwiesen, der von Hassinger und dem niederösterreichischen Geographen Fritz Bodo (1893-1978) herausgegeben wurde (Svatek 2017).

Dieser Artikel befasst sich mit den Südosteuropaforschungen der *Wiener Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung*. Ein erster Brief zwischen Hassinger und der RAG ist vom 13. April 1938 überliefert, als Hassinger der RAG ein Verzeichnis mit allen jenen Personen übermittelte, die für die Stadt- und Landesplanung der Ostmark einen Beitrag liefern konnten (UAW, NL Hassinger, Kt. 15a; Svatek 2015: 248-249; Svatek 2019: 136). Damit war spätestens ein Monat nach der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich eine Zusammenarbeit zwischen Wiener Raumforschern und der RAG begonnen worden.

An der Universität Wien etablierte sich eine *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung* schließlich im Herbst 1938, die von Hassinger geleitet wurde. Die erste Sitzung fand am 10. November im *Geographischen Institut der Universität Wien* statt. Hassinger sprach von der Notwendigkeit, dass alle Wiener Hochschulen zusammenarbeiten sollten und betonte gleichzeitig die Führerrolle der Geographie. Zudem bekundete er auch den Willen, über die Staatsgrenzen hinweg zu forschen (UAW, NL Hassinger, Kt. 15b). Weitere Arbeitsgemeinschaften an der *Hochschule für Welthandel* (Leitung: Bruno Dietrich), an der *Hochschule für Bodenkultur* (Leitung: Erwin Löhr), an der *Technischen Hochschule* (Leitung: Erwin Ilz) und an der *Tierärztlichen Hochschule*

(Leitung: Karl Diernhafer) folgten. Unter der Leitung Hassingers schlossen sie sich zur „Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen“ zusammen. Die Forschungen betrafen vor allem siedlungs-, bevölkerungs- und wirtschaftsgeographische Aspekte über die Ostmark und Südosteuropa (Svatek 2015, 2018a).

Ziel dieses Beitrags ist eine politische Kontextualisierung der raumwissenschaftlichen Forschungen über Südosteuropa, die als Ressource für die NS-„Lebensraum“- und Expansionspolitik herangezogen wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Begriff „Lebensraum“ unter anderem vom Geopolitiker und Geographen Karl Haushofer (1869-1946) verwendet, „um die geforderte Revision der Grenzen von Versailles und die Expansion des Deutschen Reichs nach Osten vor allem bevölkerungspolitisch und militärstrategisch zu legitimieren“ (Schmitz-Berning 2007: 376). Während der NS-Zeit vertraten die Politiker einen „aggressiven Raum- und Herrschaftsanspruch gegenüber den angeblich „rassisch unterlegenen Völkern im Osten des Deutschen Reiches“, womit man eine rassistisch begründete gewaltsame Expansion des Deutschen Reichs nach Osteuropa“ rechtfertigen konnte (Schmitz-Berning 2007: 375, 377). Diese Neuordnungsplanung wurde im „Generalplan Ost“ festgelegt, der vor allem die Vertreibung und Vernichtung eines großen Teils der dortigen Bevölkerung, Zwangsumsiedlungen, eine neue Siedlungsstruktur und eine rationelle Agrarproduktion vorsah (Rössler/Schleiermacher 1993: 7-11; Heinemann 2006: 45-72).

Südosteuropa wurde in diesem Konzept kaum mitgedacht. Doch auch für diese Gebiete gab es wirtschaftliche, ethnographische, siedlungs- und bevölkerungsgeographische Forschungen zur Umgestaltung des Lebensraumes, die eine enge Verzahnung mit der NS-Politik erkennen lassen. Hassinger versuchte, Wien als Zentrum der deutschen Südostforschung zu etablieren. Denn Wien soll „Kraft seiner Lage, kulturellen und geschichtlichen Entwicklung“ berufen sein, „die Betreuungsstelle für die staats-, volks-, wehr- und wirtschaftspolitischen Aufgaben des Deutschen Reiches im Donauraum, Südosteuropa und Vorderen Orient zu sein“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 26a; Svatek 2009). Die Wiener Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung haben dazu einiges beigetragen. Nach einem allgemeinen Überblick soll in diesem Artikel das Verhältnis zwischen Wiener Raumforschung und Politik im Kontext der Südosteuropaforschungen anhand dreier Thesen näher untersucht werden:

- > **These 1:** Es existierte eine auf Gegenseitigkeit aufgebaute Verbindung zwischen Raumforschung und Politik.
- > **These 2:** Die Projekte der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* waren bezüglich Südosteuropa wirtschaftlich ausgerichtet, wobei Südosteuropa auch von den Wiener Raumforschern als „Ergänzungsraum“ (Freytag 2012; Sachse 2010) für das Deutsche Reich wahrgenommen wurde.
- > **These 3:** Die Projekte der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* waren bezüglich Südosteuropa „völkisch“ ausgerichtet, wobei einige auch einen Beitrag zur „Flurbereinigung“ leisten sollten.

2 Forschungen über Südosteuropa im Überblick

Im Jahre 1939 wurden seitens der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* noch keine Forschungen über Südosteuropa durchgeführt. In einem Protokoll zur Sitzung am 27. Oktober 1939 beklagt Hassinger, dass „nach Kriegsbeginn alle angemeldeten Arbeitsvorhaben von der Reichsarbeitsgemeinschaft in Berlin abgesetzt“ wurden, „unter dem Hinweis darauf, dass nunmehr nur ein Programmpunkt gelte: der Osten“. Hassinger bemängelte weiter, dass unter dem Osten nur der Nordosten ins Auge gefasst wurde. Doch wäre auch „im Südosten eine sorgfältige Vorbereitung für kommende wirtschaftliche und politische Aufgaben nötig“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 15c). Hassinger wollte ohne Zweifel aktiv an der Neugestaltung des deutschen Lebensraumes mitarbeiten und ließ in den nächsten Jahren keine Gelegenheit aus, auch von sich aus politisch relevante Projekte zu initiieren.

Im Jahre 1941 wurden erstmals nicht nur Projekte eingereicht, sondern auch tatsächlich durchgeführt. Unter ihnen befanden sich die „Anlage einer Bibliographie der Kartenwerke und Literatur über den Südosten“ (Bearbeiter: Geographisches Institut, Statistisches Amt) sowie die Forschungen zur „Raumfunktion Wiens im Rahmen des Deutschen Reiches als zentraler Ort des südöstlichen Mitteleuropa“ (Bearbeiter: Hugo Hassinger; Svatek 2009) und zu der „Neuordnung der Volksgruppengebiete im Innerkarpatischen Raum“ (Bearbeiter: Hugo Hassinger, Egon Lendl, Otto Brunner, Alfred Karasek). Diese Projekte wurden in den Folgejahren weitergeführt. Zudem kamen neue hinzu, wie zum Beispiel über die Bodentypen und Bodenarten in Südosteuropa (Bearbeiter: Walter Kubiena), über eine Wasserstraße zwischen Donau und Saloniki (Bearbeiter: Josef Kozeny), über das Gefüge der deutschen Siedlungsgebiete in Siebenbürgen und der Batschka (Bearbeiter: Geographisches Institut mit deutschen Volksgruppenführern), über die „Bestandsaufnahme der deutschen Volksgruppen im mittleren Donauraum“ (Bearbeiter: Geographisches Institut mit deutschen Volksgruppenführern), über die „Volksdichte der deutschen Volksgruppen im mittleren Donauraum“ (Bearbeiter: Geographisches Institut) und über die „volkswirtschaftlichen Grundlagen des unabhängigen Staates Kroatien“ (Bearbeiter: Alois Jaschke). Auch setzte man sich zum Ziel, politisch relevante fremdsprachige Werke über den Südostraum zu übersetzen. Einen Überblick über die einzelnen Projekte geben die Arbeitsberichte und die Projektanträge im Nachlass Hassinger des Wiener Universitätsarchivs.

Kooperationen ergaben sich außerdem mit vielen anderen Projekten, die nicht von der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen organisiert wurden. Die Arbeitsgemeinschaft zählte aber zu den ausführenden Institutionen und die RAG war ein bedeutender Geldgeber. Als Beispiel soll hier der Atlas „Der Donau-Karpatenraum“ genannt werden. Dieser von der Wehrmacht forcierte und von der *Volksdeutschen Mittelstelle* (VoMi) geplante Atlas wurde neben der RAG auch vom *Deutschen Auslandsinstitut* in Stuttgart und von der *Südosteuropagesellschaft* finanziert (Svatek 2010: 306). Die VoMi wurde 1936 von Heinrich Himmler gegründet und war für die Volkstumsarbeit verantwortlich. In ihren Aufgabenbereich fielen unter anderem die Koordination einer einheitlichen Volkstumspolitik und die Umsiedlung deutscher Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa (Fahlbusch 1999: 60-61).

Die Mitarbeiter der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* bearbeiteten die meisten Projekte in den Jahren 1942 bis 1944. Dadurch wurde ein Großteil der Studien nicht nur in der von „Blitzkrieg“ und Eroberung dominierten Phase des Krieges durchgeführt, sondern auch nach der Wende im Kriegsgeschehen 1943. 1942/43 entfielen 19 Projekte auf die Ostmark und zehn auf Südosteuropa, 1943/44 20 auf die Ostmark und acht auf Südosteuropa. Von den zehn Projekten 1942/43 zu Südosteuropa wurden sechs an der Universität Wien bearbeitet: die Übersetzung wichtiger fremdsprachiger Werke über den Südostraum, die Raumfunktion Wiens im Rahmen des Deutschen Reiches als zentraler Ort des südöstlichen Mitteleuropas, die volkswirtschaftlichen Grundlagen des unabhängigen Staates Kroatien, die Bestandsaufnahme der deutschen Volksgruppen in Ungarn, die wirtschaftliche Bedeutung des Oder-Donau-Elbe-Kanals und die deutsche Kolonisation des Banat. Je ein Projekt gab es an der *Hochschule für Bodenkultur* (Bodentypen- und Bodenartenkarte Südosteuropas) und an der *Technischen Hochschule* (Wasserstraße zwischen Donau und Saloniki) sowie zwei an der *Hochschule für Welthandel* (ungarischer Genossenschaftshandel, deutscher Kapitaleinsatz in der Slowakei), wobei diese beiden Projekte wegen Einberufungen nur ungenügend bearbeitet werden konnten. Für 1945 waren noch folgende Projekte bewilligt (UAW, NL Hassinger, Kt. 16a):

- > Gefüge des deutschen Siedlungsgebietes in Siebenbürgen,
- > Gefüge des deutschen Siedlungsgebietes in der Batschka,
- > Übersetzung wichtiger fremdsprachiger Werke über den Südostraum,
- > die volkswirtschaftlichen Grundlagen des unabhängigen Staates Kroatien,
- > Bestandsaufnahme der deutschen Volksgruppen im mittleren Donaauraum,
- > kartographische Darstellung der Volksdichte der deutschen Volksgruppen im mittleren Donaauraum.

Die finanziellen Mittel stellte nicht nur die RAG zur Verfügung. Teilweise kamen die Gelder auch von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft*, wie zum Beispiel beim Projekt über das Gefüge des deutschen Siedlungsgebietes in Siebenbürgen (UAW, NL Hassinger, Kt. 16b). Eine lückenlose Rekonstruktion der bewilligten Summen war bis jetzt nicht möglich. Es haben sich im Wiener Universitätsarchiv (Nachlass Hassinger, Karton 16) vor allem Abrechnungen des Jahres 1944 erhalten. Aber auch für die Rechnungsjahre 1942/43 und 1943/44 sind Aufstellungen zu den Ausgaben vorhanden. Diese Abrechnungen geben allerdings nur die Gelder der RAG wieder. Ob für die einzelnen Projekte auch noch von anderen Stellen Gelder lukriert werden konnten, muss noch einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden.

3 These 1: Auf Gegenseitigkeit aufgebaute Verbindung zwischen Raumforschung und Politik

Wie der Wissenschaftshistoriker Mitchell G. Ash festgestellt hat, handelt es sich bei der Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik meist um ineinandergreifende „Handlungsfelder“ (Ash 2002: 34). Er schloss eine alleinige „Indienstnahme“ (Ash 2010: 17) der Wissenschaften durch die Politik aus, denn die Initiativen für die Förderung politisch relevanter Projekte kommen nicht immer von den Politikern. Diese Feststellung ist auch für die Wiener Raumforschung gültig. Die Grundlinien für die wissenschaftlichen Forschungen wurden zwar von der *Reichsstelle für Raumordnung* (RfR) benannt, an der die RAG angekoppelt war (Venhoff 2000: 17), doch hatten die einzelnen Arbeitsgemeinschaften bei der eigentlichen Themenfindung und der Ausarbeitung der Projekte jede Gestaltungsfreiheit. Daher kann auch eine Art „Selbstmobilisierung“ (vgl. Hachtmann 2007) attestiert werden, bei der die Projektleiter und -bearbeiter ihr jeweiliges Thema nach eigenen Vorstellungen erforschen, frei ihre Quellen wählen und ihre Kooperationspartner aussuchen konnten. Ein Abhängigkeitsverhältnis gab es zumindest bei der Wiener Raumforschung vor allem zwischen Projektleiter – in den meisten Fällen war dies Hassinger – und den jeweiligen Projektbearbeitern. Denn die Forschungen der letzten Jahre zeigten deutlich, dass er in Wien die Oberaufsicht über alle raumorientierten Projekte innehatte, die Arbeitsgemeinschaft nach außen repräsentierte und die Verbindungsperson zur RAG war (Svatek 2016: 113-115).

Hassinger initiierte in Verbindung mit anderen Wiener Wissenschaftlern viele Projekte von sich aus, wie zum Beispiel das Projekt über „Die volkswirtschaftlichen Grundlagen des unabhängigen Staates Kroatien“ (Svatek 2018b: 118-119). Diversen Briefen ist zu entnehmen, dass Hassinger den von der RAG finanzierten Kroatienatlas der in Neudorf am Gröditzberg stationierten Forschungsstaffel „zur besonderen Verwendung“ (zitiert als „Forschungsstaffel z. b. V.“) übermitteln wollte. Aber auch einige deutsche Übersetzungen von Büchern über Südosteuropa (Landeskunde über Transdanubien von Károly Kogutowicz usw.) und im Südosteuropa erbeutetes Kartenmaterial stellte er der Forschungsstaffel ohne Auftragserteilung zur Verfügung (UAW, NL Hassinger, Kt. 18a). Als Dank berief man Hassinger schließlich Ende 1944 als wissenschaftlichen Experten in die Arbeitsgemeinschaft für wehrwissenschaftliche Geländeforschung und Wehrgeologie (UAW, NL Hassinger, Kt. 18b; Svatek 2019: 154-155). Wie die Autorin bereits feststellte, ist dies „ein Beleg dafür, dass Hassinger durch sein Verhalten gegenüber den NS-Behörden und dem Militär – hier der Forschungsstaffel – Vorteile für seine weitere Karriere erwirken konnte“ (Svatek 2016: 110). Es bestand ohne Zweifel eine auf Gegenseitigkeit aufgebaute Verbindung, die Vorteile für beide Parteien erkennen lassen.

Auch bei den ethnographischen Forschungen scheinen die Initiativen vor allem vom *Geographischen Institut der Universität Wien* gekommen zu sein. Denn nach den Worten Hassingers sollte „auf jedem Fall rechtzeitig die wissenschaftliche Rüstung vorbereitet sein, wenn eine dieser Umsiedlungsfragen politisch angeschnitten werden sollte“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 16c; Svatek 2019: 154). Diese Äußerung lässt erkennen,

dass die Anpassung an die politischen Zielsetzungen von Anfang an geplant war und Hassinger von sich aus ohne explizite Auftragserteilung seitens Behörden oder Politikern gehandelt hatte.

4 These 2: Wirtschaftliche Ausrichtung der Projekte: Südosteuropa als „Ergänzungsraum“

Ein Ziel der Nationalsozialisten bestand in der Schaffung eines „Neueuropa“, welches „politisch, militärisch, ökonomisch und kulturell von einem großgermanischen Volk beherrscht werden sollte, das unter der Führung der Deutschen alle rassisch verwandten oder für assimilierbar gehaltenen Völker einschloß“ (Hausmann 2007: 137). Dazu wurde auch ein europäischer Großwirtschaftsraum unter ihrer Führung geplant. Südosteuropa spielte in diesen Überlegungen eine zentrale Rolle. Denn diese Region sollte hinsichtlich Agrarprodukten und Rohstoffen nutzbar gemacht werden, um die Versorgung des Deutschen Reiches mit Nahrungsmitteln und Bergbauprodukten zu gewährleisten. Zeitgleich sah der Plan vor, die Industrieproduktion in Südosteuropa so gering wie möglich zu halten, um neue Absatzmärkte für deutsche Produkte zu schaffen (Thörner 2008: 577-579; vgl. Freytag 2012; Sachse 2010).

Auch einige der in Wien bearbeiteten Projekte wiesen eine wirtschaftliche Ausrichtung auf, weshalb vor allem der Bergbau, die Landwirtschaft und die Wasserstraßenverbindungen näher erforscht werden sollten. Mit dem Projekt „Bestandsaufnahme der deutschen Volksgruppen im mittleren Donaauraum“ wollte man gemäß der wirtschaftlichen Ausrichtung der nationalsozialistischen Politik „wichtige Erkenntnisse über die Möglichkeit der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung für das Reich aus den Ergänzungsgebieten der deutschen Volksgruppen bzw. ihrer Heimatstaaten“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 16d) liefern. Hassinger sah die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Erforschung aber auch von beiden Seiten, da die südosteuropäische Industrie noch nicht jene Entwicklung erreicht hätte, wie dies im Deutschen Reich der Fall war. Daher betrachtete er „das nordwestliche Mitteleuropa und Westeuropa mit ihren hochentwickelten spezialisierten Industrien [ebenfalls] als Ergänzungsgebiet für die Südostländer“ (Hassinger 1941: 609; Svatek 2010: 303; Svatek 2019: 139-140).

Auch das Projekt über „Die volkswirtschaftlichen Grundlagen des unabhängigen Staates Kroatien“ wies zum Beispiel diese wirtschaftliche Komponente auf. Es sollte einen „allgemeinen Überblick über die Wirtschaftslage Kroatiens und seiner sozialen Verhältnisse“ und die „Möglichkeit einer Einschätzung seiner Bedeutung für den Aufbau einer mittel- und südosteuropäischen Wirtschaft“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 16e) liefern. Dabei betonte Hassinger auch, den „Anteil der deutschen Volksgruppen an der Wirtschaft besonders“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 16e) herausarbeiten zu wollen. Während vom Text nur Fragmente überliefert sind, haben sich im Wiener Universitätsarchiv vor allem Karten und Diagramme erhalten, welche die physio- und kulturgeographischen Gegebenheiten Kroatiens visualisieren. Die Wirtschaftskarten geben Ernteerträge, die Lage von Bergbaugebieten einschließlich ihres abzubauenen Rohstoffes sowie die Verteilung der Viehbauern und Industriebetriebe wieder.

5 These 3: „Völkische“ Ausrichtung der Projekte zur „Flurbereinigung“

Im Nationalsozialismus wurde der Begriff „völkisch“ „im Sinne eines auf dem Rassegedanken gegründeten Volksbewußtseins gebraucht“ (Schmitz-Berning 2007: 647), wobei der „Flurbereinigung“ eine zentrale Bedeutung zufiel. Hitler verwendete den Begriff erstmals während seiner am 6. Oktober 1939 gehaltenen Reichstagsrede, bei der er sein „umfassendes völkisch-rassisches Neuordnungskonzept“ vorstellte. Nach diesem Entwurf sollten „mittels Vertreibungen, Deportationen und Völkermord Siedlungsgebiete für ‚arische‘ Deutsche“ geschaffen werden, wobei „keine Karten von Staaten mehr im Blick“ standen, „sondern von Völkern und Volksgruppen, die rassenbiologisch bewertet und dementsprechend in ihrer Existenzberechtigung und ‚Nutzbarmachung‘ für das deutsche ‚Herrenvolk‘ hierarchisch eingestuft wurden“ (Wildt 2006: 133, 135; vgl. auch Wildt 2016: 37-38).

Hassinger griff den Terminus „Flurbereinigung“ zum ersten Mal während eines Vortrages in Breslau auf: „Nun muss es auch einmal zu einer Flurbereinigung des deutschen Volkstums im Donauraum kommen, in dem Sinn, dass diese zersplitterten und unökonomisch geformten Sprachinseln zu einer besseren Formung kommen. Die natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen aller deutschen Sprachinseln müssen genau erforscht sein, wenn das Standortproblem des Aus- und Einsiedlungsraumes richtig gelöst werden soll“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 26b; Svatek 2010: 304; Svatek 2019: 141). Sein Ziel war eine „zweckmäßige Formung des deutschen Siedlungsgebietes“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 16f), das vor allem in den Projekten „Neuordnung der deutschen Volksgruppengebiete im innerkarpatischen Raum“, „Bestandsaufnahmen der deutschen Volksgruppen im mittleren Donauraum“ und „Gefüge des deutschen Siedlungsgebietes in der Batschka“ erreicht werden sollte. Dabei kooperierte man auch mit den deutschen Volksgruppenführern in Südosteuropa. Hassinger wollte „durch die wissenschaftliche Überprüfung der deutschen Volksgruppen im innerkarpatischen Raum (Ungarn, Slowakei, Siebenbürgen, Batschka, Banat, Kroatien, Slowenien, Bosnien)“ eruieren, „welche Volksgruppen unbedingt an ihrem Standort belassen werden müssen und welche besser durch Neugruppierung zu größeren Volksgebieten zusammenschließen wären“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 16g; Svatek 2015: 254; Svatek 2019: 141). Auch der Kroatienatlas verfolgte ein volkspolitisches Anliegen. Denn es waren dort unter anderem die deutschen Volksgruppen für das Projekt von Interesse. Dass der Beginn des Projektes wenige Monate nach dem am 30. September 1942 geschlossenen Umsiedlungsvertrag zwischen Kroatien und dem Deutschen Reich lag, ist wohl kein Zufall. Dieser Vertrag hatte im Übrigen bis 1944 die Umsiedlung von ungefähr 16.000 Volksdeutschen zur Folge (Fiebrandt 2014: 209, 211).

Im Jahre 1942 reiste Hassinger in seiner Funktion als Leiter der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung* und als stellvertretender Leiter der SODFG nach Südosteuropa, um mit deutschfreundlichen Wissenschaftlern, Politikern, Vertretern der deutschen Gesandtschaften und deutschen Volksgruppenführern „völkisch“-raumwissenschaftliche Studien vorzubereiten. In Budapest traf er zum Beispiel den stellvertretenden Leiter der deutschen Volksgruppen Fritz Metzger und die von der SODFG eingesetzte

Länderreferentin Irma Steinsch, mit denen er über die Planung der deutschen Siedlungsgebiete sprach. Denn die Voraussetzung für eine Volkstumsplanung ist nach Hassinger „eine genaue Bestandaufnahme der Volksgruppe einschliesslich der ihr blutsmässig aber nicht mehr sprachlich Zugehörigen, ihrer biologischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, ferner der räumlichen Anordnung des Siedlungsgebietes und seiner verkehrsgeographischen Erschliessung. Das ideale Ziel wäre, die Marktgebiete der deutschen Siedlungsmittelpunkte auch zu deutschen Volkstumsgebieten durch Umsiedlung von versprengten und in ihrer Isolierung bedrohten, nach fremdsprachigen zentralen Orten wirtschaftlich gerichteten deutschen Siedlungen, neu zu formen“ (UAW, NL Hassinger, Kt. 26c). Um die Forschungen in Ungarn voranzutreiben, plante Hassinger auch den Einsatz studentischer Hilfskräfte. Ein Geldbetrag von ungefähr 12.000 RM wurde dafür von der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* zur Verfügung gestellt. In Kooperation mit der SODFG stellte man „Organisationskarten für die Gebiete Schwäbische Türkei, Ofner Bergland, Schildgebirge und Bakonywald“ (Fahlbusch 1999: 649) her.

Danach sind für dieses Projekt die Arbeiten der SODFG und der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung* nicht mehr eindeutig zu trennen. Die Autorin geht eher davon aus, dass in den folgenden Jahren vor allem die SODFG die völkischen Forschungen in Ungarn plante und überwachte. Wer allerdings von welchen Forschungsgemeinschaften an den jeweiligen Projekten tatsächlich beteiligt war, ist noch Gegenstand näherer Untersuchung. Woher dafür die Gelder kamen, muss auch noch erforscht werden. Denn eine „Bestandaufnahme der deutschen Volksgruppen im mittleren Donauraum“ war seitens der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung* auch noch für 1945 geplant, was eine Mitarbeit seitens der Arbeitsgemeinschaft wahrscheinlich macht. Dies ist auf jeden Fall ein Beispiel, bei dem eine enge Verzahnung der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* mit anderen in Wien ansässigen Forschungsgemeinschaften stattgefunden hatte. Die Forschungen wurden fortan vor allem seitens der SODFG dokumentiert. Man untersuchte die agrarischen Leistungsreserven und führte eine ethnographische Bestandaufnahme durch, die einen wesentlich höheren Anteil der Deutschen feststellte als die ungarische Erhebung. Hierfür gab es schließlich auch explizite Aufträge seitens politischer Institutionen. So ermittelte zum Beispiel Irma Steinsch im Auftrag der *Volksdeutschen Mittelstelle* den Anteil der Deutschen in der ungarischen Oberschicht (Fahlbusch 1999: 650-651).

6 Schlussbetrachtung

Die oben angeführten Beispiele verdeutlichen, dass die Projekte der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* einen Beitrag zur NS-„Lebensraum“- und Expansionspolitik leisteten und dabei auch eigene Initiativen ohne explizite Auftragserteilung seitens der Politik ergriffen wurden. Dabei waren die Mitarbeiter auch in einem Netz aus unterschiedlichen Institutionen und Personen eingebettet, sodass die tatsächliche Leistung der Arbeitsgemeinschaft in manchen Fällen nicht immer einwandfrei zugeordnet und beurteilt werden kann. Hugo Hassinger war ohne Zweifel die zentrale Person der Wiener Raumforschung in der NS-Zeit, der nicht nur die *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* leitete, sondern

auch stellvertretender Leiter der SODFG und der *Südostgemeinschaft Wiener Hochschulen* 1943/44 war. Hassinger konnte wegen seiner Nichtmitgliedschaft in der NSDAP nach 1945 seinen Forschungen weiterhin nachgehen. Bereits 1946 gründete er an der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften* die „Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau“, deren erster Leiter er wurde. Hassinger blieb bis zu seiner Pensionierung 1951 Professor für Geographie an der Universität Wien.

Nicht alle raumwissenschaftlichen Projekte konnten während der NS-Zeit fertiggestellt werden. Ein Teil der Projekte befand sich noch in Planung oder wurde gerade noch ausgearbeitet. Doch „auch wenn diese über weite Strecken im Stadium der Planung verblieben, begann die Verantwortung der beteiligten Wissenschaftler [...] dort, wo sie den Machthabern theoretische Lösungen anboten“, so Uwe Mai über die Neuordnung des Altreiches (Mai 2006: 92). Diese Aussage gilt auch für die raumorientierten Forschungen der *Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen* über Südosteuropa.

Quellen

- UAW (Universitätsarchiv Wien), NL (Nachlass) Hassinger, Kt. 15a: Hassinger an die RAG vom 13. April 1938.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 15b: Protokoll der Sitzung vom 10. November 1938.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 15c: Rundschreiben Hassinger an die Arbeitsgemeinschaften vom 8. Februar 1940.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 16a: Bewilligungsbriefe von der RAG an Hassinger.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 16b: Abrechnungen 1942 bis 1945.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 16c: Ansuchen zum Projekt „Neuordnung der deutschen Volksgruppegebiete im innerkarpatischen Raum“ 1940/41.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 16d: Projektansuchen.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 16e: Projektansuchen vom Jahre 1943.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 16f: Ansuchen zum Projekt „Bestandsaufnahmen der deutschen Volksgruppen im mittleren Donauraum und geographische Untersuchung ihrer Siedlungsgeschichte“ 1942/43.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 16g: Projektansuchen 1940/41.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 18a: Briefe Hassingers an Forschungsstaffel vom 28. September 1944, 13. November 1944, 9. Dezember 1944 und 12. Januar 1945.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 18b: Brief Hassingers an den Reichsforschungsrat vom 4. Dezember 1944 sowie Brief Hans Spreitzers an Hassinger vom 12. Januar 1945.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 26a: Hugo Hassinger: Voranschlag für die der politischen und wirtschaftlichen Südostarbeit dienenden wissenschaftlichen Einrichtungen auf dem Fachgebiet der Geographie in Wien vom 3. März 1941.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 26b: Vortrag Hassingers auf der Tagung deutscher wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Breslau 25.-27. September 1941.
- UAW, NL Hassinger, Kt. 26c: Hugo Hassinger: Bericht über die in der Zeit vom 10.-27. April 1942 nach Griechenland, Bulgarien, Serbien, Rumänien, Ungarn, Kroatien und vom 7.-9. Mai 1942 nach der Slowakei ausgeführten Studienreisen.

Literatur

- Ash, M. (2002): Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Bruch, R.; Kaderas, B. (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten*. Wiesbaden, 32-51.
- Ash, M. (2010): Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 50, 11-46.

- Fahlbusch, M. (1999): Wissenschaft im Dienste der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945. Baden-Baden.
- Fiebrandt, M. (2014): Maria, Auslese für die Siedlergesellschaft: Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939-1945. Göttingen.
- Freytag, C. (2012): Deutschlands „Drang nach Südosten“. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der „Ergänzungsraum Südosteuropa“ 1931-1945. Göttingen.
- Hachtmann, R. (2007): Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Göttingen.
- Hassinger, H. (1941): Lebensraumfragen der Völker des europäischen Südostens. In: Dietzel, K. H. (Hrsg.): Lebensraumfragen europäischer Völker 1. Leipzig, 588-613.
- Hausmann, F.-R. (2007): Deutsche Geisteswissenschaft im Zweiten Weltkrieg. Die Aktion „Ritterbusch“. Heidelberg.
- Heinemann, I. (2006): Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. In: Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart, 45-72.
- Mai, U. (2006): „Neustrukturierung des deutschen Volkes“. Wissenschaft und soziale Neuordnung im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1945. In: Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart, 73-92.
- Rössler, M.; Schleiermacher, S. (1993): Der „Generalplan Ost“ und die „Modernität“ der Großraumordnung. Eine Einführung. In: Rössler, M.; Schleiermacher, S. (Hrsg.), Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin, 7-11.
- Schmitz-Berning, C. (2007): Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin/New York.
- Sachse, C. (2010) (Hrsg.): „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege. Göttingen.
- Svatek, P. (2009): Hugo Hassinger: Wiens deutsche Sendung im Donaauraum. In: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 9, 2, 163-170.
- Svatek, P. (2010): Hugo Hassinger und Südosteuropa. Raumwissenschaftliche Forschungen in Wien (1931-1945). In: Sachse, C. (Hrsg.): „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege. Göttingen, 290-311.
- Svatek, P. (2015): Raumforschung an der Universität Wien im 20. Jahrhundert. Kontinuitäten und Wandlungen einer multidisziplinären und politisch orientierten Forschungsrichtung. In: Kniefacz, K.; Nemeth, E.; Posch, H.; Stadler, F. (Hrsg.): Universität – Forschung – Lehre. Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert. 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert 1. Göttingen, 241-259.
- Svatek, P. (2016): „Das südöstliche Europa als Forschungsraum“. Wiener Raumforschung und „Lebensraumpolitik“. In: Flachowsky, S.; Hachtmann, R.; Schmaltz, F. (Hrsg.): Ressourcenmobilisierung und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem. Göttingen, 82-120.
- Svatek, P. (2017): Burgenlandatlas. In: Fahlbusch, M.; Haar, I.; Pinwinkler, A. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften. Berlin, 2057-2060.
- Svatek, P. (2018a): Kontinuität oder Wandel? Stadt- und Landesplanung am Geographischen Institut der Universität Wien um 1938. In: GW-Unterricht. Zeitschrift des Vereins für geographische und wirtschaftliche Bildung 152, 4, 5-13.
- Svatek, P. (2018b): Ethnic Cartography and Politics in Vienna 1918-1945. In: British Journal for the History of Science 51, 1, 99-121.
- Svatek, P. (2019): Hugo Hassinger (1877-1952). Volkstumsforscher, Raumplaner, Kartograph und Historiker. In: Hruza, K. (Hrsg.): Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900-1945 Band 3. Wien, 123-156.
- Thörner, K. (2008): „Der ganze Südosten ist unser Hinterland“: deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945. Freiburg.
- Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. = Arbeitsmaterial der ARL 258.
- Wildt, M. (2006): „Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“. Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939. In: Zeithistorische Forschungen 3, 1, 129-137.
- Wildt, M. (2016): „Völkische Neuordnung Europas“. In: Hohls, R.; Kaelble, H. (Hrsg.): Geschichte der europäischen Integration bis 1989. Stuttgart, 37-44.

Autorin

Petra Svatek (*1976), Mag. Dr., *Studium der Geschichte und Geographie an der Universität Wien. 2006-2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Universität Wien (u. a. FWF-Projekt „Kartographie und Raumforschung in Österreich 1918-1945“), 2017/18 Projekt über das Geographische Institut der Universität Wien während der NS-Zeit beim Zukunftsfonds der Republik Österreich, seit 2018 Mitarbeiterin an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Hauptforschungsgebiete: Geschichte der Geographie, Raumforschung und Kartographie, insbesondere die Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik.*

Gunnar Take

DIE KRIEGSFORSCHUNGSPROGRAMME DER RAG. EINE ANALYSE ANHAND DER PROJEKTE DES INSTITUTS FÜR WELTWIRTSCHAFT (IFW) VON 1939 BIS 1944

Kurzfassung

Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) gehörte zu den leistungsfähigsten Zentren der Wirtschaftsforschung in Deutschland. Ab Mitte der 1930er-Jahre reagierte das IfW bereitwillig auf die zivilen Anreize und dann ab 1939 auf die Kriegsforschungsprogramme der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG), um die staatliche Nachfrage nach Raumforschung zu befriedigen. Die Ökonomen waren gut über Kontexte und Verwendungszwecke informiert und akzeptierten die nationalsozialistischen Prämissen. Das IfW fungierte weder als Vordenker der NS-Politik noch empfahl es besonders radikale Maßnahmen. Es verstand sich als Dienstleister, welcher nicht mit spezialisierten Forschungsinstituten oder raumplanerischen Instanzen konkurrieren wollte. Es bot Beratungsleistungen an, die institutsseitig als unpolitisch betrachtet wurden. Im Rahmen der RAG zu forschen, wurde vom IfW als willkommene Möglichkeit zum Erhalt des wissenschaftlichen Know-hows gesehen. Dies war eine willkommene Ergänzung zum Kerngeschäft im Krieg, das aus dem stupiden Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen bestand. Die Raumforschung des IfW war zur praktischen Verwendung intendiert und auch geeignet. Ob diese in der kurzen Zeit bis Kriegsende erfolgte, ist allerdings nicht nachweisbar.

Schlüsselwörter

Institut für Weltwirtschaft (IfW) – Kriegsforschung – Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) – Zweiter Weltkrieg – Wirtschaftsgeschichte – Wissenschaftsgeschichte

The war research programmes of the RAG. An analysis based on the projects of the Institute for the World Economy (IfW) from 1939 to 1944

Abstract

The Institute for the World Economy (IfW) was among the most capable centres for economic research in Germany. From the mid-1930s it responded willingly to the incentives and from 1939 to the war research programmes of the Reich Association for Spatial Research (*Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* – RAG), satisfying government demand for spatial research. The economists were well-informed about contexts and intended uses and accepted the National Socialist premises. The IfW neither acted as a mastermind of National Socialist policies nor did it recommend particularly radical measures. It functioned as a service provider that did not want to compete with specialised research institutes or spatial planning instances. The advice offered was regarded as being non-political. Conducting research within the framework of the RAG was seen by the IfW as an opportunity to preserve scientific know-how. This was a welcome addition to the core business of the institute during the war,

which consisted of the inane collection and preparation of information. The spatial research of the IfW was intended for practical use and was suitable for such. Whether this actually occurred in the short period before the end of the war cannot be determined.

Keywords

Institute for the World Economy (IfW) – War research – Reich Association for Spatial Research (RAG) – Second World War – Economic history – History of science

Dieser Beitrag zur Tagung „Von der RAG zur ARL“ im November 2019 beruht auf einem Forschungsprojekt zur Geschichte des Kieler *Instituts für Weltwirtschaft* (IfW) im Nationalsozialismus.¹ Nach einer kurzen Vorstellung des Instituts werden im Hauptteil ausgewählte Projekte beschrieben, die im Rahmen der Kriegsforschungsprogramme der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) von 1939 bis 1944 durchgeführt wurden. Die Analyse zeigt, dass die RAG ein hervorragend geeignetes Mittel war, um auch ein auf Eigenständigkeit, akademische „Objektivität“ und wirtschaftswissenschaftliche Methodenkontinuität bemühtes Institut für die Zuarbeit zur nationalsozialistischen Raumplanung und zur wirtschaftlichen Kriegführung zu aktivieren.

Das im Februar 1914 in Kiel gegründete IfW ist das älteste deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut. Nach dem Vorbild der seinerzeit innovativen naturwissenschaftlichen Institute der *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Forschung* (KWG) vereinte der Gründungsdirektor Bernhard Harms erstmals einen nennenswerten Stab an Ökonomen, eine Bibliothek sowie ein ausgedehntes Wirtschaftsarchiv unter einem Dach. Im Ersten Weltkrieg erfuhr das Institut einen steilen Aufstieg, als es begann, in großem Stil Begleitforschung zur Führung des Wirtschaftskrieges zu betreiben. Finanziert und abgewickelt wurde dies über eine noch heute bestehende Fördergesellschaft, der seinerzeit neben Industriefirmen und Wirtschaftsverbänden auch militärische Stellen angehörten. Es handelte sich dabei um ein frühes Beispiel eines industriell-militärisch-akademischen Komplexes, extrem praxisnah und nachfrageorientiert (ausführlicher Take 2015).

In der Weimarer Republik betätigte sich das IfW intensiv im neuen Feld der Konjunkturforschung und bildete den Kern einer vom Reichstag eingesetzten Enquete über den deutschen Außenhandel. Aus einem vergleichsweise hohen Grundetat, der paritätisch vom Staat Preußen und vom Reich bezahlt wurde, konnte das hervorragende Wirtschaftsarchiv sowie die bald beste wirtschaftswissenschaftliche Fachbibliothek des Kontinents aufgebaut und unterhalten werden. Vergleichsweise geringe Drittmittel von Stiftungen oder der *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft* (DFG-Vorläufer) reichten somit aus, um mit erweitertem Personal einen beachtlichen zusätzlichen *Output* zu produzieren. In dieser Zeit zählte das Institut zur Weltspitze der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (vgl. Hagemann 2008).

1 In der Monographie „Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus“ bildet dessen empirische Raumforschung einen Schwerpunkt (Take 2019: 259-310).

Der von März 1934 bis Dezember 1945 amtierende IfW-Direktor Andreas Predöhl hatte bereits in den 1920er-Jahren zum Institut gehört und setzte darauf, viele der seit Gründung verfolgten Strategien fortzusetzen. Dazu gehörten:

- 1 eine Offenheit für neue Forschungsfelder,
- 2 ein hohes Interesse an Drittmitteln, insbesondere von der *Rockefeller Foundation* und der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG),
- 3 eine stark empirische Ausrichtung,
- 4 eine Präferenz für interdisziplinäres Arbeiten und projektbezogene flexible Gruppenarbeit sowie schließlich
- 5 die für Angehörige alter akademischer Eliten typische demonstrative „Objektivität“, also eine vermeintlich strikte Trennung der Sphären „wissenschaftliche Forschung“ und „politische Umsetzung“.

Es handelte sich um eine wissenschaftliche Ausrichtung, die im NS-Regime eine hohe Wertschätzung erfuhr. Der Etat stieg in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre beträchtlich, ebenso in der Folge der Mitarbeiterstab. Politische und militärische Stellen des „Dritten Reiches“ hatten ein großes Interesse an einer Vernetzung mit dem Institut, ebenso wie die ohnehin regelmäßig um Beratung ersuchende Privatwirtschaft. Anders als nationalsozialistische Neugründungen wie etwa das Heidelberger *Institut für Großraumforschung* (Schultes 2010: 437-453) blieb das IfW bis ins Frühjahr 1945 hinein produktiv und konnte seinen Personalbestand selbst in der letzten Kriegsphase aufrechterhalten. Die gute Vereinbarkeit der ‚Kieler Strategie‘ mit dem ab 1935 auf Reichsebene institutionalisierten System der Raumforschung war eine Säule dieses Erfolgs.

Nach den auch an der Kieler Universität verübten Vertreibungen des Jahres 1933 wurden drei der vier Wirtschaftsprofessuren umbesetzt und auch konzeptionell neu ausgerichtet. In der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre gab es jeweils einen Experten für Angloamerika (Predöhl), Skandinavien (Gerhard Mackenroth), Südeuropa (Harald Fick) sowie einen für die regionale Wirtschaft der Provinz Schleswig-Holstein (Hermann Bente). Letzterer leitete auch die schleswig-holsteinische *Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (HAG) und übernahm die Federführung in der Beratung der beim Oberpräsidium angesiedelten Landesplanungsgemeinschaft.

Die unter Bentes Leitung durchgeführten Forschungen waren zunächst thematisch und räumlich sehr eng begrenzt. Es ging beispielsweise um die Ansiedlung einer Fischkonservenfabrik in Flensburg, das Ölkreidebergwerk bei Heide oder die Muschelwirtschaft nahe Föhr.² Anders als an anderen Universitäten wurde hierfür kein neues Institut gegründet, sondern eine „Forschungsstelle für Schleswig-Holsteinische Wirtschaft“ eingerichtet. Sie funktionierte wie eine Abteilung des IfW, war jedoch formell

2 Diese drei Forschungsberichte aus den Jahren 1935 bis 1937 sind einsehbar in der *Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften* (ZBW), Signaturen: C 24093, C 24084 und C 24078.

der Landesplanungsgemeinschaft unterstellt. Die Arbeiten waren von politischen Vorgaben motiviert, in ihrer Durchführung aber betont sachlich. Die zumeist von Doktoranden unter Zeitdruck geleistete Forschung fand zwar auf einem eher niedrigen Niveau statt, es handelte sich jedoch keineswegs um Phrasendrescherei bzw. Pseudowissenschaft. In den Berichten lassen sich insbesondere drei außerwirtschaftliche Ziele identifizieren:

- 1 verstärkte Siedlungen im Norden als völkischer Schutzwall gegen die Dänen,
- 2 Sicherung der „Nahrungsfreiheit“ des Reiches für den angestrebten Kriegsfall,
- 3 Dezentralisierung der Industrie aus „wehrpolitischen Gründen und Gründen der Rassenpflege“ (Predöhl 1939: 410).

Die Kieler Ökonomen erachteten die RAG von Beginn an als geeignetes Forum für teils auch kontrovers geführte Fachdiskussionen. Bezüglich der Definition der sogenannten „Notstandsgebiete“, einem der ersten Aufregerthemen der RAG, sprach sich der in Freiburg beim ordoliberalen Walter Eucken ausgebildete und von 1935 bis 1946 am IfW wirkende Fritz Meyer beispielsweise für einen strikt wirtschaftlichen Maßstab aus und schlug einen Index vor (Meyer 1937). Das sei objektiver als auf der Besiedlungsdichte fußende Konzepte wie etwa jenes der „Tragfähigkeit“ von Johann Wilhelm Ludowici (vgl. Fehn 2004: 124). Meyers Kieler Kollege Karl Casper wagte sich noch weiter vor. Den regional unterschiedlichen Einkommensniveaus sei nicht *a priori* ihre wirtschaftliche Existenzberechtigung abzusprechen (Casper 1937). Der mit der Volksgemeinschaftspropaganda verknüpfte Auftrag an den Staat zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse dürfe sich nicht einfach über die standortwirtschaftlichen Ursachen hinwegsetzen. Von Seiten der *Reichsstelle für Raumordnung* (RfR) wurden dieser und auch weitere Beiträge kritisiert, jedoch als im Rahmen des zugelassenen Meinungsspektrums liegend toleriert.³

Das IfW blieb auch in den späten 1930er-Jahren um Aktualität und Praxisrelevanz bemüht. Am 18. Oktober 1938 etwa, unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in das Sudetenland, stellte der Assistent Günther Dillner einen Bericht zur wirtschaftlichen Integration dieses Gebietes fertig (Dillner 1938). Im Auftrag der RAG erarbeitete Dillner später Anfang 1941 eine Denkschrift zur intensivierten Ausbeutung des sogenannten „deutschen Südostraums“ (Dillner 1941). Auch Karl Casper begrüßte es offenbar, sich nicht mehr nur mit provinziellen Themen beschäftigen zu müssen. Nach den ersten deutschen Eroberungen im Osten befasste er sich sofort mit den dadurch eröffneten Forschungsoptionen. Nachdem sich das IfW erfolgreich um RAG-Förderung beworben hatte, beantwortete Casper im März 1940 die Frage: „Welche Bedeutung hat der Ausbau der Weichsel und der Ostseehäfen für die künftige Ordnung des Ostseeraumes?“ (Casper 1940). Das Projekt war ein Bestandteil der Themengruppe IV des ersten RAG-Kriegsforschungsprogramms. Parallel wurde in Danzig zu den technischen Aspekten des Flussausbaus und in Königsberg zur verkehrspolitischen Bedeu-

3 Anmerkung der RfR: „[Die] Arbeit ist ein Nachweis, daß kein exakter Maßstab vorhanden ist, [...] bleibt aber im Negativen stecken“ (BArch R113/95 (Verzeichnis von Forschungsaufträgen 1936-1939)).

tung geforscht. In benachbarten Themengruppen bearbeitete man verwandte Fragen wie etwa „Umsiedlungen“ und Vertreibungen sowie, in der wohl bedeutendsten Themengruppe V unter Beteiligung Walter Christallers und Hans-Bernhard von Grünbergs, die künftige „Struktur und die zentralen Orte des Ostens“.⁴

Auf der im April 1940 einberufenen RAG-Reichsarbeitstagung wurde offen und kontrovers diskutiert:⁵ Casper votierte für eine „große Lösung“ des Weichselausbaus und unterstützte damit den Oberpräsidenten Schlesiens, Josef Wagner. Er errechnete ein unbedingt zu realisierendes Wachstumspotenzial von 30 Prozent. Dass zu der Beseitigung von angeblichen Fortschrittsbarrieren durch den Weichselausbau die Zwangsumsiedlung von 30.000 polnischen Bürgern gehören müsste, nahm Casper in Kauf. Ferner war allen Diskussionsteilnehmern klar, dass aus der wirtschaftspolitischen Umgestaltung und infrastrukturellen Anbindung der betreffenden Gebiete auch eine dauerhafte Festigung der mit militärischer Gewalt errungenen Kontrolle einhergehen sollte.

Soweit sich dies feststellen lässt, war Casper motiviert von technokratischem Eifer und Planungseuphorie, Nationalismus und antipolnischem Rassismus. Das war offenbar durchaus vereinbar mit seiner Sozialisation in der politischen Linken. Als Sohn eines Schneiders hatte er 1928 in der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln das Abitur ablegen können und den wichtigsten Teil seines Studiums im IfW absolviert, das unter Harms bis 1933 noch sozialdemokratisch und liberal geprägt war. Auch sein Doktorvater und späterer Vorgesetzter Predöhl war zu Beginn der 1920er-Jahre SPD-Mitglied gewesen. Ebenso verhielt sich dies mit Walther G. Hoffmann, der bis Ende 1932 Leiter einer Arbeitervolkshochschule gewesen war, dann sehr rasch auf das NS-Regime umschwenkte und wie Predöhl 1937 einen erfolgreichen NSDAP-Aufnahmeantrag stellte. Nach einem raschen Aufstieg vom außerplanmäßigen Assistenten zum Redaktionssekretär (ab 1935) und Abteilungsleiter (ab 1938) wurde Hoffmann damit betraut, alle Verhandlungen des Instituts mit der *Südosteuropagesellschaft* zu führen. NS-Ideologiebestandteile wie Antisemitismus, eine Befürwortung des Totalitarismus oder des „Führerprinzips“ sind nur bei wenigen IfW-Mitarbeitern oder -Mitarbeiterinnen nachweisbar. Die Mehrzahl verstand sich als gemäßigt und international orientiert. Es wurde beispielsweise hoher Wert darauf gelegt, bis in die späten 1930er-Jahre von der amerikanischen *Rockefeller Foundation* gefördert zu werden (ausführlich Take 2018). Zu nennen wäre etwa der spätere Bundeswirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller, damals Habilitand in Kiel und Leiter einer lange mit US-Dollar finanzierten Forschungsgruppe.

Die RAG-Forschungsprogramme waren besonders gut geeignet, die Kieler für die Forschungen im Sinne des „Dritten Reichs“ zu mobilisieren. Im IfW wollte man fachlich einwandfreie Arbeit leisten und in der Durchführung der Projekte eigenverantwortlich sein. Man bezog sich wie gehabt auf die Standorttheorie Adolf Webers, befürwortete die Theorie der *Output*-Maximierung durch Freihandel und Spezialisierung und legte den Denkmodellen weiterhin das Menschenbild eines *Homo Oeconomicus* zugrunde. Die Technik der RAG-Programme war damit sehr gut vereinbar. Hier durften die Wis-

4 Bericht über die Reichsarbeitstagung der RAG am 11.-13.04.1940 in Berlin (BArch R113/91).

5 Ebd.

senschaftler bei der Aufstellung der Jahresprogramme beratend mitwirken, sich dann mit einzelnen Projekten auf die Mittel bewerben und diese dann autonom durchführen. Die Selbstmobilisierung simulierte ein hohes Maß an Forschungsfreiheit und so die Erfüllung des Ideals des „Unpolitischen“. Auch konnte das IfW sich weitgehend auf jene Gebiete konzentrieren, in denen es spezielle Expertisen besaß. Denn die Arbeitsteilung im Rahmen der RAG gewährleistete, dass sich andere Wissenschaftler um Themen wie etwa „Rasseuntersuchungen“ bezüglich der Weichsel-Region kümmerten (vgl. Gutberger 1996: 365; siehe auch Gutberger in diesem Band). Hilfreich für die Motivation war auch, dass – soweit rekonstruierbar – kein einziger Förderantrag des IfW abgelehnt wurde. Projektlaufzeiten wurden unbürokratisch und zum Teil mehrfach verlängert.

Monetäre Motive waren im Fall des IfW für die Betätigung im Rahmen der RAG nur von nachrangiger Bedeutung. Finanziell war das Institut im Krieg so gut ausgestattet, dass es neben den Schwarzen Kassen sogar offizielle Überschüsse erwirtschaftete. Auch auf Unabkömmlichkeitsstellungen kam es dem IfW nicht an. Die für die männlichen Assistenten überlebenswichtigen Uk-Stellungen erhielt man im IfW auf anderem Wege: in der ersten Kriegshälfte durch die Forschungen für das *Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt* der Wehrmacht und ab 1943 als ein von Albert Speers *Rüstungsministerium* protegierter Wehrwirtschaftsbetrieb.

Im Herbst 1940 folgte das IfW dem Schwerpunktwechsel des zweiten RAG-Kriegsforschungsprogramms hin zu Südosteuropa.⁶ Hoffmann profilierte sich als Infrastrukturerperte und analysierte, wie mittels des Sudetenlands und Österreichs die blockadesichere Versorgung Deutschlands aus der Balkanregion verbessert werden könnte. Die RAG-Förderung dieses Weichsel-Anschlussprojekts betrug 3.000 RM. Das lag am oberen Ende des üblichen Rahmens für eine ohne großen Aufwand durchzuführende Einzelstudie.

Hoffmann oblag es dann auch, ein im Rahmen des dritten RAG-Kriegsprogramms 1941 begonnenes IfW-Großprojekt zur „europäischen Raumordnung“ zu leiten. Es bestand aus drei Stufen. Zu Beginn beschrieb Hoffmann die Zielperspektive eines vernetzten und regional hochspezialisierten Systems einer europäischen Agrarwirtschaft mit dem Reich als größtem Profiteur (Hoffmann, W. G. 1943). Von diesem administrativen Zentrum und dieser infrastrukturellen Drehscheibe sollte das übrige Festlandeuropa abhängig gemacht werden. Dies diente drei Zwecken: Zunächst einmal sollte die wirtschaftliche Stärke dieses industriellen großdeutschen Kerngebietes (in den Grenzen des damaligen Deutschen Reiches) die militärisch errungene Übermacht über die fortgesetzt agrarisch geprägten Staaten langfristig absichern. Des Weiteren sollten mittels der Hemmung der Industrialisierung der südosteuropäischen Staaten die Handelsbedingungen (*Terms of Trade*) dauerhaft zu deutschen Gunsten verschoben bleiben. Schließlich sollte aus der wirtschaftlichen Spezialisierung und dem intensivierte Handel auch für den „Südostraum“ ein gewisser Wohlstandsgewinn resultieren, der die Kooperationsbereitschaft der südosteuropäischen Staaten sicherstellte.

6 Siehe Kapitel IV („Ausdehnung der bisher vorwiegend auf den deutschen Nordostraum beschränkten kriegswichtigen Untersuchungen auf den deutschen Südostraum“) des zweiten RAG-Kriegsforschungsprogramms, 11.11.1940 (BArch R113/14).

In einer zweiten Stufe stellte das IfW ab 1943 Fallstudien an. Demnach sollten etwa Dänemark und die Niederlande ihre Viehhaltung behalten dürfen, die Balkanstaaten sollten sich dagegen auf den Ackerbau beschränken (Mutter 1943; IfW 1945). Begründet wurde diese Ungleichbehandlung von „arischen“ Nordosteuropäern und slawischen Südosteuropäern nicht offen rassistisch, sondern betont strikt ökonomisch. Die dritte Stufe, die Zusammenfassung aller Ergebnisse, wurde durch die Kriegsniederlage verhindert.

Der Verlauf der ersten drei Kriegsjahre eröffnete zwei weitere Regionen als potenzielle deutsche Machtbereiche: Das subsaharische Afrika und die westliche Sowjetunion. Das IfW wollte sich auch mit diesen Themen befassen. Initiiert wurde unter anderem das Projekt „Die Bedeutung der russischen Landwirtschaft zur Versorgung Europas [später: Deutschlands]“. Mit einer Fördersumme von insgesamt 75.000 RM über den Zeitraum von 1942 bis 1944/45 handelte es sich um das teuerste geschlossene IfW-Drittmittelprojekt im „Dritten Reich“ überhaupt.⁷ Das Institut hatte sich allerdings bis dahin mit der Region noch fast gar nicht beschäftigt und musste das entsprechende fach- und sprachkundige Personal erst anwerben.

Die RAG genehmigte zwei Themenbereiche: Erstens Rekonstruktionen und Prognosen zur sowjetischen Getreideernte sowie zweitens eine Darstellung der Geographie Ostsibiriens. Aus demselben RAG-Fördertopf zur „Europäischen Raumordnung – Unterpunkt B. Osteuropa“ – wurden weitere externe Projekte finanziert. Dazu gehörten die Forschungen des dezidiert nationalsozialistisch ausgerichteten Wissenschaftlers Hans-Jürgen Seraphim (Breslau) über Polen sowie das „Gesamtprogramm Ukraine“ von Paul Berkenkopf (Köln) und Wladimir von Poletika (Berlin). Sie alle hatten sich mit dem RAG-„Obmann für Russland-Vorhaben“ John Boyens abgesprochen.⁸ Für Seraphim, Berkenkopf und Poletika ist auch eine Absprache mit dem *Reichssicherheitshauptamt* (RSHA) und Alfred Rosenbergs *Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete* (auch *Ostministerium*) belegt, die unter anderem zu einer Forschungsreise in die Ukraine führte, bei der unter anderem Bibliotheken aller Art sowie Forschungsinstitute beraubt wurden. Vom IfW nahm daran niemand teil und auch eine diesbezügliche Absprache mit dem *Reichssicherheitshauptamt* oder dem *Ostministerium* ist für das IfW nicht belegt. Dennoch zähle ich die Kieler Forschungen aufgrund des RAG-Zusammenhangs ebenfalls zum erweiterten Kreis der Begleitforschung zu den Verbrennungskomplexen „Generalplan Ost“ und „Hungerplan“.

Die Afrikaforschung schließlich war ab 1940 von der RAG unter anderem in Abstimmung mit dem *Kolonialpolitischen Amt der NSDAP* intensiviert worden. Ein Interesse der *Reichsstelle für Raumordnung* ist belegt (vgl. Venhoff 2000: 45). Sie wollte erforscht wissen, wie Afrika als Rohstofflieferant eines Europäischen Großraums ausgebeutet werden sollte. RAG-Hauptabteilungsleiter Friedrich Bülow mahnte Ende 1941, die Forschungen würden „für unsere weiteren Verhandlungen dringend“ benötigt.⁹

7 Anträge an die RAG für die Haushaltsjahre 1941/42, 1942/43, 1943/44, 1945/46 (BArch R164/352).

8 Anmerkung von Boyens auf dem Antrag Berkenkopfs, 16.10.1943 (BArch R164/352).

9 Stadtarchiv Heidenheim, NL August Lösch, Box 1, Mappe Kenia.

Das IfW war die Aufgabe wie in den meisten Fällen angegangen: stark empirisch und vorgeblich ideologiefrei. Die afrikanischen Bevölkerungen wurden als entmenschlichter Produktionsfaktor betrachtet (Lenschow 1941). Darüber hinausgehende politische Erwägungen überließ man den Verwertern der Raumplanungsstudien. Der junge Assistent Gerhard Lenschow führte eine einfache *Input-Output-Analyse* durch und kam zum Ergebnis, eine Ausbeutung im Stil des britischen *indirect rule* mit einem begrenzten Einsatz von Kolonisatoren sei am effizientesten (Lenschow 1942).

Mit einem ab Herbst 1943 von der RAG geförderten Forschungsprojekt zur Wirtschaft Schleswig-Holsteins kehrte das IfW thematisch zum Ausgangspunkt Mitte der 1930er-Jahre zurück (Hoffmann, F. 1943). Der Kriegsverlauf ließ die Nachfrage nach Raumforschungen zu den sukzessive wieder der deutschen Kontrolle entzogenen Gebieten sinken, sodass sich das IfW in diesem Themenbereich räumlich wieder der eigenen Region zuwandte. Dies gelang in diesem Forschungsbereich vergleichsweise unkompliziert, ebenso wie später der Übergang in die Nachkriegszeit. Gemanagt wurde dies durch den kommissarischen Institutsdirektor Friedrich Hoffmann, Bearbeiter des zuletzt genannten Projekts. An die Stelle der RAG und der Landesplanungsgemeinschaft traten binnen kurzer Zeit die Lokal- und Regionalverwaltungen, die beispielsweise Vorschläge für den Wiederaufbau des Lübecker Hafens oder des Kieler Fischmarktes in Auftrag gaben.

Aus der Analyse des Verhältnisses zwischen der RAG und dem *Kieler Institut für Weltwirtschaft* (IfW) im Zweiten Weltkrieg ergeben sich sieben Thesen:

- 1 Weder in Bezug auf Forschungsthemen noch in Bezug auf Personalrekrutierung agierte das IfW *proaktiv*. Mit seiner Raumforschung reagierte das Institut aber bereitwillig auf die Nachfrage staatlicher Stellen nach wissenschaftlicher Beratung und auf die Anreize, welche mit den Kriegsforschungsprogrammen gesetzt wurden.
- 2 Den Kriegsforschungsprogrammen lagen nationalsozialistische Prämissen zugrunde, die von den über Kontexte und intendierte Verwendungszwecke gut informierten Wissenschaftlern verstanden und akzeptiert wurden.
- 3 Daraus folgt, dass das IfW nicht als Vordenker aktiv wurde, wie dies etwa Götz Aly und Susanne Heim mit Verweis auf das IfW behauptet haben (Aly/Heim 1991; konkreter bei Dieckmann 1992). Weder identifizierten die Kieler Wissenschaftler „Probleme“, die es zu lösen gegolten hätte, noch bestimmten sie durch Konzentration auf bestimmte Themenfelder Handlungskorridore der Wirtschaftspolitik. Sie empfahlen auch keine besonders radikalen sozialpolitischen Maßnahmen.
- 4 Das IfW sah sich als Dienstleister, welcher nicht mit wirtschaftspolitischen oder raumplanerischen Instanzen konkurrieren wollte. Es bot Beratungsleistungen an, die intern als „unpolitisch“ klassifiziert wurden.

- 5 Für die Wissenschaftler des IfW war die Raumforschung aus mehreren Gründen attraktiv:
- Die Fördergelder der Kriegswirtschaftlichen Forschungsprogramme wurden schnell verteilt, flexibel erhöht und Förderungszeiträume verlängert.
 - Es wurde viel Raum für Eigeninitiative gelassen.
 - Interdisziplinäre und stark empirische Ansätze waren gerne gesehen.
 - Kollegiale, projektbezogene Gruppenarbeit lag in der Institutstradition. Auch in der Kooperation und vernetzten Ergebnisauswertung mit anderen Instituten oder Universitäten im Rahmen der RAG-Arbeitskreise konnte das IfW seine jahrzehntelange Erfahrung ausspielen.
- 6 Die RAG-Forschung wurde von den Kieler Wissenschaftlern als innovativ und wissenschaftlich angesehen. Damit war sie eine willkommene Ergänzung zum Kerngeschäft im Krieg, das aus dem stupiden Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen für die Wehrmacht, die Privatwirtschaft und diverse Ministerien bestand. Über die RAG-Forschung erhoffte sich der IfW-Direktor Predöhl einen Erhalt des ökonomischen Know-hows des IfW und damit als Fernziel einen erleichterten Übergang in die Nachkriegszeit. Diese Strategie ging auch auf. Teils wurden RAG-Aufträge als Dissertations- oder Habilitationsthemen bearbeitet und dienten somit der Nachwuchsförderung und wissenschaftlichen Qualifikation.
- 7 Die Raumforschung des IfW war zur praktischen Verwendung intendiert und auch geeignet. Ob diese erst in der kurzen Zeit bis zur Kriegsendphase erfolgte, ist allerdings nicht konkret nachweisbar. Mindestens konnten sie jedoch als „vermeintlich realistische Zukunftsvision [dienen] [...], welche die verübten Verbrechen zu legitimieren schien“ (Heinemann/Wagner 2006: 18).

Quellen

BArch Berlin – Bundesarchiv Berlin
 BArch R113 – Bundesarchiv Berlin, Bestand 113 (Reichsstelle für Raumordnung)
 BArch R164 – Bundesarchiv Berlin, Bestand 164 (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung)
 Stadtarchiv Heidenheim, NL (Nachlass) August Lösch
 ZBW – Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften

Literatur

Aly, G.; Heim, S. (1991): Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg.
 Casper, K. (1937): Die Volkseinkommenszahl als Notstandsschlüssel am Beispiel der Nordmark. In: BArch R164/17.
 Casper, K. (1940): Die Bedeutung des Ausbaues der Weichsel für die wirtschaftliche Entwicklung des neuen deutschen Ostraumes, März 1940. In: BArch R164/128.
 Dieckmann, C. (1992): Wirtschaftsforschung für den Großraum. Zur Theorie und Praxis des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs im „Dritten Reich“. In: Aly, G.; Kahrs, H. (Hrsg.): Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin, 146-238.

- Dillner, G. (1938): Die Struktur der sudetendeutschen Wirtschaft (mit Berücksichtigung einiger Eingliederungsprobleme), 18.10.1938. In: ZBW, C 6530.
- Dillner, G. (1941): Die verkehrswirtschaftliche Bedeutung des deutschen Südostraumes in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Altreich und den südosteuropäischen Ländern, 18.03.1941. In: ZBW, C 6288.
- Fehn, K. (2004): „Ballungsräume“ und „Notstandsgebiete“: Kernräume und Peripherien in der nationalsozialistischen Raumordnung. In: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 22, 119-143.
- Gutberger, H. (1996): Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“. Münster.
- Hagemann, H. (2008): Weltklasse für sieben Jahre. Die Konjunkturabteilung des Instituts für Weltwirtschaft 1926-1933. In: Christiana Albertina 67, November 2008, 52-70.
- Heinemann, I.; Wagner, P. (2006): Einleitung. In: Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart.
- Hoffmann, F. (1943): Antrag zur Förderung des Projekts „Untersuchung der Wirtschaftsstruktur des schleswig-holsteinischen Raumes unter besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zu angrenzenden Wirtschaftsgebieten“. RAG-Nachtragsprogramm 1943. In: BArch R164/352.
- Hoffmann, W. G. (1943): Die Intensivierungsmöglichkeiten in der europäischen Landwirtschaft. I. Teil: Grundsätzliche Fragen der landwirtschaftlichen Intensivierung, März 1943. In: BArch R164/100.
- IfW (o.V.) (1945): Die Landwirtschaft im ehemals grossrumänischen Raum, Januar 1945. In: BArch R164/178.
- Lenschow, G. (1941): Die Wirtschaft der Kolonien Kenia und Uganda, Mai 1941. In: ZBW, C 28377.
- Lenschow, G. (1942): Probleme der Wirtschaftsplanung in Ostafrika (Eingeborenenwirtschafts- oder Farmwirtschaftskolonie?), September 1942. In: ZBW, C 6317.
- Meyer, F. (1937): Methoden zur Ermittlung von Notstandsgebieten. Kiel, 69. In: ZBW, C 6542.
- Mutter, A. (1943): Die Intensivierungsmöglichkeiten in der europäischen Landwirtschaft. II. Teil: Die Möglichkeiten in einzelnen Ländern. 2. Die hochintensive Landwirtschaft der Niederlande, ihre Probleme und Möglichkeiten, November 1943. In: ZBW, C 7323.
- Predöhl, A. (1939): Redebeitrag zu Rath: Die Wendung zur Volkswirtschaft als Aufgabe volkswirtschaftlicher Theorie. In: Weltwirtschaftliches Archiv 50, 405-414.
- Schultes, K. P. (2010): Die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Heidelberg 1934-1946. Heidelberg.
- Take, G. (2015): „Die Objektivität ist durch sein Wesen verbürgt“. Bernhard Harms' Gründung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und sein Aufstieg im Ersten Weltkrieg. In: Demokratische Geschichte 26, 13-74.
- Take, G. (2018): „One of the bright spots in German economics“. Die Förderung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft durch die Rockefeller Foundation, 1925-1950. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 59, 1, 251-328.
- Take, G. (2019): Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus. Berlin.
- Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 258.

Autor

Gunnar Take (*1988), Dr., studierte Jura, Geschichte und Wirtschaftswissenschaften in Berlin, Heidelberg und Oxford. Bis 2017 promovierte er an der EUF Flensburg mit einem Projekt zur Geschichte des IfW im „Dritten Reich“. Seit 2018 forscht er am Institut für Zeitgeschichte in München zum Personal und der Personalpolitik des Bundeskanzleramts (1949-1970).

Oliver Werner

DIE PRÄGUNGEN DER AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) ZWISCHEN 1935 UND 1953¹

Gliederung

- 1 Wann wurde die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) gegründet?
- 2 1935 – Die institutionelle Grundlegung der deutschen Raumforschung
- 3 1944 – Kurt Brüning als neuer Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG)
- 4 1946 – Die Umgründung der RAG
- 5 1953 – Die Etablierung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Quellen

Literatur

Kurzfassung

Aufbau, Entwicklung und Arbeitsweise der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) wurden nicht nur in den Jahren bis zur Konsolidierung der Forschungseinrichtung 1955 geprägt, sondern auch durch die Entwicklung ihrer Vorgängerin, der 1935 gebildeten Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG). Die Reichsarbeitsgemeinschaft war als politisch steuerbarer, hierarchischer Forschungsverbund eine effektive Mobilisierungsinstitution für die nationalsozialistische Aufrüstungs- und Expansionspolitik und prägte Arbeitsweise und Verständnis einer ganzen Generation von Raumwissenschaftlern. Zwischen 1945 und 1955 transformierten Kurt Brüning und ein Stab von Mitarbeitern die Reichsarbeitsgemeinschaft in eine anpassungs- und ausbaufähige Akademie, in die Wissenschaftserfahrungen aus dem „Dritten Reich“ ebenso einfließen wie Konflikterfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und des Föderalismus der frühen Bundesrepublik. Der Aufbau der Akademie wäre allerdings ohne die in den 1930er- und frühen 1940er-Jahren etablierten raumwissenschaftlichen Netzwerke nicht möglich gewesen. Der vorliegende Aufsatz erfasst an vier wichtigen Zeiteinschnitten – 1935, 1944, 1946 und 1953 – die Entwicklung der Forschungseinrichtung von der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Akademie und skizziert personelle und inhaltliche Kontinuitäten und Neansätze.

Schlüsselwörter

Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) – Kurt Brüning – raumwissenschaftliche Netzwerke – Kontinuität – Transformation – 1945 als Zäsur

1 Für diesen Beitrag wurden die Vorträge „Die Etablierung der ARL 1945-1955“ und „Von der RAG zur ARL – Ergebnisse des Forschungsprojekts“, beide gehalten auf der Tagung am 7. November 2019 in Hannover, zusammengefasst.

Influences on the Academy for Spatial Research and Planning between 1935 and 1953

Abstract

The structure, development and procedures of the Academy for Spatial Research and Planning (ARL), which was established after the Second World War, were not only influenced by the years leading up to the consolidation of the research institute in 1955 but also by the development of its predecessor, the Reich Association for Spatial Research (*Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* - RAG), formed in 1935. The Reich Association was a politically controllable, hierarchical research association and an effective institute of mobilisation for National Socialist armament and expansion policies. It influenced the methodology and understandings of a whole generation of spatial scientists. Between 1945 and 1955 Kurt Brüning and his staff transformed the Reich Association into an adaptable and extendable academy, which incorporated the scientific experiences from the 'Third Reich', the conflictual experiences of the immediate post-war period and the federalism of the early Federal Republic of Germany. The development of the Academy would not have been possible without the spatial science networks established in the 1930s and early 1940s. This paper uses four important points in time - 1935, 1944, 1946 and 1953 - to trace the development of the research institute from the Reich Association to the Academy and outlines continuities and new approaches in terms of both personnel and substantive focuses.

Keywords

Reich Association for Spatial Research (RAG) - Academy for Spatial Research and Planning (ARL) - Kurt Brüning - Spatial science networks - Continuity - Transformation - 1945 as a turning point

1 Wann wurde die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) gegründet?

Die Frage nach dem Zeitpunkt der Gründung der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (ARL) mutet rhetorisch an. Als Gründungsjahr gilt gemeinhin 1946, und die fünfzig Jahre später erschienene Jubiläumsschrift begründet diese Festsetzung damit, dass in jenem Jahr die bisherige *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) ihren neuen Namen angenommen und „damit einer Forderung der Alliierten Kontrollkommission“ entsprochen habe. Zudem seien 1946 „Forschungsausschüsse als Gremien für interdisziplinäre Gruppenarbeit“ gebildet und eine Geschäftsordnung festgelegt worden, „in der bereits wesentliche Elemente der späteren Satzung enthalten“ gewesen seien (ARL 1996: 1).

Tatsächlich hatten die britischen Besatzungsbehörden 1946 verfügt, dass die Forschungseinrichtung die Bezeichnung „Reich“ ablegen müsse, da mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 sämtliche Reichskompetenzen auf den *Alliierten Kontrollrat* übergegangen seien. Allerdings wurde der Name „Akademie“ erst im Februar 1947 endgültig von der niedersächsischen Staatskanzlei gebilligt.² Auch gab es 1945 keine

2 Niedersächsische Staatskanzlei an die Akademie, 18.02.1947 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

längere Unterbrechung der Arbeit der Reichsarbeitsgemeinschaft und das Kriegsende wurde von den ersten Mitgliedern der Akademie in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren rückblickend keineswegs als tiefer Einschnitt der Entwicklung der Forschungsinstitution dargestellt (ARL 1960).

Aus heutiger Sicht lassen sich einige Zäsuren benennen, die die Entwicklung und strategischen Entscheidungen der Akademie sowie ihre institutionellen Strukturen und ihre Arbeitspraxis stärker geprägt haben, als dies im Jahr 1946 geschehen ist. Der vorliegende Aufsatz erfasst an vier wichtigen Zeiteinschnitten die Entwicklung der Forschungseinrichtung von der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung zur Akademie für Raumforschung und Landesplanung* und skizziert personelle und inhaltliche Kontinuitäten und Neuansätze.³

2 1935 – Die institutionelle Grundlegung der deutschen Raumforschung

Für die erste Generation der ordentlichen Akademiemitglieder blieb das Jahr 1935 mit der Bildung der Reichsarbeitsgemeinschaft lebenslanger Referenzpunkt. Als die Akademie im Oktober 1960 „25 Jahre Raumforschung in Deutschland“ beging, bezog sich das Jubiläum auf dieses Jahr, das von den beteiligten Wissenschaftlern mehrheitlich als Auftakt ihrer wissenschaftlichen Arbeit angesehen wurde. In der Broschüre mit den Ansprachen wurde entsprechend festgestellt, dass die „Akademie für Raumforschung und Landesplanung als Rechtsnachfolgerin der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung [...] ihre Aufgabe darin“ sehe, „den von der Reichsarbeitsgemeinschaft mit Erfolg beschrittenen Weg den jeweiligen Zeitverhältnissen entsprechend fortzuführen, um auf diese Weise zu einer sinnvollen Gestaltung des Lebensraumes nach Kräften beizutragen“. Deutlicher konnte ein Bekenntnis zur ungebrochenen Kontinuität nicht ausfallen. Auch unterstrich der Vizepräsident der Akademie, Heinrich Hunke, in seiner Rede, dass die „akademische Institution der deutschen Raumplanung – die Akademie für Raumforschung und Landesplanung – [...] ihren 25. Geburtstag“ feiere (ARL 1961: 3, 9). Die Reichsarbeitsgemeinschaft beeinflusste nicht nur den Verlauf wissenschaftlicher Karrieren, die bis in die 1970er-Jahre reichten, sondern formte auch die Arbeitsbedingungen und das Arbeits- und Forschungsverständnis einer ganzen Generation deutscher Raumwissenschaftler.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft bildete ein ideales Instrument nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik der Ressourcenmobilisierung und politischen Ressourcenlenkung. Sie ging zum Jahreswechsel 1935/36 aus regimeinternen Auseinandersetzungen auf dem Feld der politisch zentralen Raum- und Siedlungspolitik hervor. Bemerkenswert sind die vergleichsweise rasche Etablierung der Einrichtung sowie die breite Akzeptanz ihrer bereits im Frühjahr 1936 arbeitsfähigen Forschungsstrukturen an den deutschen Hochschulen.

3 Eine Ergebnisübersicht zum Forschungsprojekt „Von der RAG zur ARL“ mit Abbildungen und Grafiken siehe https://www.arl-net.de/system/files/Praesentation_Vortrag_Forschungsergebnisse.pdf (21.08.2020).

Dieser Erfolg beruhte auf mehreren Faktoren. Zunächst ist die klare Machtorientierung der Protagonisten erkennbar. Anders als verschiedene zuvor gestartete Anläufe konnten sich Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust und der Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Hanns Kerrl, mit ihrer Doppelinitiative zur Bildung einer *Reichsstelle für Raumordnung* (RfR) und der nachgeordneten Reichsarbeitsgemeinschaft durchsetzen, weil sie Kernthemen der nationalsozialistischen Bewegung zentral aufgriffen und ambitionierte Wissenschaftsfunktionäre – allen voran Konrad Meyer und Rudolf Mentzel, die sich beide aus Göttingen kannten (siehe auch Gutberger in diesem Band) – einspannen konnten (Grüttner 2004: 117-120). Letztere standen in enger Beziehung zur *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) und konnten auf diese Weise weitere finanzielle Quellen für die Raumforschung erschließen. Die gegenseitige Konkurrenz der wissenschaftsfördernden Institutionen führte im Nationalsozialismus eben nicht zwangsläufig „zu Ineffizienz und Stagnation der deutschen Forschung“, sondern „verschaffte Forschern, die das zu nutzen verstanden, zusätzliche Handlungsspielräume“ (Schieder 2010: 49). Das *Reichswissenschaftsministerium*⁴ hatte zuvor schon gemeinsam mit dem *Reichsernährungsministerium*⁵ einen agrarwissenschaftlichen „Forschungsdienst“ unter der Leitung von Konrad Meyer eingerichtet und damit einen Präzedenzfall für die Etablierung mobilisierender Strukturen für die deutsche Wissenschaft geschaffen. Der *Forschungsdienst* wurde dann auch zum organisatorischen Vorbild der Reichsarbeitsgemeinschaft (Oberkrome 2009: 115-126).

Der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer – Jahrgang 1901 – war seit 1932 Mitglied der NSDAP und seit 1933 Mitglied der SS (Kegler/Stiller 2017: 500-508). Mit der Machtübernahme Hitlers akkumulierte er neben einer Professur, zunächst in Jena und dann in Berlin, eine Vielzahl von akademischen und administrativen Positionen, die ihn zu einem der einflussreichsten Funktionäre der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik machten. Meyer stand damit für die NS-typische Mobilisierungsstrategie, durch eine mittels persönlicher Netzwerke abgesicherte „Koordination verschiedener Institutionen – wie Ministerialbehörden, Partei, Wissenschaft, Militär – für die immensen, oft sehr kurzfristig angesetzten und mit Hochdruck durchzuführenden Projekte entsprechende Kompetenzstrukturen zu schaffen und Reibungsverluste zu vermeiden“ (Heinemann 2006: 50).

Weitere wichtige Faktoren für die rasche Etablierung der Reichsarbeitsgemeinschaft waren die Adaptionfähigkeit ihrer Einrichtungen – vor allem die bereits im Frühjahr 1936 an allen Universitäten eingerichteten *Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung* (HAG) – sowie die inhaltliche Anschlussfähigkeit an regionale Erfordernisse und langfristige Konzepte verschiedener Disziplinen der Raumwissenschaften. Die Reichsarbeitsgemeinschaft entwickelte sich zum unkomplizierten Ansprechpartner für staatliche und militärische Stellen und versprach über die inhaltliche Ausrichtung gleichermaßen eine Berücksichtigung regionaler Bedingungen und Sonderinteressen sowie die Beteiligung an aussichtsreichen politischen Großprojekten. Die inhaltliche Anschlussfähigkeit offerierte Wissenschaftlern je nach Richtung und

4 Offiziell: *Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung* (REM).

5 Offiziell: *Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft* (RMEL).

Ambition die Einbeziehung überkommener Vorstellungen etwa einer agrarorientierten Großstadtfeindschaft (Bergmann 1970) ebenso wie die innovative Erweiterung ökonomischer und soziologischer Perspektiven und Methoden (Gutberger 1996).

Grundsätzlich versprach die Einrichtung einer Hochschularbeitsgemeinschaft zusätzliche Forschungsmittel, sodass an einigen Universitäten, die zunächst keine Raumforschungsinstitute etabliert hatten, die Rektoren oder Vertreter der Universitätsverwaltung als Leiter der Hochschularbeitsgemeinschaft auftraten, um die potenziellen Finanzquellen offenzuhalten.⁶ Das Gespür einzelner Wissenschaftler für die Erfordernisse der Aufrüstung konnte dann ein wichtiger Punkt sein, der den Zugang zu Geldern ermöglichte, etwa wenn der Hallenser Professor Johannes Weigelt seine geologischen und paläontologischen Forschungen der *Vierjahresplan-Behörde*⁷ anbot und seine Arbeit dann auch mit Mitteln der Reichsarbeitsgemeinschaft finanzierte.⁸ Politische Nähe zum Regime war dabei allerdings keine Garantie für einen Ressourcenzugang. So gelang es dem Gauwirtschaftsberater der NSDAP im Gau Halle-Merseburg, Walter Trautmann, trotz vielfältiger Bemühungen nicht, sein Lieblingsprojekt eines „Archivs für mitteldeutsche Wirtschaft und Landesplanung“ von der Reichsarbeitsgemeinschaft finanziert zu bekommen.⁹

Der Aufbau der Hochschularbeitsgemeinschaft an der Universität in Frankfurt am Main wiederum korrespondierte mit kommunalen Initiativen, die seit Anfang 1934 den Aufbau eines *Instituts für Landesplanung, Siedlung und Wohnungswesen* betrieben.¹⁰ Nach der Suspendierung des Institutsleiters und Frankfurter Stadtbaurats Reinhold Niemeyer¹¹ gelang es der Universität, die Einrichtung – zunächst unter Leitung des Rektors Walter Platzhoff – als „Institut für wirtschaftliche Raumforschung“ neu zu formieren. Platzhoffs Nachfolger, Erich Egner und ab 1941 Heinz Saueremann, arbeiteten unter anderem mit dem Soziologen Ludwig Neundörfer zusammen (Klingemann 2009: 306-310), dessen Arbeiten ebenfalls von der Reichsarbeitsgemeinschaft gefördert wurden.¹²

6 Von den ersten 39 Leitern der Hochschularbeitsgemeinschaften 1936 waren zehn unmittelbar mit der Leitung der jeweiligen Hochschule verbunden (Hensen 1936).

7 Diese im Herbst 1936 gegründete und von Hermann Göring geleitete Behörde sollte im Rahmen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung die Produktion der Grundstoffindustrie steigern und durch die Erschließung heimischer Rohstoffe die Abhängigkeit von Importen verringern.

8 Reichsarbeitsgemeinschaft an Johannes Weigelt, 1.7.1937, wegen der Mittelbewilligung „zur Durchführung Ihrer Arbeit: ‚Verbreitung der Braunkohlelagerstätten im mitteldeutschen Raum‘“ (UAH, Rep. 58 (NL Johannes Weigelt), Nr. 404).

9 Walter Trautmann an Emil Woermann, 23.1.1936 (UAH, Rep. 4 (Rektorat), Nr. 263).

10 Exposé „Über die allgemeinen Aufgaben eines Instituts für Landesplanung, Siedlung und Wohnungswesen an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main“, 12.3.1934 (UAF, Abt. 50, Nr. 1318, Bl. 12-14).

11 Niemeyer war zugleich Vorsitzender der *Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung* (Düwel/Gutschow 2019: 238-239).

12 Ludwig Neundörfer an den Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft, 18.2.1943 (UAF, Abt. 50, Nr. 1369, Bl. 8-9).

Ein weiteres, besonders eindrucksvolles Beispiel für die Adaptionfähigkeit und politische Nützlichkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft ist der rasche Aufbau der Hochschularbeitsgemeinschaft an der Universität Wien nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 (siehe auch Svatek in diesem Band). Bereits einen Monat später sandte der Wiener Geograph Hugo Hassinger „im Sinne des mir erteilten Auftrags“ eine Liste mit Namen österreichischer Wissenschaftler an die Reichsarbeitsgemeinschaft, „die in erster Linie für die Raumforschung bzw. Raumplanung im Lande Österreich wertvolle wissenschaftliche Arbeit zu leisten vermöchten“.¹³ Hassinger stützte sich auf eigene Forschungen und österreichische Netzwerke, sodass er innerhalb kürzester Zeit zu einer Schlüsselfigur der auf Südosteuropa bezogenen Raum- und Siedlungsforschung aufstieg (Svatek 2010). Noch Anfang 1945 bekam er für das gemeinsam mit Paul Hesse von der Universität Hohenheim erarbeitete Kartenwerk „Der Donau-Karpatenraum“ vom neuen Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft, Kurt Brüning, Gelder zugesichert.¹⁴ Nach Kriegsende konnte Hassinger, der nie Mitglied der NSDAP gewesen war, ohne Einschränkung in Wien weiterarbeiten (Zippel 2017; Svatek 2019; siehe auch Svatek in diesem Band).

Die in diesen Beispielen erkennbare Bereitschaft von Wissenschaftlern, die Hochschularbeitsgemeinschaften als Kooperationsnetzwerke zu nutzen und die eigenen Ambitionen mit den politischen Zielen des Nationalsozialismus zu verbinden, arbeitete dem Instrumentarium zur politischen Beeinflussung und Disziplinierung des akademischen Personals in die Hände. Nur vor diesem Hintergrund konnte die Reichsarbeitsgemeinschaft als „wissenschaftliche Selbstverwaltungskörperschaft“ (Bülow 1938: 312 f.) verstanden werden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft war ein wissenschaftliches und politisches Netzwerk, das sowohl einer Selbstmobilisierung akademischer Eliten für das NS-Regime als auch der Abgrenzung von allzu drängender Einflussnahme durch andere Instanzen Raum bot. Dass die Behauptung wissenschaftlicher Unabhängigkeit – so sprach Konrad Meyer 1938 davon, man dürfte nicht zur „Magd von Tagesaufgaben“ (zit. nach Leendertz 2008: 125) werden – nur durch die ungebrochene Identität wissenschaftlicher Ansprüche mit den Zielen des NS-Regimes möglich war, bildete die Voraussetzung dieser Dynamik. Auf diese Weise definierten die Geistes- und Sozialwissenschaftler die Grundlinien nationalsozialistischer Raum- und Bevölkerungspolitik maßgeblich mit, und ihre wissenschaftliche Tätigkeit war oft genug kein „Ausfluss einer Affinität zum NS, sondern [...] der wirkliche Nationalsozialismus“ (Mommsen 1999: 271).

Das Verhältnis zwischen der Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft und der ihr formal übergeordneten *Reichsstelle für Raumordnung* war in mehrfacher Hinsicht belastet (ausführlich Venhoff 2000: 21-23). Während die Reichsstelle ihren politischen und wissenschaftlichen Führungsauftrag umfassend deutete und sich in manchen Fällen in die Bearbeitung einzelner Forschungsanträge einmischte, schlug eine Denkschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft vom August 1939 vor, dass sich die Reichsstelle mit der Vorgabe einer „Grundlinie“ begnügen sollte, die eine „ausschließlich grundsätzliche Tendenz“ haben und der Reichsarbeitsgemeinschaft alle Freiheit bei der „Aufstellung

13 Hugo Hassinger an die Reichsarbeitsgemeinschaft, 13.4.1938 (UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 15).

14 Hugo Hassinger an die Reichsarbeitsgemeinschaft in Göttingen, 10.3.1945 (UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 19).

der Forschungsthemen“ gewährleisten sollte. Im Gegenzug wollte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft verpflichten, die „Aufstellung der Tagungsprogramme und aller politisch irgendwie bedeutsamen Äußerungen [...] loyalerweise mit den Interessen der Reichsstelle“ abzugleichen.¹⁵ Eine Lösung stellte dieses Szenario nicht dar und auch nach Meyers Wechsel zum *Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums* (RKF) brachen die Konflikte immer wieder auf, zuletzt im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des *Reichsforschungsrates* (RFR), die schließlich 1942 – maßgeblich von ihrem neuen Obmann Paul Ritterbusch in die Wege geleitet – eine Trennung der Reichsarbeitsgemeinschaft von der Reichsstelle ermöglichte (Göllnitz/Ritterbusch 2017). Gerhard Isenberg¹⁶, Referent in der Reichsstelle, hatte 1941/42 umfangreiche Untersuchungen zum Verhältnis von Reichsarbeitsgemeinschaft und Reichsstelle vorgenommen (Venhoff 2000: 52-56) und war zu dem ernüchternden Ergebnis gekommen, dass „die Erfordernisse und Erwartungen der Reichsstelle und der Landesplanungsgemeinschaften“ an die Reichsarbeitsgemeinschaft „bei der derzeitigen Regelung und dem Aufbau nur unzureichend erfüllt werden“ könnten.¹⁷ Isenberg verwies damit auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten, in der kampagnenförmigen Ad-hoc-Mobilisierung des „Dritten Reiches“ eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen universitärer Raumforschung einerseits und der in der rasanten Hochrüstung des Regimes kaum zum Zuge kommenden Landesplanung andererseits zu ermöglichen (Werner 2012).

Solange die Forschungen der Reichsarbeitsgemeinschaft die Autarkievorstellungen und Bevölkerungsplanungen des Regimes bedienten, wurden sie – unabhängig von politischen Überzeugungen – Teil einer akademischen Verantwortungsdiffusion, die es den Wissenschaftlern nach 1945 erleichterte, mit Verweis auf die regionale Begrenzung der eigenen Forschung jede Beteiligung an den expansiven und bevölkerungsvertilgenden Maßnahmen des NS-Regimes abzustreiten. Dabei können Arbeiten zur wirtschaftlichen Aufwertung von Notstandsgebieten oder zur „inneren Kolonisation“ – etwa im Emsland oder, mit deutlichen Implikationen einer „rassischen“ Aufwertung, in der Rhön – durchaus als methodische und praktische Vorarbeiten für spätere, weitreichendere Planungen zur „Neugestaltung“ Osteuropas erkannt werden.

Die Begrenzung der einzelnen Forschungsarbeiten – auf Regionen, Branchen oder Bevölkerungsgruppen – bildete die Grundlage für die entgrenzte Nutzung raumwissenschaftlicher Erkenntnisse. Die fachlich begründete Begrenzung setzte etwa eine sozial detailliert geplante Abwanderung „überschüssiger“ Landwirte in Thüringen in direkte Beziehung mit der „Eindeutschung“ des Warthegaus und stellte regionale Projekte in den großen Rahmen einer „Überprüfung der Raumstruktur im Altreich im Hinblick auf den Neuaufbau des deutschen Ostens“.¹⁸ Die Einzelprojekte konnten zugleich als unabhängig von der und unabdingbar für die NS-Bevölkerungspolitik begriffen werden.

15 „Zur Lage“, Denkschrift zum Verhältnis zwischen der Reichsarbeitsgemeinschaft und der Reichsstelle vom 28.08.1939 (ARL-Archiv, NL Kurt Brüning).

16 Zu Gerhard Isenberg siehe auch Gutberger und Kegler in diesem Band.

17 Vermerk von Gerhard Isenberg, „Betr. Grundlagenforschung“, November 1941 (BArch R113/12). Gerhard Isenberg war nicht zuletzt als Kenner der institutionellen Einbettung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Kurt Brüning nach 1945 ein wichtiger Gesprächspartner.

18 Der Forschungsantrag von Asmus Petersen zur „Schaffung von Unterlagen für die Umsiedlung aus dem Gau Thüringen und die Neuordnung der ausgesiedelten Gebiete“ wurde von Joachim Heinrich Schultze im März 1940 „auf das entschiedenste“ befürwortet (sämtliche Zitate UAJ, SXV, Nr. 18).

Die etablierten Beziehungen zwischen Raumwissenschaftlern und Landesplanern bildeten eine weitere Ressource, die in den Jahren 1939 bis 1944 die Entfaltung der deutschen Besatzungs- und Ausrottungspolitik ermöglichte. Landesplaner wie Gerhard Ziegler in Oberschlesien oder Hansjörg Schepers im Generalgouvernement¹⁹ fanden nicht nur kollegiale raumwissenschaftliche Expertise, sondern in der Reichsarbeitsgemeinschaft auch ein wichtiges Forum, um ihre Erfahrungen bei der „Raumordnung und Planung in benachbarten Gebieten“ – so das Themenheft „Raumforschung und Raumordnung“ 6/7-1942 – vergleichend darlegen zu können (siehe auch Ziegler 1941; Schepers 1942; siehe auch Kegler in diesem Band). Das Wissen um die drastische deutsche Politik bis zum Völkermord verbreitete sich (Rössler 1990: 159-160) und so war es nur konsequent, wenn 1943 ein bevölkerungswissenschaftliches Kartenwerk den knappen Hinweis enthielt, dass „Juden [...] nicht berücksichtigt“ seien.²⁰

3 1944 – Kurt Brüning als neuer Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG)

1944 könnte ebenfalls mit einiger Berechtigung als „Gründungsjahr“ der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* gelten. Kurt Brüning wurde Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft und etablierte rasch einen signifikant neuen, stark persönlich geprägten Stil wissenschaftlicher Führung. Außerdem stellten Mitarbeiter der Reichsarbeitsgemeinschaft – allen voran der langjährige Chefredakteur der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“, Frank Glatzel, – Überlegungen über eine Neuaustrichtung der Forschungsinstitution an.

Kurt Brüning, 1897 in Magdeburg geboren, erhielt 1930 eine Professur für Geographie an der Technischen Hochschule Braunschweig, von der er 1933 als Mitglied der SPD vertrieben wurde (Wettern/Weißelhöft 2003: 98-101). In der Folge blieb Brüning dennoch in der Provinz Hannover beruflich und institutionell verankert, vor allem in der Landeskunde an der Universität Göttingen sowie über das von ihm geleitete *Amt für Landesplanung und Statistik*, das ab 1935 mit dem Aufbau der Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig betraut wurde (Waldhoff/Fürst/Böcker 1994: 39-42; siehe auch Gutberger in diesem Band). Bis Ende der dreißiger Jahre konnte Brüning seine akademische Reputation wiederherstellen und die Gauleitung Südhannover-Braunschweig bescheinigte ihm 1938, trotz früherer Konflikte inzwischen „durchaus positiv zum nationalsozialistischen Staate“ zu stehen.²¹ Diese Einschätzung beruhte nicht zuletzt auf Brünings politischer Anpassungsfähigkeit und auf seinem Vermögen, wissenschaftliche und administrative Netzwerke zu seinen Gunsten und in seinem Interesse aufzubauen und zu pflegen. Zugleich hatte sich Brüning in seiner

19 Das Generalgouvernement wurde im Herbst 1939 aus dem Teil Polens gebildet, der weder vom Deutschen Reich noch von der Sowjetunion unmittelbar annektiert worden war. Ziele der deutschen Besatzungspolitik waren die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen, die Dezimierung der polnischen Bevölkerung und langfristig eine „Eindeutschung“ des Gebiets. Für diese Zielsetzungen war die Zusammenarbeit mit Raumwissenschaftlern und -planern essenziell.

20 Legende der Karte „Der Donauroum. Volksgruppen aus Südosteuropa nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch 1940“, Gotha 1943.

21 Gauleiterstellvertreter Kurt Schmalz an den Stab des Stellvertreters des Führers, 2.9.1938 (BArch R4901/24332, Bl. 43).

Arbeit inhaltlich mit einem ununterbrochenen Plädoyer für „Kreisbeschreibungen“²² die grundlegende Bestandsaufnahme auf die Fahnen geschrieben, die sich in der Folge als außerordentlich adaptionsfähig erwies. Grundsätzliche Erhebungen als Voraussetzung für Planung brauchte man immer, und seine Mitarbeit in der Reichsarbeitsgemeinschaft konzentrierte sich dann auch folgerichtig auf den Arbeitskreis „Bestandsaufnahme“ im Rahmen des „Reichsatlaswerks“ (Meynen 1963).

In der Reichsarbeitsgemeinschaft wurde Brüning trotz aller überregionalen Arbeit als ein Wissenschaftler angesehen, der seine Forschungen mit einer dezidiert regionalen Interessenvertretung verband. Bereits Ende der zwanziger Jahre hatte er sich mit umfangreichen Denkschriften für ein ausgreifendes „Reichsland Niedersachsen“ exponiert, die bei den Nachbarn seines gedachten „Wirtschaftsraums“ jedoch überwiegend auf Ablehnung stießen und auch innerhalb der Provinz Hannover umstritten blieben (Hanke 2004: 82-93). Tatsächlich schloss Brünings „Niedersachsen“ substantielle Teile von Westfalen und Lippe mit ein. Seine Arbeiten polarisierten – auch wenn für Brüning der Hinweis auf „die nachteiligen Auswirkungen der territorialen Zersplitterung auf Wirtschaft, Verkehr und Verwaltung“ (Seedorf 1998: 44) im Vordergrund stand – und stieß bei den angrenzenden Provinzial- und Landesverwaltungen sowie bei westfälischen Exponenten der „Westforschung“ auf deutliche Vorbehalte (Baas 2015: 160). Seine Ernennung zum Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft im Sommer 1944 beruhte daher auf keinem Konsens der Wissenschaftsgemeinschaft, sondern war vielmehr Ausdruck regionaler und universitärer Verbundenheit.²³ So hatte Brünings Gönner im *Reichswissenschaftsministerium*, Rudolf Mentzel, ebenfalls in Göttingen studiert (siehe auch Gutberger in diesem Band). Anders als seine Vorgänger Konrad Meyer und Paul Ritterbusch wurde Brüning offenbar nicht als Ideologe, sondern als wissenschaftlicher Pragmatiker angesehen (Hammerstein 1999: 528-529).

Kurt Brüning ergriff die sich ihm bietende Gelegenheit und lenkte mit Unterstützung des Hannoverschen Gauleiters Hartmann Lautenbacher die Ressourcen der Reichsarbeitsgemeinschaft gezielt nach Göttingen und Hannover.²⁴ Er blieb mit den Leitern einzelner Hochschularbeitsgemeinschaften in engem Kontakt und bewilligte bis ins Frühjahr 1945 hinein großzügig Forschungsgelder.²⁵ Dieses Vorgehen, das die Aussichten auf wissenschaftliche Kooperation mit persönlicher Verbindlichkeit und einer konsequenten Ausblendung der militärischen Lage verband, rettete die Reichsarbeitsgemeinschaft über das Chaos der letzten Kriegsphase und bot Anknüpfungspunkte in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die von Brüning weiter propagierten Kreisbeschreibungen fungierten ab Sommer 1945 als unverzichtbare Bestandsaufnahme für die

22 Die an der ARL ab 1947 erstellten Kreisbeschreibungen sollten „für die Verwaltung, Bevölkerung und Wirtschaft eine wissenschaftlich fundierte, aber allgemeinverständliche Gesamtdarstellung der einzelnen Kreisgebiete“ vorlegen, „die durch eine Synthese von geographisch-landeskundlicher und historischer Forschung und durch die Auswahl des Stoffes unter dem Blickwinkel der praktischen Verwendbarkeit geschaffen“ würden (ARL 1970: 1633).

23 Vermerk von Rudolf Mentzel, 10.8.1944 (BArch R4901/14084, Bl. 162).

24 Hartmann Lautenbacher an Reichserziehungsminister Bernhard Rust, 27.7.1944 (BArch R4901/14084, Bl. 157).

25 Kurt Brüning an Hugo Hassinger (Wien), 16.2.1945 (UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 18).

räumliche Bewältigung sozialer und ökonomischer Probleme der „Zusammenbruchsgesellschaft“ und wurden von vielen Kommunalbeamten als unterstützungswürdige Tätigkeit eingeschätzt (Brünings/Wilhelm/Isenberg 1948).

Im Kreis von Brünings Mitarbeitern war zunächst Frank Glatzel die dominante Person. Glatzel legte im Sommer 1944 eine Denkschrift vor, die die spätere Struktur der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* bereits vorwegnahm. Die Arbeit der Forschungseinrichtung sollte von einem Kuratorium – 1944 von Glatzel instinktsicher mit Vertretern des *Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums* und des *Reichsministeriums Speer* besetzt – und einem wissenschaftlichen Beirat mit „Vertretern der wichtigsten Fachgebiete der Grundlagenforschung“ vorgenommen werden.²⁶ Diese Überlegungen waren sicher nicht völlig neuartig, wurden aber 1944 zum ersten Mal als Organisationsvorschlag für die Neuausrichtung der Reichsarbeitsgemeinschaft so formuliert.

Im Herbst 1945 übergab Glatzel sein Papier – in zeitgemäß überarbeiteter Form – eigenmächtig an den Leiter der Hannoverschen Provinzialabteilung für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Adolf Grimme, der wiederum über einen Mitarbeiter bei Brünings nachfragen ließ, was dieser von Glatzels „Denkschrift“ halte. Brünings sah sich nun gezwungen, in einem längeren Schreiben an die Provinzialabteilung seine Vorstellungen von einer neuen Form der Reichsarbeitsgemeinschaft darzulegen. Sie solle „die bisherige wesentlich propagandistische Epoche ihrer Betätigung abschließen und in die Phase positiver Arbeit an bestimmten Forschungsthemen eintreten“. Besonders hemmend sei der „Einfluss des S.D.“, des Sicherheitsdienstes der SS, gewesen. Brünings dachte „in der Arbeitsform noch stärker an eine Art ‚Kaiser Wilhelm Institut für Raumforschung‘ (oder Landesplanung, Landesforschung usw.)“ und hielt eine „Zusammenfassung“ mit der „Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung“ für unausweichlich. Eine „Organisationsänderung“ bringe allerdings „Zeitverlust, Arbeitsausfall und keinen Fortschritt“. Die Reichsarbeitsgemeinschaft sei „nicht wegen ihrer Organisation unfruchtbar gewesen, sondern durch die Art ihrer Tätigkeit und eines großen Teils ihrer Mitarbeiter“. Die bisherigen Obmänner seien an der Auffassung gescheitert, „dass Raumforschung eine politische Wissenschaft sei“, und nicht an einer „angeblichen Divergenz von Wissenschaft und Verwaltung“.²⁷

Diese Überlegungen – durch eine gewisse Beliebigkeit in organisatorischen Fragen und eine mit Dominanzvorstellungen verbundene Adaptionsbereitschaft geprägt – zeigen zum einen mit dem Hinweis auf Geheimdienste Rechtfertigungsmuster, die in der Folge von eigenem wissenschaftlichen Versagen und politischer Beteiligung im „Dritten Reich“ ablenken konnten (Loth/Rusinek 1998). Die Abwehr direkter politischer Einflussnahme auf die wissenschaftliche Forschung bildete in den folgenden Jahren eine konstante Orientierung Brünings für die Arbeit der Akademie. Dazu gehörte schon die im Juni 1945 verfügte Streichung von Arbeitsgebieten wie „Rassenkunde, Rassen- und

²⁶ Frank Glatzel, „Bemerkungen zu einem Arbeitsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“, Juli 1944 (Sta Braunschweig, GIX 42 (NL Frank Glatzel), Kt. 1 (unverzeichnete Unterlagen 1944/45)).

²⁷ Kurt Brünings an Frank Werneke, 4.12.1945 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

Volkstumsbiologie und ähnliche Themen auch unter Tarnbezeichnung”.²⁸ Dass die Akademie zugleich aber politisch gewünschte Aufträge zur Bewältigung der Kriegsfolgen ausführte und in ihrem institutionellen Überleben zunehmend auf politischen Rückhalt nicht nur aus Niedersachsen angewiesen war, gehört zu den grundsätzlichen Widersprüchen in Brüning's Vorgehen, die er zwar nicht erklären, aber mit seinem persönlichen und in Streitfällen ausgesprochen nachtragenden Führungsstil weitgehend kaschieren konnte.

4 1946 – Die Umgründung der RAG

1946 wird gemeinhin als Auftaktjahr der Akademie verstanden, auch wenn sie in diesem Jahr „nicht neu geschaffen” wurde, „sondern durch Namensänderung aus der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung hervorgegangen ist”.²⁹ Intern wurde von Brüning bereits unmittelbar nach Kriegsende „klargestellt, dass von einer Auflösung der RAG keine Rede sei”.³⁰ Es ist daher sinnvoll, die Entwicklung der Akademie als eine Umgründung zu begreifen, bei deren Analyse „die professionellen, intellektuellen und disziplinären Umwidmungsprozesse” in den Vordergrund rücken, „mit denen sich die Selbstmobilisierung der Wissenschaften im ‚Dritten Reich’ zu einer Ressource für ihre Ankunft im demokratischen Staat verwandelte” (Weisbrod 2002: 7). Das schmälert keineswegs die Bedeutung des Jahres 1946 für die Akademie, aber die prägenden Impulse, die das Adaptionsvermögen der Forschungsinstitution unter Beweis stellen sollten, kamen 1946 zunächst von außen.

Die Beurteilung der Kriegsfolgen sowie der Möglichkeiten und Wege ihrer Bewältigung oblag in erster Linie den alliierten Besatzungsmächten. Deren Perspektiven und Schwerpunktsetzungen bildeten die wichtigste Rahmenbedingung der sich nach Kriegsende wieder entfaltenden Raumwissenschaften. Raumpolitisch waren der Anspruch einer umfassenden „Re-Education” und die angestrebte „Federation of Germany” gleichermaßen relevant und jeder „Wiederaufbau” in Deutschland wurde an diesen Vorgaben und Maßstäben gemessen (Jürgensen 1979). Bereits Ende 1943 benannten britische Beamte als „real foundation of the Nazi system [...] the teaching of generations of prophets who have gradually diverted German thought right away from the Western and Christian traditions” (zit. nach Phillips 2018: 21). Als wichtige Komponente dieser Abkehr von westlichen Traditionen wurde ein „spatial totalitarianism” ausgemacht, der die Raumwissenschaften mit der nationalsozialistischen „Lebensraum”-Politik identifizierte. Die Überwindung NS-spezifischer Raumvorstellun-

28 Verfügung des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Hannover vom 26.6.1945 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner). Der Text der Verfügung war offenbar mit Kurt Brüning in mehreren Besprechungen abgestimmt worden.

29 Klaus Becker, Die Anfänge der ARL 1945 bis 1955, unveröffentlichtes Manuskript (ARL-Archiv, Sammlung Klaus Becker: 1).

30 „Arbeitsbesprechung zwischen Prof. Dr. Brüning, dem unterzeichneten wissenschaftlichen Geschäftsführer Glatzel und Verwaltungsleiter Walstab” am 2.6.1945, Protokoll vom 2.7.1945 (ARL-Archiv, Hefter Finanzen 1945-1947). Auf der dritten Sitzung des Kuratoriums der Akademie am 14.10.1955 dankte Kurt Brüning „für die Glückwünsche, die der Akademie und ihm anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Akademie von allen Seiten zugegangen” seien (ARL-Archiv, Niederschriften der Kuratoriumssitzungen der Akademie).

gen geriet so ins Zentrum alliierter Umerziehungsanstrengungen, damit die Deutschen zu den „Western and Christian traditions“ zurückkehrten: „To truly denazify Germans, the Allies had first to denazify the way Germans thought about space“ (Mingus 2017: 39, 67).

Die britischen Vorstellungen von Regionalität und Landesplanung prägten die faktischen Planungsräume der Deutschen. Grundsätzlich verstanden britische Offiziere unter „Town and Country Planning“ eine langfristige Bereitstellung der „means by which development and use of land can be controlled for the convenience and pleasure of the people“.³¹ Angesichts der sozialen Verwerfungen beschränkten sich die Planungen in der britischen Besatzungszone aber auf den unmittelbaren Wiederaufbau und konzentrierten sich auf das besatzungspolitisch wichtige Ruhrgebiet und die urbanen Regionen Nordwestdeutschlands (Schnakenberg 2007: 55-56). Damit rückte eine kurz- und mittelfristige Wiederbelebung städtischer Strukturen in das Zentrum britischer Aufmerksamkeit, während langfristige Planungen insbesondere für die „Hanover Region“ in den Hintergrund traten. Die Zuordnung der Planungsadministration zur „Manpower Division“ der britischen Militärbehörden – und nicht, wie die Deutschen intuitiv erwartet hatten, zur „Economic Division“ – unterstrich diese Prioritätensetzung und betonte das Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen großer Teile der deutschen Bevölkerung rasch wiederherzustellen, um das Arbeitskräftepotenzial zur wirtschaftlichen Stabilisierung der britischen Besatzungszone nutzen zu können (Petzina/Euchner 1984).

Für die Akademie mit ihrer zunächst auf kleine Verwaltungseinheiten bezogenen Grundlagenforschung entstand auf diese Weise ein Windschatten, in dem sie sich neu entfalten konnte. Brünings maßgebliche Beteiligung an der territorialen Gestaltung des neuen Landes hatte darüber hinaus für seine Arbeit einen kaum angreifbaren Rückhalt bei der niedersächsischen Landesregierung geschaffen (Nentwig 2013: 308-310), der zugleich Ansätze dafür bot, die wissenschaftliche Arbeit mit den Erfordernissen der in den Ländern der Westzonen aufzubauenden Landesplanungsbehörden abzustimmen. Für diese essenzielle Abstimmung mit Behördenvertretern und konkurrierenden Forschungsinstitutionen wurden zwei Mitarbeiter Brünings bald unverzichtbar, die seit den 1920er-Jahren überzeugte Nationalsozialisten gewesen waren: Heinz Sting und Heinrich Hunke.

Heinz Sting – Jahrgang 1904 und NSDAP-Mitglied seit 1925 – war 1933 Oberbürgermeister von Nordhausen geworden und leistete sich mit dem dortigen Kreisleiter der Partei eine Dauerfehde, die ihn schließlich 1935 das Amt kostete (Wagner 2015: 121-125). Nach 1945 konnte Sting diese „Entlassung“ zu seinen Gunsten umdeuten und das Bild eines bürgerlichen Kommunalpolitikers etablieren, der von übereifrigen Parteifunktionären aus dem Amt gepöbelt worden sei (Sting 1965: 215-228). Auf der Basis dieser Erzählung konnte Sting beispielsweise ein Vertrauensverhältnis zu Richard Skiba aufbauen, der als Mitarbeiter der Gestapo Osnabrück 1937 aufgrund seiner reli-

31 „Town and Country Planning – 1. What really is this function“, Ausarbeitung des Deputy Controller General/Housing Branch, 4.9.1946 (National Archives London, FO 1051 (Manpower Division/Town and Country Planning), Nr. 770).

giösen Überzeugung entlassen worden war und ab 1946 die *Niedersächsische Staatskanzlei* leitete (Nentwig 2013: 510). So wurde Sting spätestens ab 1946 ein unverzichtbarer Kontaktmann der Akademie zu niedersächsischen Landesbehörden.

Heinrich Hunke – Jahrgang 1902 und nach einer ersten NSDAP-Mitgliedschaft Anfang der 1920er-Jahre 1928 neuerlich in die Partei eingetreten – war seit 1932 Reichstagsabgeordneter der NSDAP und hatte nach der Machtübernahme 1933 als Berliner Gauwirtschaftsführer maßgeblich die „Arisierung“ jüdischer Betriebe in der Reichshauptstadt vorangetrieben (Biggeleben/Schreiber/Steiner 2005). Als zuverlässiger nationalsozialistischer Funktionär wurde er unter anderem Abteilungsleiter im *Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* (RMVP) und ab 1944 Vorstandsmitglied und Direktor der *Deutschen Bank*. Nach Kriegsende kam Hunke für drei Jahre in alliierte Haft, wurde nach der Entlassung vom Entnazifizierungsausschuss indessen als „Mitläufer“ eingestuft und arbeitete ab September 1949 als Geschäftsführer an der Akademie. Hunke war umgänglich und einflussreich, konnte aber aufgrund seiner politischen Vergangenheit unter Druck gesetzt werden.³² Hunkes weiterhin enge Kontakte zu früheren NS-Funktionären und seine Anpassungsfähigkeit waren keine Altlasten, sondern Aktivposten für die Arbeit in der Akademie.

Brünings wichtigster überregionaler Mitarbeiter wurde unmittelbar nach dem Krieg Erwin Muermann, bis 1945 in der Reichsstelle Referent für Rechtsfragen (siehe auch Kegler in diesem Band). Muermann war in Münster ansässig, unterhielt gute Kontakte ins Ruhrgebiet und vertrat Brünings nun als „Akademie“ firmierende Institution bei Verhandlungen mit alliierten und deutschen Stellen.³³ Auch wenn die enge Zusammenarbeit lange den Eindruck erweckte, Brünings und Muermann ergänzten sich in Aufbau und Vertretung der Akademie vorteilhaft, so erwiesen sich spätestens ab Sommer 1948 Muermanns mehrgleisige Gespräche auch mit ausgewiesenen Gegnern der Akademie als nicht kompatibel mit Brünings Bestreben, die Entwicklung selbst in kleinsten Fragen persönlich zu kontrollieren. Brünings eigenmächtiges Vorgehen und seine beliebig anmutende Konzeption einer neuen Wissenschaftsorganisation verschaffte ihm zwar die gewünschte Unabhängigkeit, führte in seinem engeren Stab aber zu Irritationen. Er überwarf sich mit Glatzel und Muermann, wobei die rasche und mitunter gnadenlose Abwertung früherer Kollegen offenbar eine notwendige Bedingung für Brünings akademische Netzwerkfähigkeit bildete. Ein Mitarbeiter resümierte in einem bitteren Abschiedsschreiben Mitte 1949 seine dreieinhalbjährige Tätigkeit für Brünings: „L'Académie c'est moi: das war Ihr Leitspruch und sowohl Herr Dr. Muermann als auch ich fragten uns, warum wir eigentlich da waren.“³⁴

Zu diesem Zeitpunkt stand Muermann bereits in engem Kontakt mit verschiedenen Stellen in Nordrhein-Westfalen, wo er im August 1949 die Geschäftsführung des neu eingerichteten Godesberger *Instituts für Raumforschung* übernahm. Von dort aus versuchte er in den folgenden Jahren, die Etablierung der Akademie als überregionale Forschungsinstitution zu unterminieren (Gutberger 2015). Die Konfrontation wurde

32 Heinrich Hunke an Karl Heinz Pfeffer, 09.04.1954 (ARL-Archiv, Sammlung Klaus Becker).

33 Vermerk von Erwin Muermann zur Lage der Akademie, 7.6.1948 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

34 Martin Schwind an Kurt Brüning, 3.5.1949 (ARL-Archiv, NL Kurt Brüning).

allerdings nicht nur durch persönliche Enttäuschungen gesteigert, sondern ihr lagen fundamentale konzeptionelle Divergenzen zugrunde. Muermann verstand das von ihm geleitete Godesberger Institut als eine politische Leitstelle für raumwissenschaftliche Forschungsaufträge und fand dafür Gehör bei Politikern auf der zonalen und späteren Bundesebene, allen voran bei Vizekanzler Franz Blücher (Leendertz 2008: 233-240). Demgegenüber trat Brüning – jenseits aller persönlicher Ambitionen (Walldhoff/Fürst/Böcker 1994: 47) – für eine größere Autonomie seiner Forschungseinrichtung gegenüber politischen Planungsvorgaben ein. Mochten dies Lernerfahrungen aus der NS-Zeit oder auch nur die opportunistische Reaktion auf neue Möglichkeiten sein – auf jeden Fall fand Brüning damit in der sich sukzessive wieder etablierenden universitären Raumforschung Gehör.

Muermann wandte sich auch an die *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (DASL), von der unterdessen keine weitergehenden Initiativen ausgingen, Brünings Ambitionen zu durchkreuzen. Der Leiter der DASL, Stephan Prager, und der eng mit ihm zusammenarbeitende Direktor des *Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk*, Philipp Rappaport, störten sich allerdings an der Namensgebung einer Hannoverschen „Akademie“, die beide als „unfair“ empfanden.³⁵ Das *Zentralamt für Arbeit*, der deutsche Verwaltungsarm der britischen „Manpower Division“, war anfangs durchaus auf Seiten der DASL, zog sich allerdings bald aus dem Konflikt zurück. Im Oktober 1947 hieß es von dort, etwas sozialdarwinistisch anmutend: „Wenn die landesplanerischen Kräfte und auch die Hochschulen Zeit und Geld haben, um sich zwei Organe zu leisten, die sich entweder bekämpfen oder befruchten, wird man dies ihnen überlassen müssen.“ Man vertrete im Zentralamt „die Auffassung, dass sich auch im Forschungswettbewerb solcher Einrichtungen stets das beste gegenüber dem schlechteren durchsetzen“ würde.³⁶ Die DASL wandte sich in der Folge an einen kleineren Kreis von Stadtplanern und Architekten und konzentrierte ihre Arbeit auf die urbane Planung, einem Feld, auf dem es zunächst mit der Akademie kaum Berührungspunkte gab (Prager 1955).

Das Godesberger Institut stritt hingegen weiterhin der Hannoverschen Akademie mit Vehemenz und politischer Rückendeckung aus Bonn den Anspruch ab, als Nachfolgerin der Reichsarbeitsgemeinschaft aufzutreten. Die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Akademie und Institut um die „Rechtsnachfolge“ der Reichsarbeitsgemeinschaft belegt dabei nicht nur den unbekümmerten Bezug aller Beteiligten auf die NS-Institution als Legitimationsinstanz, sondern stellte mittelfristig auch die verbliebene Durchsetzungskraft der raumwissenschaftlichen Netzwerke unter Beweis. Der zugespitzte Konflikt mit konkurrierenden Zeitschriften³⁷ und intensiver Lobbyarbeit in den sich entfaltenden föderalen Institutionen konnte schließlich dadurch zugunsten der Akademie abgemildert werden, dass sich namhafte Raumwissenschaftler im Mai 1950 für eine Einigung beider Einrichtungen – bei klarer Kompetenzverteilung – einsetzten. Das entsprechende „Gutachten“ stellte fest, dass der „wirklich geistige Gehalt

35 Philipp Rappaport an Julius Brecht (Zentralamt für Arbeit), 27.9.1947 (BArch Z40/380).

36 Julius Brecht an Philipp Rappaport, 8.10.1947 (BArch Z40/380).

37 Das Godesberger Institut gab 1950 die „Zeitschrift für Raumforschung“ heraus und veröffentlichte zudem in unregelmäßiger Folge die „Informationen“ sowie „Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung“.

der bisherigen wissenschaftlichen Raumforschungsarbeit [...] nur den wissenschaftlich führenden Köpfen der Akademie für Raumforschung geläufig“ sei, „eigentlich sogar nur dem augenblicklichen Leiter Professor Brünings“.³⁸ Diese Einschätzung wurde unter anderem von Hans Mortensen, Erich Egner, Carl Pirath und Paul Hesse unterzeichnet – allesamt Wissenschaftler, die in den Hochschularbeitsgemeinschaften aktiv gewesen waren und nun wieder Lehrstühle innehatten. Deren Fürsprache stellte ein eindrucksvolles Ergebnis von Brünings Netzwerkarbeit dar und verdeutlicht zugleich die Bruchlinien in der Gemeinschaft der Raumwissenschaftler. Denn gerade Lehrstuhlinhabern erschien Brünings Konzept, über die Akademie politischen Planungsauforderungen unabhängig zu begegnen, reizvoller als die Aussicht auf eine lukrative, aber politisch angeleitete wissenschaftliche Forschung.

5 1953 – Die Etablierung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Mit dem wohlwollenden „Gutachten“ und der im August 1950 folgenden Einigung zwischen der Akademie und dem Godesberger Institut, die eine klare Hierarchie zwischen der für die Grundlagen zuständigen Akademie und dem für „ministerielle Planungswünsche“ zuständigen Institut festlegte,³⁹ wurde eine institutionelle, finanzielle und personelle Konsolidierung der Akademie eingeleitet, die im Jahr 1953 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Auch erschien nach mehreren Unterbrechungen die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“, zu deren Herausgebern die Akademie bis heute gehört, von 1953 an wieder regelmäßig. In diesem Sinne ist das Jahr 1953, als die Akademie eine bis in die Gegenwart wirksame Satzung erhielt und die ersten ordentlichen Mitglieder ernannt bzw. gewählt wurden, das eigentliche Gründungsjahr der Akademie.

Kurt Brünings Anspruch war – im Wortlaut der „vorläufigen Geschäftsordnung“ vom Dezember 1947 –, dass die Akademie „den wissenschaftlichen Teil der beabsichtigten ‚Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung und Landesplanung‘“ bilden sollte (ARL 1948: 75). Gemessen an diesem Anspruch ist es der Akademie bis Mitte der 1950er-Jahre nicht gelungen, im deutschsprachigen Raum eine inhaltliche Führungsrolle in der raumwissenschaftlichen Methodendiskussion zu erlangen. Der erste Nachkriegsjahrgang der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ hatte bereits 1948 das gesamte Spektrum der methodischen Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit in der Akademie der kommenden Jahre umrissen: Er dokumentiert die hartnäckige Bindung dieser Arbeit an überkommenen Debatten zur „Standortstheorie“, zur „Tragfähigkeit“, zur „Auflockerung der Großstädte“ (ARL 1948: 51) sowie zum Zusammenhang von „Umsiedlung und Raumforschung“ (ARL 1948). Die Idee von an „zentralen Orten“ (Kegler 2015) orientierten hierarchischen Siedlungsstrukturen wurde dabei nicht explizit diskutiert, sondern in viele Überlegungen als selbstverständliche „Notwendigkeit einer klaren Komposition der menschlichen Siedlungen im Raume“ (Egner 1948: 11) eingewoben (siehe auch Kegler in diesem Band).

38 „Gutachten. Im Mai 1950“, o. D. (ARL-Archiv, NL Hans-Joachim Seglitz).

39 „Vereinbarung zwischen Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover und Institut für Raumforschung Bonn in Bad Godesberg“, 8.8.1950 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

Die meisten an der Reichsarbeitsgemeinschaft beteiligten Wissenschaftler haben ohne substantielle Veränderungen ihrer Forschungsperspektiven und Methoden nach 1945 weitergearbeitet. Während etwa Gerhard Isenberg ohne den geringsten Ansatz einer kritischen Reflexion unverändert seine „Frage der Tragfähigkeit von Staats- und Wirtschaftsräumen“ aufwarf (Isenberg 1948), bemühten sich andere Autoren der ersten Nachkriegshefte von „Raumforschung und Raumordnung“ immerhin um eine Distanzierung vom Bisherigen, ohne sich jedoch immer auch von der bisherigen Sprache lösen zu können. So resümierte Joachim Heinrich Schultze seine Einschätzung der Aufnahmefähigkeit verschiedener thüringischer Gebiete für Umsiedler und Flüchtlinge, dass man die wirtschaftsschwachen „passiven Gebiete [...] auf alle Fälle für die Umsiedler sperren“ müsse und versuchen sollte, „die dort schon vorhandene Flüchtlingsbevölkerung zum Teil wieder herauszuholen“ – um sofort festzustellen, dass damit „keiner Radikalmaßnahme das Wort geredet werden“ solle (Schultze 1948: 23). Solche „Radikalmaßnahmen“ mussten nicht weiter ausgeführt werden, sie waren allen Leserinnen und Lesern aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit hinreichend bekannt.

Die inhaltlichen und sprachlichen Kontinuitäten entsprangen einer Stetigkeit der personellen Zusammensetzung der Akademie, die angesichts der wissenschaftlichen Monopolstellung ihrer Vorgängerin nicht verwundert: Auch wenn von den 38 ordentlichen Akademiemitgliedern des Jahres 1953 vor 1945 nur zehn Wissenschaftler innerhalb der Hochschularbeitsgemeinschaften eine Leitungsfunktion innegehabt hatten, so waren doch buchstäblich sämtliche Akademiemitglieder durch die Schule der Reichsarbeitsgemeinschaft gegangen. Zudem waren zwei Drittel (26 Personen) vor 1945 Mitglied der NSDAP gewesen.⁴⁰ Von diesen Parteimitgliedern war eine Person seit den 1920er-Jahren mit der Partei verbunden – Heinrich Hunke –, die übrigen waren ihr zur Hälfte 1933 (12) und zur Hälfte 1937 (13) beigetreten. Dabei sagt die NSDAP-Mitgliedschaft selbst noch nichts über die Motive, politischen Orientierungen und Absichten der einzelnen Parteimitglieder aus. Die Gruppe der „Märzgefallenen“ – so die zeitgenössische ironische Bezeichnung für die nach der Reichstagswahl vom März 1933 rasch in die NSDAP eingetretenen Personen – wird in der historischen Forschung durchaus als heterogene Gruppe wahrgenommen, auch wenn nun „Beamte und Akademiker [...] in die Partei drängten“ (Falter 1998: 616). Unter den ersten Akademiemitgliedern zählen zu dieser Gruppe nicht zuletzt Kurt Brüning, Friedrich Bülow, Hans Mortensen und Karl Heinrich Olsen (noch unter seinem ursprünglichen, 1940 abgelegten Familiennamen „Olszewski“⁴¹). Die Motive, der NSDAP unmittelbar nach der Machtergreifung beizutreten, waren aber offenbar verschieden: Während für Friedrich Bülow und Karl Heinrich Olsen auch das berufliche Fortkommen ausschlaggebend gewesen sein mochte, stand Kurt Brüning bereits im Frühjahr 1933 wegen seiner SPD-Mitgliedschaft unter Druck und verlor seinen Lehrstuhl in Braunschweig (Wettern/Weißelhöft 2004: 98-101). Seinen Beitritt zur NSDAP wertete er als den ersten Schritt, im „Dritten Reich“ wissenschaftlich respektiert zu werden.⁴² Hans Morten-

40 Sämtliche Angaben nach den Unterlagen des früheren Berlin Document Center (BDC) im BArch Berlin.

41 BArch R4901/23439 (Personalakte Karl Heinrich Olsen), Bl. 24-25.

42 Gauleiterstellvertreter Kurt Schmalz an den Stab des Stellvertreters des Führers, 2.9.1938 (BArch R4901/24332 (Personalakte Kurt Brüning, Bl. 43)).

sen hingegen gerierte sich in einem Aufsatz 1934 „als überzeugter Nationalsozialist [...] seit über einem Jahrzehnt“, ohne indessen vor 1933 der NSDAP beigetreten zu sein (Mortensen 1941: 539). Ebenso gibt es aber einige Personen im Kreis der Akademiemitglieder, deren nationalsozialistische Überzeugung und große Bereitschaft, die NS-Politik tatkräftig zu unterstützen, sich nicht in einer frühzeitigen Parteimitgliedschaft niederschlug. So waren weder Hans Harmsen, einer der führenden Eugeniker im „Dritten Reich“ (Schleiermacher 1998), noch der Soziologe und „Rassenkundler“ Karl Valentin Müller Parteimitglied gewesen (Muller 1987: 274-275). Der erst 1937 in die NSDAP eingetretene Karl Heinz Pfeffer wiederum arbeitete zugleich „unter der Ägide des Sicherheitsdienstes der SS“ (Klingemann 1996: 206) und exponierte sich publizistisch als ausgesprochener Antisemit (Pfeffer 1943).

In der Publikationspraxis von „Raumforschung und Raumordnung“ bis 1944 und ab 1948 zeigt sich, dass einzelne Autoren im jeweiligen Zeitraum ganz unterschiedlich in der Zeitschrift präsent waren (siehe Abb. 1).

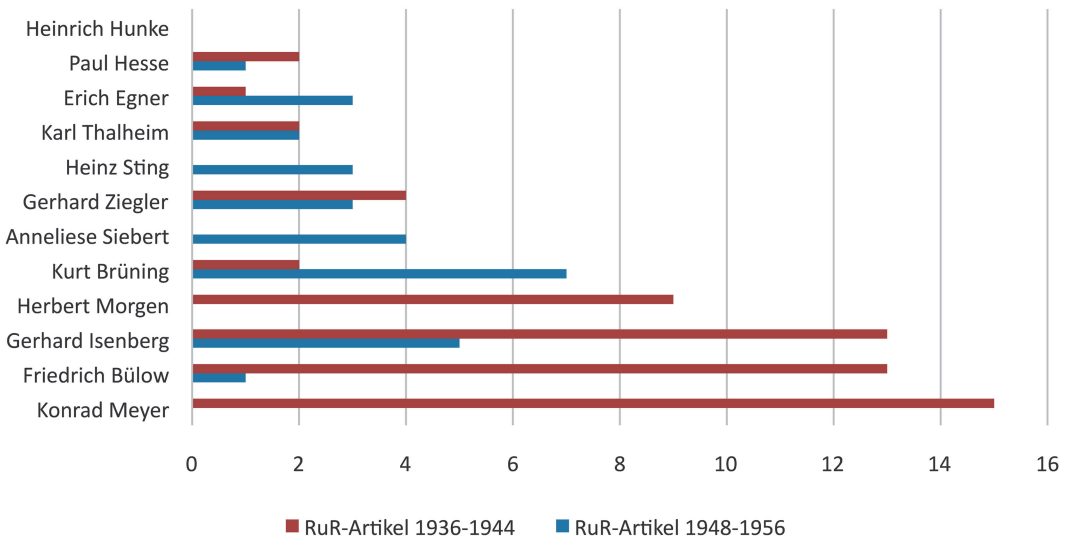


Abb. 1: Die Anzahl eigenständiger Texte einzelner Autoren in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (RuR) in den Zeiträumen 1936 bis 1944 und 1948 bis 1956

Am augenfälligsten ist dies sicher bei Konrad Meyer (15:0), was sich mit seiner starken Exposition bis 1944 und seiner relativ späten neuerlichen Sichtbarkeit in der akademischen Welt ab 1955/56 erklären lässt. Interessant ist die Differenz zwischen Friedrich Bülow (13:1) und Gerhard Isenberg (13:5): Beide waren in der NS-Zeit publizistisch exponiert und ihre Namen waren in den Augen der Fachwelt fest mit bestimmten Begriffen verbunden. Eine denkbare Erklärung könnte sein, dass Isenbergs „Tragfähigkeit“ aufgrund der drängenden Flüchtlingsproblematik kaum Aufmerksamkeit einbüßen musste, während Bülows „Standortstheorie“ nicht zuletzt wegen ihrer überdeutlichen „völkischen“ Konnotation nach dem Krieg von einem moderateren und vor

1945 weniger sichtbaren Autor wie Erich Egner (1:3) vertreten wurde. Zudem hatte Bülow 1950 in der „Zeitschrift für Raumforschung“ des Godesberger Instituts dezi- diert dafür plädiert, „dass Raumforschung enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft erforderlich“ mache (Bülow 1950). Damit hatte er sich nicht nur gegen Brünings Konzept einer „Grundlagenforschung“ gestellt, sondern dies zudem in ei- nem Kontext getan, in dem auch Erwin Muermann und Frank Glatzel aktiv waren (Leendertz 2008: 236-237). Schließlich mochte es eine Rolle gespielt haben, dass ei- nige Autoren von Kurt Brüning schlichtweg gebraucht wurden: Gerhard Isenberg als Kenner der Reichsarbeitsgemeinschaft und bestens vernetzter Staatsbeamter, oder Gerhard Ziegler als – offenbar einziger – Planer, der als ordentliches Mitglied der Aka- demie zugleich auch der DASL angehörte.

Die Akademie hatte also die Arbeit der Reichsarbeitsgemeinschaft mit hoher perso- neller und methodischer, wenn auch inhaltlich angepasster Kontinuität fortgesetzt. Dazu bekannte man sich offen, etwa in den Titeleien ihrer Publikationen (siehe Abb. 2).



Abb. 2: Auszug aus der Titelei der Reihe „Raumforschung und Landesplanung. Abhandlungen“ 1950, Band 16 (Egner 1950: 2)

Dass die Akademie dennoch in der Lage gewesen ist, sich sukzessive den gesellschaft- lichen Dynamiken und Diskursen einer offenen, demokratischen Gesellschaft zu öff- nen und sich – wenn auch im Rahmen eines Generationswechsels – in eine Forschungs- einrichtung zu verwandeln, liegt daran, dass sie Anfang der 1950er-Jahre *institutionell* neue Wege beschritten hat. Auch dafür zeichnete Kurt Brüning verantwortlich und seine Entscheidungen für den neuen Aufbau der Akademie können durchaus auf Lern- erfahrungen in der Reichsarbeitsgemeinschaft zurückgeführt werden.

Mit der Einrichtung eines Kuratoriums, dem Vertreter sämtlicher Bundesländer ange- hörten, und eines wissenschaftliches Rates⁴³ – beides war von Frank Glatzel 1944 vor- geschlagen worden – erhielt die Akademie Gremien, die grundsätzlich Evaluierungs- und Rückkopplungsverfahren einführten und die Forschungseinrichtung damit mittelfristig zwang, sich auf offene wissenschaftliche und politische Prozesse einzu- stellen. Diese Dynamik, die in der Satzung angelegt war, wurde von der Leitung der Akademie in den 1950er-Jahren nicht mit allen Konsequenzen antizipiert, bildete je-

43 „Beschluss des Niedersächsischen Landesministeriums über die Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ vom 6.9.1955 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner). Der Beschluss enthält die „endgültige“ Satzung der Akademie, die zum 1.10.1955 in Kraft trat.

doch in den folgenden Jahrzehnten die Basis für die Entwicklungsfähigkeit der Akademie. Kurt Brüning gelang es gemeinsam mit seinen Mitarbeitern und Kollegen, in einer Gemengelage aus divergierenden und korrespondierenden Interessen und Machtpotenzialen ein regional gut verankertes und überregional anschlussfähiges Netz von Raumwissenschaftlern und politischen Akteuren zur Entwicklung der Akademie zu reaktivieren, das sich sowohl abtrünnigen Mitarbeitern und politischen Gegnern als auch konkurrierenden staatlichen und akademischen Initiativen als überlegen erwies. In diesem Prozess wurde nicht nur die Vorrangigkeit einzelner Aufgabenfelder wie die Flüchtlingsintegration oder die Entwicklung rückständiger Gebiete determiniert, sondern auch die regionale Schwerpunktbildung und die überregionale Ausrichtung festgelegt, etwa durch die Unterstützung der bayerischen Landesplanung durch die Akademie (Grüner 2009: 234-257; siehe auch Balcar/Schlemmer in diesem Band).

Die Übernahme der Akademie in die Bund-Länder-Finanzierung des „Königsteiner Staatsabkommens“ (Osietzki 1984: 238-271) 1949 schuf eine finanzielle Sicherheit, die allerdings in den folgenden Jahren immer wieder neu verhandelt werden musste. Das bedeutete für die Leitung der Akademie nicht nur, sich auf die neuen Spielregeln des bundesdeutschen Föderalismus einlassen zu müssen, sondern zwang sie auch zur Kompromissbereitschaft im Konflikt mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Diese weigerte sich bis 1959 wegen des langwierigen Streits zwischen Akademie und Godesberger Institut sowie wegen der durch Brüning verkörperten vermeintlichen „Ansprüche“ Niedersachsens auf westfälische Gebiete, einen Vertreter in das Kuratorium der Akademie zu entsenden.⁴⁴ Die Herausforderungen in der westdeutschen Wissenschaftspolitik nahmen in der Folge eher noch zu, sodass die Erfahrungen aus der Reichsarbeitsgemeinschaft sukzessive in den Hintergrund traten, während die aus ihr hervorgegangenen Netzwerke und professionellen Beziehungen weiter relevant blieben.

Bei aller Schärfe waren die Auseinandersetzungen zwischen der Akademie und dem Godesberger Institut durch drei Aspekte gekennzeichnet, die durchaus als Einübung demokratischer Spielregeln gewertet werden können. Erstens bleibt festzuhalten, dass bei allen intern artikulierten persönlichen Verwerfungen nach außen ganz überwiegend sachliche Argumente kommuniziert wurden. Das brachte eine gewisse Zivilität in den Konflikt, die sich deutlich von den unerbittlichen persönlichen „Kämpfen“ um wissenschaftliche Ressourcen im nationalsozialistischen „Führerstaat“ abhob (Stöhr 2002). Damit ging zweitens einher, dass der Rückgriff auf lange vertraute Personen und auf Netzwerke, die sich in der NS-Zeit bewährt hatten, mit der Akzeptanz neuer Regeln verknüpft wurde. Zu diesen Regeln zählte insbesondere, dass unterlegene Kontrahenten nicht das Recht verloren, ihre jeweiligen Interessen zu vertreten, und sich weiter wissenschaftlich betätigen konnten. Drittens schließlich suchten alle an der Auseinandersetzung beteiligten Wissenschaftler Unterstützung bei westdeutschen Politikern auf Landes- und Bundesebene, die ihrerseits an geregelte Verfahren des Interessenausgleichs gebunden waren und deren Verhalten öffentlich eingeschätzt wurde. Diese Zusammenhänge banden die Wissenschaftler – und dies unabhängig von

⁴⁴ Nordrhein-Westfalen entsandte erst zur 11. Sitzung am 30.10.1959 einen Landesvertreter ins Kuratorium der Akademie, vgl. die entsprechenden Protokolle (ARL-Archiv, Niederschriften der Kuratoriumssitzungen der Akademie).

ihren Absichten und ihren politischen Überzeugungen – an die von den Alliierten eingeführten föderalen und demokratischen Regeln der „Western and Christian traditions“.

Eine Folge der Konflikte mit anderen Akteuren der westdeutschen Raumforschung war aber auch die satzungsmäßig festgelegte, hermetisch anmutende ‚Selbstrekrutierung‘ der Akademiemitglieder. Kontrahenten und potenzielle Kritiker von Brüning persönlichem Führungsstil hatten es schwer, in den Kreis der Akademie aufgenommen zu werden. Loyale Mitarbeiter und zugewandte Mitglieder des wissenschaftlichen Netzwerks bildeten so die Grundlage dafür, dass sich die Akademie etablierte. Wie zuvor Konrad Meyer war auch Kurt Brüning in der Lage, Loyalität und Dankbarkeit zu erzeugen – nicht zuletzt bei Menschen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit im Nationalsozialismus nach 1945 zunächst berufliche Schwierigkeiten hatten. So erinnerte sich der Agrarhistoriker Günther Franz – als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS und durch die Publikation antisemitischer Schriften einschlägig exponiert – noch Anfang der achtziger Jahre dankbar an Brüning, der in „überaus liberaler Weise [...] nach dem Krieg wohl 400 Gelehrten Arbeitsmöglichkeiten verschafft“ habe, „ohne nach ihrer politischen ‚Belastung‘ zu fragen“ (Franz 1982: 170).

Damit reiht sich Brüning in eine Generation von Wissenschaftsmanagern ein, die es nach dem Zweiten Weltkrieg verstanden haben, beständige und entwicklungsfähige Wissenschaftsinstitutionen in Westdeutschland zu etablieren. Ähnliche Qualitäten hat beispielsweise auch der Osteuropaexperte Werner Markert unter Beweis gestellt, als er nach 1945 in Tübingen die „Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung“ aufbaute. Er hatte – selbst „wenig belastet“ – seinem Fach nicht zuletzt dadurch Geltung verschaffen können, „weil er Kontakte und Materialbestände nutzte, die als ‚belastet‘ einzustufen“ seien (Kucher/Zachary 2017). Dasselbe trifft auch auf Kurt Brüning zu. Es werden hier Handlungsmuster erkennbar, nach denen netzwerkbegabte Wissenschaftler lern- und anpassungsfähige Nationalsozialisten als wichtige personelle Ressource des Wiederaufbaus zu nutzen verstanden. Diese Zusammenhänge sind bisher erst in Ansätzen erforscht (Kucher 2016) und weisen über die Kontinuitäten von der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Akademie hinaus auf die ebenso kontroversen wie integrativen Leistungen von Wissenschaftlern in der jungen Bundesrepublik innerhalb und außerhalb universitärer Netzwerke und Forschungseinrichtungen (Elvert 2016).

Quellen

- ARL-Archiv – Archiv der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, NL (Nachlass) Kurt Brüning
 ARL-Archiv, Niederschriften der Kuratoriumssitzungen der Akademie
 ARL-Archiv, NL Hans-Joachim Seglitz
 ARL-Archiv, Sammlung Klaus Becker
 ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner
 BArch (BDC) – Bundesarchiv Berlin, ehemaliges Berlin Document Center
 BArch R113 – Bundesarchiv Berlin (Reichsstelle für Raumordnung)
 BArch R4901 – Bundesarchiv Berlin (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung)
 BArch Z40 – Bundesarchiv Berlin (Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone)
 National Archives London, FO 1051 (Manpower Division/Town and Country Planning)
 Sta Braunschweig – Stadtarchiv Braunschweig
 UAF (Universitätsarchiv Frankfurt am Main)
 UAH (Universitätsarchiv Halle), Rep. 4 (Rektorat)

UAH (Universitätsarchiv Halle), Rep. 58 (NL Johannes Weigelt)
 UAJ (Universitätsarchiv Jena), SXV (Hochschularbeitsgemeinschaft Jena)
 UAW (Universitätsarchiv Wien), NL Hugo Hassinger, Kt. 15
 UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 18
 UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 19

Literatur

- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1948): Arbeitsbericht der Akademie für Raumforschung und Landesplanung vom 31.12.1947. In: *Raumforschung und Raumordnung* 9, 68-76.
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1960) (Hrsg.): *Raumforschung. 25 Jahre Raumforschung in Deutschland*. Bremen.
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1961) (Hrsg.): *Festsitzung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Raumforschung in Deutschland am 27. Oktober 1960 im Alten Rathaus zu Hannover. Ansprachen und Festrede (als Manuskript vervielfältigt)*. Hannover.
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1970) (Hrsg.): *Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*. 3 Bände. Hannover.
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1996) (Hrsg.): *50 Jahre ARL in Fakten*. Hannover.
- Baas, K. (2015): „Erdkunde als politische Angelegenheit“. *Geographische Forschung und Lehre an der Universität Münster 1909-1958*. Münster.
- Bergmann, K. (1970): *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*. Meisenheim am Glan.
- Biggeleben, C.; Schreiber, B.; Steiner, K. J. L. (2005) (Hrsg.): „Arisierung“ in Berlin. Berlin.
- Brüning, K. (1943): *Raumordnung und Raumordnungsplan*. In: *Archiv für Landes- und Volkskunde in Niedersachsen* 17, 179-230.
- Brüning, K.; Wilhelm, O.; Isenberg, G. (1948): *Die deutschen Landkreise. Handbuch für Verwaltung, Wirtschaft und Kultur (Bericht des „Forschungsausschusses für Kreisbeschreibungen“ vom 31.1.1948)*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 9, 109-115.
- Bülow, F. (1938): *Raumordnung, Raumforschung und Wirtschaftswissenschaft*. In: *Weltwirtschaftliches Archiv* 47, 300-320.
- Bülow, F. (1950): *Raumforschung als wissenschaftliche Aufgabe*. In: *Zeitschrift für Raumforschung* 1, 231-235.
- Düwel, J.; Gutschow, N. (2019): *Ordnung und Gestalt. Geschichte und Theorie des Städtebaus im 20. Jahrhundert. Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung 1922 bis 1975*. Berlin.
- Egner, E. (1948): *Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 9, 3-15.
- Egner, E. (1950): *Wirtschaftliche Raumordnung in der industriellen Welt. Abhandlungen zur industriellen Standortpolitik*. Bremen-Horn.
- Elvert, J. (2016) (Hrsg.): *Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik*. Stuttgart.
- Franz, G. (1982): *Mein Leben (als Manuskript vervielfältigt)*. o. O.
- Göllnitz, M. (2017): *Paul Ritterbusch*. In: *Fahlbusch, M.; Haar, I.; Pinwinkler, A. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Band 1. 2. Auflage*. Berlin/Boston, 640-645.
- Grüner, S. (2009): *Geplantes „Wirtschaftswunder“? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1945 bis 1973*. München.
- Grüttner, M. (2004): *Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik*. Heidelberg.
- Gutberger, H. (1996): *Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“*. Münster.
- Hammerstein, N. (1999): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945*. München.
- Hanke, A.-K. (2004): *Die niedersächsische Heimatbewegung im ideologisch-politischen Kräftespiel zwischen 1920 und 1945*. Hannover.
- Heinemann, I. (2006): *Wissenschaft und Homogenisierungsplanung für Osteuropa. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft*. In: *Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*. Stuttgart, 45-72.

- Hensen, H. (1936): Organisation und Arbeitseinsatz. In: Raumforschung und Raumordnung 1, 16-22.
- Isenberg, G. (1948): Zur Frage der Tragfähigkeit von Staats- und Wirtschaftsräumen. In: Raumforschung und Raumordnung 9, 41-51.
- Jürgensen, K. (1979): Elemente britischer Deutschlandpolitik. Political Re-Education, Responsible Government, Federation of Germany. In: Scharf, C.; Schröder, H. J. (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone. 1945-1949. Stuttgart, 103-127.
- Kegler, K. R. (2015): Deutsche Raumplanung. Das Modell der „zentralen Orte“ zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Paderborn.
- Kegler, K. R.; Stiller, A. (2017): Konrad Meyer. In: Fahlbusch, M.; Haar, I.; Pinwinkler, A. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Band 1. 2. Auflage. Berlin/Boston, 500-508.
- Klingemann, C. (1996): Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden.
- Klingemann, C. (2009): Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit. Wiesbaden.
- Kucher, K. u. a. (2016): Kriegsbeute in Tübingen. Eine Urkunde Peters des Großen, Seilschaften der Osteuropaforscher und die Restitution. In: Osteuropa 66, 149-167.
- Kucher, K.; Zachary, T. (2017): Feindforschung mit alten Wehrmachtsbeständen. Werner Markert redigierte vor 1945 die Zeitschrift „Osteuropa“ und gründete nach 1945 die Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 213, 13.9.2017, N3.
- Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen.
- Loth, W.; Rusinek, B.-A. (1998) (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main/New York.
- Meynen, E. (1963): Kurt Brüning. In: Neues Archiv für Niedersachsen 12, 9-24.
- Mingus, M. D. (2017): Remapping modern Germany after National Socialism, 1945-1961. Syracuse (NY).
- Mommsen, H. (1999): Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime. Anmerkungen zur Historikerdebatte. In: Schulze, W.; Oexle, O. G. (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main, 265-273.
- Mortensen, H. (1934): Inwiefern kann die Hochschulgeographie den Bedürfnissen der Schulgeographie und der allgemeinen Volksbildung gerecht werden?. In: Geographischer Anzeiger. Blätter für den geographischen Unterricht 35, 23/24, 532-545.
- Muller, J. Z. (1987): The Other God that Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism. Princeton (New Jersey).
- Nentwig, T. (2013): Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961). Ein konservativer Sozialdemokrat. Hannover.
- Oberkrome, W. (2009): Ordnung und Autarkie. Die Geschichte der deutschen Landbauforschung, Agrarökonomie und ländlichen Sozialwissenschaft im Spiegel von Forschungsdienst und DFG (1920-1970). Stuttgart.
- Osietzki, M. (1984): Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945-1952. Köln/Wien.
- Petzina, D.; Euchner, W. (1984) (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949. Düsseldorf.
- Pfeffer, K. H. (1943): Der englische Krieg – auch ein jüdischer Krieg. München.
- Phillips, D. (2018): Educating the Germans. People and Policy in the British Zone of Germany, 1945-1949. London.
- Prager, S. (1995): Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Rückblick und Ausblick 1922-1955. Tübingen.
- Rössler, M. (1990): „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie. Berlin.
- Schepers, H. J. (1942): Raumordnung im Generalgouvernement. In: Raumforschung und Raumordnung 6/7, 202-216.
- Schieder W. (2010): Der militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex im „Dritten Reich“. Das Beispiel der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: Dinçkal, N.; Dipper, C.; Mares, D. (Hrsg.): Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich“. Darmstadt, 47-62.
- Schleiermacher, S. (1998): Sozialethik im Spannungsfeld von Sozial- und Rassenhygiene. Der Mediziner Hans Harmsen im Centralausschuß für die Innere Medizin. Husum.
- Schnakenberg, U. (2007): Democracy-building. Britische Einwirkungen auf die Entstehung der Verfassungen Nordwestdeutschlands 1945-1952. Hannover.
- Schultze, J. H. (1948): Umsiedlung und Raumforschung. Die Verteilung der Neubürger in Thüringen nach geographisch-raumordnerischen Gesichtspunkten. In: Raumforschung und Raumordnung 9, 15-27.

- Seedorf, H. H. (1998): Das Land Niedersachsen. Eine Landeskunde in ihrer Geschichte und Präsentation. Hannover.
- Sting, H. (1954) (Hrsg.): Das 1000-jährige Nordhausen und der schöne Südharz. Ein Volksbuch von Heimat und Zeitgeschichte. Hannover.
- Stöhr, I. (2002): Von Max Sering zu Konrad Meyer – ein „machtergreifender“ Generationswechsel in der Agrar- und Siedlungswissenschaft. In: Heim, S. (Hrsg.): Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus. Göttingen, 57-90.
- Svatek, P. (2010): Hugo Hassinger und Südosteuropa. Raumwissenschaftliche Forschungen in Wien (1931-1945). In: Sachse, C. (Hrsg.): „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Deutsche und österreichische Expertisen in der Zeit der Weltkriege. Göttingen, 290-313.
- Svatek, P. (2019): Hugo Hassinger (1877-1952). Volkstumsforscher, Raumplaner, Kartograph und Historiker. In: Hruza, K. (Hrsg.): Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900-1945, Band 3. Wien u. a., 123-155.
- Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover.
- Wagner, J.-W. (2015): Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora. Göttingen.
- Waldhoff, H.-P.; Fürst, D.; Böcker, R. (1994): Anspruch und Wirkung der frühen Raumplanung. Zur Entwicklung der Niedersächsischen Landesplanung 1945-1960. Hannover.
- Weisbrod, B. (2002) (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit. Göttingen.
- Werner, O. (2012): „Diesen Menschen haben wir nicht nur Arbeit, sondern auch eine neue Heimat zu geben.“ Zuwanderung in die mitteldeutschen Industrieregionen in den 1930er Jahren und Landesplanung im Gau Magdeburg-Anhalt. In: Oltmer, J. (Hrsg.): Nationalsozialistisches Migrationsregime und ‚Volksgemeinschaft‘. Paderborn, 221-241.
- Wettern, M.; Weßelhöft, D. (2004): Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945. Hildesheim.
- Ziegler, G. (1941): Grundlagen des künftigen Städtebaus in Oberschlesien. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 151-159.
- Zippel, C. (2017): Hugo Hassinger. In: Fahlbusch, M.; Haar, I.; Pinwinkler, A. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Band 1. 2. Auflage. Berlin/ Boston, 269-273.

Autor

Oliver Werner (*1968), Dr. phil., *Studium der Geschichte, Soziologie und Psychologie an der Universität Leipzig, Mitarbeiter am Institut der Didaktik der Demokratie (IDD) an der Leibniz Universität Hannover. Forschungsschwerpunkte: mitteleuropäische Zeitgeschichte, deutsche Regional- und Planungsgeschichte, gesellschaftliche Kontinuitäten und Brüche im 20. Jahrhundert.*

Jaromír Balcar, Thomas Schlemmer

VON DER RAG ZUM STAATSMINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN. KONTINUITÄTEN UND DISKONTINUITÄTEN DER LANDESPLANUNG IN BAYERN¹

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Die Rechtsgrundlagen der bayerischen Landesplanung im Reich und im Bund
 - 3 Das Personal der bayerischen Landesplanung
 - 4 Aufgaben und Tätigkeitsfelder der bayerischen Landesplanung vor und nach 1945
 - 5 Der Weg zu den großen Plänen
- Quellen
Literatur

Kurzfassung

Als der Zweite Weltkrieg im Mai 1945 zu Ende ging, gab es keine „Stunde Null“, auch in der bayerischen Landesplanung nicht, obwohl lange Zeit das Narrativ gepflegt wurde, ihre Geschichte beginne erst mit den organisatorisch-administrativen Neuregelungen nach dem Untergang des „Dritten Reichs“. Weiter zurückreichende Wurzeln und Traditionen blieben damit ausgeklammert, die NS-Planungsgeschichte in Bayern brauchte man nicht zu thematisieren. In diesem Beitrag werden die Kontinuitäten ebenso kritisch betrachtet wie die Diskontinuitäten; die Zäsur des Jahres 1945 wird historisiert. Untersucht werden Rechtsgrundlagen und Personal der Landesplanung im Freistaat, danach folgt eine Skizze ihrer Aufgaben im Wandel der Zeit. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage nach den Umständen, die in den 1960er-Jahren zu umfassenden und langfristig angelegten Plänen führten, zu denen es nur wenige Vorarbeiten gab. Dennoch zeigen sich bei genauerem Hinsehen auch hier deutliche Kontinuitätslinien etwa auf dem Feld der Energie- und Verkehrspolitik, die eine Brücke schlagen zwischen den späten 1930er-Jahren und der Planungseuphorie des ausgehenden „Wirtschaftswunders“.

Schlüsselwörter

Landesplanung – Raumordnung – Bayern – NS-Zeit – „Wirtschaftswunder“ – Bundesrepublik Deutschland – Planungseuphorie

1 Der Vortrag vom Kolloquium „Von der RAG zur ARL“ am 7. November 2019 in Hannover wurde für die Drucklegung nur leicht überarbeitet, um den Vortragscharakter zu wahren.

From the RAG to the State Ministry for Regional Development and Environmental Issues. Continuities and Discontinuities of State Planning in Bavaria

Abstract

When the Second World War came to an end in May 1945 there was no ‘zero hour’, not even in Bavarian state planning, despite the long-lived narrative that its history began with the reorganisation of the administration after the demise of the ‘Third Reich’. Deeper roots and traditions were thus excluded and there was apparently no need to discuss National Socialist planning history in Bavaria. This article critically considers both continuities and discontinuities, the turning point of 1945 is historicised. The legal foundations and personnel of Bavarian state planning are investigated and their changing tasks outlined. Of particular interest are the conditions that in the 1960s led to the development of comprehensive and long-term plans for which there were few precursors. Nonetheless, a closer look reveals clear continuities even here, for instance in the field of energy and transport policy. These continuities create a link between the late 1930s and the planning euphoria at the end of the ‘economic miracle’.

Keywords

State planning – Spatial planning – Bavaria – National Socialism – ‘Economic miracle’ – Federal Republic of Germany – Planning euphoria

1 Einleitung

Im Dezember 1970 wurde das *Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen* gegründet. Heute, wo die CSU aus wahltaktischem und koalitionsstrategischem Kalkül ihre grünen Seiten entdeckt, rühmt sich die Partei gerne damit, das erste Umweltministerium in Deutschland ins Leben gerufen zu haben und damit seit Jahrzehnten Speerspitze des Umweltschutzes zu sein (z. B. FAZ 2019). Ein klarer Fall von „Invention of Tradition“ (Hobsbawm 1992), denn 1970 – auf dem Höhepunkt der Planungseuphorie in der Bundesrepublik² – war von einem Umweltministerium noch keine Rede. Für die *Süddeutsche Zeitung* war der frischgebackene Ressortchef Max Streibl nichts anderes als ein „Planungsminister“, und damit brachte das Blatt die zeitgenössischen Erwartungen an das neugeschaffene Ministerium auf den Punkt (SZ 1970).

Überhaupt ist die Geschichte der Landesplanung in Bayern reich an Mythen. Dazu gehört der Mythos von der „Stunde Null“ des Jahres 1945: Die Meistererzählung der bayerischen Landesplanung, die bis in die späten 1980er-Jahre vorherrschte, setzte mit dem Untergang des „Dritten Reichs“ eine scharfe Zäsur. Vor 1945 sei Landesplanung eine Staatsaufgabe gewesen, die allein durch Reichsgesetze und Verordnungen geregelt worden sei und auf Landesebene erst 1949 einen Rahmen erhalten habe (siehe Hofmann 2004: 28). Diese Neuregelung sei, so stand es noch 1982 in den *Bayeri-*

2 In den letzten Jahren ist es auf diesem Forschungsfeld etwas ruhiger geworden. Einen guten Überblick bieten Seefried/Hoffmann 2018 sowie Hein 2018.

schen *Verwaltungsblättern*, notwendig gewesen, weil „1945 [...] die reichsrechtlichen Grundlagen der Raumordnung mit der Ersetzung des Zentralismus und des Führerprinzips durch Föderalismus und Demokratie obsolet geworden“ seien (Evers 1982; siehe dazu auch – mit ähnlichem Zungenschlag – Buchner 1982). Weiter zurückreichende Wurzeln und Traditionen blieben damit ebenso ausgeklammert wie die NS-Planungsgeschichte (siehe dazu Messerschmidt 1994). Der Versuch, eine schwierige Vergangenheit kurz und schmerzlos zu entsorgen, ist gleichsam mit Händen zu greifen.

Mit dem Mythos des radikalen Bruchs auf dem Feld der Landesplanung in Bayern möchten wir aufräumen, indem wir die Kontinuitäten und Diskontinuitäten genauer betrachten und die Zäsur des Jahres 1945 historisieren.³ In diachron vergleichender Perspektive werfen wir im Folgenden Schlaglichter: erstens auf die Rechtsgrundlagen der Landesplanung in Bayern, zweitens auf ihr Personal und drittens auf die Aufgaben, denen sich die bayerische Landesplanung in erster Linie widmen musste. Erklärungsbedürftig erscheint uns, viertens, insbesondere der Umstand, warum der Weg nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich doch zu umfassenden und langfristig angelegten Plänen führte, die vor 1945 kaum über das Stadium von Vorarbeiten hinausgelangt waren. Ausgeklammert bleiben dabei die Pläne selbst, die im Rahmen dieses kurzen Beitrags nicht hinreichend analysiert werden können, zumal hier noch erheblicher Forschungsbedarf besteht. Dass es aber auch hier deutliche Kontinuitätslinien gibt, deuten Untersuchungen zur Energie- und Verkehrspolitik in Bayern an (siehe Deutinger 2001 und Gall 2001). Überdies erwiesen sich Instrumente und Axiome der Landesplaner wie etwa das Modell der „Zentralen Orte“, das Walter Christaller am Beispiel Süddeutschlands entwickelte, als erstaunlich langlebig.⁴

2 Die Rechtsgrundlagen der bayerischen Landesplanung im Reich und im Bund

Was Raumordnung und Landesplanung betrifft, so war Bayern ein Spätzügler. Andere, stärker urbanisierte und industrialisierte Regionen hatten bereits deutlich früher Institutionen etabliert, die überörtliche Planungen zusammenfassen sollten. Den Anfang machte der 1911 gegründete *Zweckverband Groß-Berlin*, ihm folgten 1920 der *Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk* und 1925 der *Landesplanungsverband Düsseldorf*. Zur gleichen Zeit etablierten sich ein *Gesamtsiedlungsausschuss für den mitteldeutschen Industriebezirk*, die *Landesplanungsstellen der Rheinprovinzen* und wenig später auch der *Rhein-Mainische Planungsverband*. Als sich 1929 mit der *Arbeitsgemeinschaft der Landesplanungsstellen* der erste überregionale Planungsverband konstituierte, dem 23 Planungsverbände angehörten, blieb Bayern noch außen vor.

Aber auch damals war Bayern kein „Niemandland der Landesplanung“, wie man den Freistaat später fälschlicherweise titulierte hat (Istel 1995: 640). Die Einsicht in die Notwendigkeit überörtlicher Planung reicht auch hier bis in die Zeit der Monarchie zurück.

3 Soweit nicht anders gekennzeichnet, beruhen die Ausführungen zur Landesplanung in Bayern vor 1945 im Wesentlichen auf der Studie von Istel 1993. Für die Zeit nach 1945 greifen wir dagegen auf eigene Untersuchungen zurück (siehe Schlemmer/Grüner/Balcar 2003: 379-450).

4 Zur langfristigen Wirkmächtigkeit von Christallers Theorie: Kegler 2015 sowie Kegler in diesem Band.

Als Vorläufer der Landesplanung können die Institutionen der Stadt-Umland-Planung gelten, die in den Großstädten München und Nürnberg im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entstanden. Hier erkennt man bereits *in nuce* die Konfiguration von Stadt und Land nicht als Gegensatz, sondern als Kontinuum. Das führte noch in der Weimarer Zeit zu ersten Institutionalisierungsbestrebungen: Im Jahr 1930 ersuchte der Stadtrat von Nürnberg die Regierung von Mittelfranken in aller Form, bei der Bezirksregierung in Ansbach eine Landesplanungsstelle einzurichten (ausführlich Istel 1993: 42-58).

Eine einheitliche Rechtsgrundlage auf Reichsebene schuf erst das Wohnsiedlungsgesetz vom Herbst 1933. Auf dieser Basis entstand auch in Bayern 1934 eine staatliche Landesplanung – allerdings nicht als eine „vom Reich verordnete Organisationsform“, sondern als „bayerische Lösung zur Erarbeitung der überörtlichen Wirtschaftspläne für die Wohnsiedlungsgebiete“ (Istel 1993: 2). Eine wesentliche Änderung trat in den Jahren 1935 und 1936 durch die Einführung einer flächendeckenden Reichs- und Landesplanung ein (ausführlich Istel 1985). An die Stelle dessen, was Wolfgang Istel als „das bayerische Modell der Landesplanungsstellen bei den Regierungen“ bezeichnet (Istel 1993: 2), trat nunmehr eine Doppelstruktur: eine staatliche Planungsbehörde beim Reichsstatthalter, die ihrerseits der *Reichsstelle für Raumordnung* (RAG) in Berlin unterstand, und eine *Landesplanungsgemeinschaft* als Zusammenschluss unterschiedlicher Selbstverwaltungskörperschaften.⁵ Deren Leitung oblag der staatlichen Planungsbehörde, die zugleich die Aufsicht über die *Landesplanungsgemeinschaft* führte. Dem „Führerprinzip“ entsprach man durch Personalunion an der Spitze beider Zweige der Landesplanung: Der Reichsstatthalter als Leiter der Planungsbehörde war zugleich Vorsitzender der *Landesplanungsgemeinschaft* (Istel 1993: 134). Damit hatte der Reichsstatthalter zunächst auch die Bezirksstellen der Landesplanungsgemeinschaft unter seiner direkten Kontrolle, ehe die Bezirksplaner 1939 den Regierungspräsidenten als Referenten für Raumordnung unterstellt wurden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestand nur der behördliche Teil des Landesplanungsapparates weiter; die *Landesplanungsgemeinschaft* hingegen hatte aufgehört zu existieren und entstand in dieser Form auch nicht wieder. In dieser Beschränkung lag eine langfristige Weichenstellung, denn damit beschritt man in Bayern früh den Weg zur Definition von Landesplanung als Staatsaufgabe. Eine weitere wichtige Entscheidung fiel noch im Sommer 1945, als die Landesplanungsstelle dem Wirtschaftsministerium angegliedert wurde. Die bei den Bezirksregierungen angesiedelten Bezirksplanungsstellen wurden der Landesplanungsstelle als regionale Gliederungen unterstellt. Im Juli 1949 bestätigte eine Verordnung der bayerischen Staatsregierung über die Organisation und den Aufbau der Landesplanung diese Regelung.⁶ Die außergewöhnlich enge Verbindung zwischen wirtschaftspolitisch bedingter Strukturpolitik und Landesplanung resultierte nicht zuletzt aus dieser Zuordnung, die bis 1970 bestehen blieb.

5 Vertreten waren – neben staatlichen und kommunalen Organen und Hoheitsträgern sowie der Wehrmacht – berufsständische Organisationen wie die *Deutsche Arbeitsfront* und der *Reichsnährstand*, Handels- und Gewerbekammern, Handwerkskammern, einschlägige wissenschaftliche Einrichtungen und die NSDAP (siehe Istel 1993: 133).

6 Verordnung über die Organisation der Landesplanung in Bayern vom 23.6.1949. In: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1949: 173-174. Vgl Fußnote 14.

3 Das Personal der bayerischen Landesplanung

Dass es beim Personal der bayerischen Landesplanung große Kontinuität über die Epochenäsaur des Jahres 1945 hinweg gab, ist keine Überraschung. Ein ähnliches Bild zeigt sich ja überall in der Staatsverwaltung, wie in den letzten Jahren eine Reihe von Studien zu einzelnen Ministerien nachgewiesen hat (siehe Mentel/Weise 2016; Kreuzberger/Geppert 2018); nicht viel anders sieht es etwa auf dem Feld der Wissenschaft aus.⁷ Hinzu kommt, dass Raumordnung und Landesplanung auf vergleichsweise jungen Forschungszweigen wie der Wirtschaftsgeographie basierten und 1945 noch nicht lange als wichtiger staatlicher Tätigkeitsbereich anerkannt waren. Dementsprechend jung waren die Männer, die in den 1930er-Jahren in die bayerische Planungs-bürokratie Einzug hielten. So etwas wie eine Gegenelite, die nach Kriegsende das Ruder hätte übernehmen können, gab es nicht.

Es waren also durch die Bank dieselben Männer, die schon vor 1945 das Geschäft der Raumplanung in Bayern hauptamtlich besorgt hatten, die nach Kriegsende wieder auf ihren angestammten Arbeitsfeldern tätig wurden. Hier seien *pars pro toto* nur zwei Beispiele genannt: Dr. Bernhard Kurtz zeichnete vor 1945 bei der Bezirksregierung in Ansbach für den „Raumordnungsplan Groß-Nürnberg“ verantwortlich. Nach Kriegsende übernahm er die Bezirksplanungsstelle Mittelfranken, ehe er – als Höhepunkt seiner Karriere – mit der Leitung der Landesplanungsstelle im *Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr* beauftragt wurde. Als zweites Beispiel sei der Diplom-Volkswirt Ernst Schmitt angeführt. Er arbeitete vor und nach 1945 als für Schwaben verantwortlicher Bezirksplaner und übte diese Funktion noch in den frühen 1970er-Jahren aus.

4 Aufgaben und Tätigkeitsfelder der bayerischen Landesplanung vor und nach 1945

Auch was Aufgaben und Tätigkeitsfelder betrifft, herrschte ein hohes Maß an Kontinuität. Das liegt sicherlich zum Teil in der Sache begründet. Landesplanung musste (und muss) zwischen den Vorhaben und Maßnahmen verschiedener Akteure ausgleichen und vermitteln: zwischen den Fachplanungen der einzelnen Ressorts, zwischen zivilen und militärischen Planungen, aber auch zwischen staatlichen und privaten Interessen. Auffällig ist indes, dass die bayerische Landesplanung sowohl vor als auch nach 1945 überwiegend damit beschäftigt war, tagesaktuelle politische Vorhaben und Maßnahmen zu koordinieren. Das operative Tagesgeschäft überwog ganz eindeutig, ja es nahm solchen Raum ein, dass für die Erarbeitung umfassender teilräumlicher Raumordnungspläne zur Gestaltung der Zukunft kaum hinreichend Zeit blieb. In der NS-Zeit ging es zunächst vor allem um Rüstung und Kriegsvorbereitung. So wirkte die Landesplanung bei der Konzeption militärischer und wehrwirtschaftlicher Anlagen mit, aber auch bei der Koordination des „Arbeitseinsatzes“. Später kamen spezielle kriegsbedingte Aufgaben wie die Erstellung von Gewerbelenkungsplänen oder die Vorberei-

⁷ Siehe etwa das Beispiel der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft: Balcar 2019; Sachse 2002.

tung von Evakuierungsmaßnahmen hinzu.⁸ Die Tendenz ging eindeutig dahin, sämtliche Planungsarbeiten auf zivile und militärische Projekte auszurichten, die mit der Kriegführung zusammenhingen.

Der Krieg machte letztlich auch den wenigen größeren Planungsarbeiten, die trotz der Fülle an tagesaktuellen Aufgaben in Angriff genommen wurden, einen Strich durch die Rechnung. Ein Hindernis, das immer schwerer zu überwinden war, je länger der Krieg dauerte, bestand darin, dass Beamte der Planungsstellen zum Militärdienst eingezogen wurden. Das galt etwa, um ein konkretes Beispiel zu nennen, für Bernhard Kurtz, den für Mittelfranken zuständigen Bezirksplaner. Seine Einberufung hatte zur Folge, dass die Arbeiten am Raumordnungsplan für den Großraum Nürnberg ab dem Sommer 1942 auf Eis lagen; daher kam dieser Plan letztlich nicht über ein bescheidenes Anfangsstadium hinaus (Istel 1993: 233).

Wie die Konkurrenz verschiedener Dienststellen und Behörden im polykratischen NS-Staat, der chronische Arbeitskräftemangel und vor allem der Zweite Weltkrieg umfassende Planungen sowie deren Umsetzung behinderten und verzögerten, veranschaulicht das Schicksal des „Dr.-Hellmuth-Plans“ (Bildstein 1938; Hohmann 1992; Istel 1993: 200-225 und Anhang 4⁹). Hierbei handelte es sich um einen nach dem Gauleiter von Mainfranken, Otto Hellmuth (Freyeisen 2005), benannten Strukturplan für die bayerische Rhön. Begonnen hatte es im Februar 1934 mit einem Papier von Gauwirtschaftsberater Kurt Haßlinger, der darin die Strukturschwächen des Notstandsgebiets Rhön sowie deren Ursachen aus NS-Perspektive dargelegt hatte (siehe Istel 1993: 200). Der Grundgedanke lautete, dass nur eine neue Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur das Elend in der Region dauerhaft beseitigen könne; daneben spielten aber auch Nahrungsmittelautarkie und die Ideologie von „Blut und Boden“ eine Rolle. Die weitgefassten Planungen in einem Gebiet von rund 120 Gemeinden betrafen vor allem Verkehrserschließung, Meliorationen und Flurbereinigung, wobei die extreme Zersplitterung des Bodenbesitzes durch die in Unterfranken praktizierte Realteilung in den Augen der Planer umfangreiche Enteignungen erforderlich machten. Gerade aus diesem Aspekt gestaltete sich die Umsetzung schwierig und langwierig. Im Zuge des Vernichtungskriegs und der Eroberung von „Lebensraum im Osten“ änderten sich jedoch plötzlich die Planvorgaben: Anstatt den Bewohnern der Rhön in ihrer Heimat eine auskömmliche Lebensgrundlage zu schaffen, sollten diese nun als Kolonisten zur „Aufsiedlung“ in den eroberten Ostgebieten eingesetzt werden. „Die so furios von der Partei eingeleitete wirtschaftliche Hebung der Rhön“, urteilt Wolfgang Istel, „verfiel langsam aber sicher einem Dämmer Schlaf, der sich über das Jahr 1945 fortsetzte“ (Istel 1993: 225).

In der Tat sah es auch nach 1945 ganz ähnlich aus: Das Personal der spärlich besetzten Planungsbehörden in Bayern war mit der Verwaltung des Mangels – einer Folge des Krieges und der totalen Niederlage – vollkommen ausgelastet. Im Vordergrund standen die Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge, die Unterbringung von Betrieben, die es nach Bayern verschlagen hatte, und die zivile Nutzung von Wehrmachtsanlagen, so

8 Zu diesem Themenkomplex siehe Klee 1999.

9 Anhang 4: Dr.-Hellmuth-Plan: Voranschlag über den Arbeitsanfall und die zu erwartenden Kosten für die Flurbereinigung vom 1.12.1936.

diese nicht von der U.S. Army genutzt wurden. Das hatte eine pikante Note, da angesichts der stark ausgeprägten personellen Kontinuitäten nun dieselben Beamten mit dieser Aufgabe betraut waren, die bereits in der NS-Zeit die Infrastruktur der Wehrmacht geplant hatten. Auf diese Weise half die bayerische Landesplanung in den frühen 1950er-Jahren, Löcher zu stopfen und die „Gründungskrise“ der jungen Bundesrepublik zu bewältigen (Hockerts 2012). Willi Guthsmuths, der für die Landesplanung zuständige Staatssekretär im *Bayerischen Wirtschaftsministerium*, bezeichnete diese Praxis im Nachhinein als Planung nach dem „Feuerwehrprinzip“: „Wo es gerade besonders heftig brannte und unerhörte Notstände vorlagen, versuchte man, im lokalen Bereich zurechtzukommen.“¹⁰ Zeit für Planung und Raumordnung im eigentlichen Sinne blieb vor diesem Hintergrund zunächst nicht.

5 Der Weg zu den großen Plänen

Erst in den langen 1960er-Jahren erfuhr die Landesplanung auch in Bayern einen regelrechten Boom. In der Dekade davor war es den Planern lediglich gelungen, ein größeres Werk auszuarbeiten: die „Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien für einen Landesentwicklungsplan“, die in zwei Bänden 1951 und 1954 vorgelegt wurden (BayStMinWV 1951, 1954). Der gewundene Titel verrät bereits viel über die Unsicherheiten und Hindernisse, die dieses Unternehmen seinerzeit überwinden musste. Das Resultat konnte sich sehen lassen: Immerhin war es ein „erster durchformulierter Ansatz einer bayerischen Landesentwicklungskonzeption“ (Terhalle 1988: 25), der „zu einer Magna Charta der Landesentwicklung“ avancierte (Schreyer 1969: 252). Ein knappes Jahrzehnt später legten die Planer die Denkschrift „Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern“ vor, die gleichermaßen als Standortbestimmung und Neuorientierung der bayerischen Landesplanung gelesen werden muss (BayStMinWV 1962). Auf dieser Grundlage erstellten die Bezirksplaner Mitte der 1960er-Jahre – neben Vorarbeiten für das boomende Mittelbayerische Donaugebiet um die Automobil- und Erdölraffineriestadt Ingolstadt (Schlemmer 2009) – drei Raumordnungspläne für ausgesprochen ländlich geprägte strukturschwache Regionen des Zonenrandgebiets. In ihnen ging es weniger um Raumordnung als um Landesentwicklung, also um die Möglichkeiten einer primär ökonomisch ausgerichteten Struktur- und Infrastrukturpolitik (ausführlich Balcar 2004). Der nächste Schritt bestand in der Ausarbeitung eines „Strukturentwicklungsprogramms“ für alle strukturschwachen Regionen des Freistaats, das 1968 in Angriff genommen wurde.¹¹ Auf der Basis dieser Vorstudien beschloss der Ministerrat im April 1969 und im Juli 1970 die Programme für Bayern I und II, die das Ziel der Staatsregierung, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu schaffen, ebenso dokumentierten wie die Arbeit der nach wie vor im Wirtschaftsministerium ressortierenden Landesplanungsstelle (BayStMinWV 1969, 1970). Den Höhepunkt und Endpunkt markierte das Landesentwicklungsprogramm, das die bayerische Staatsregierung am 1. Mai 1976 auf dem Verordnungsweg in Kraft setzte (Bayerische Staatskanzlei 1976).

10 Zitiert aus „Wohnung, Arbeit, Bildung und Erholung“ (Münchner Merkur 1964).

11 Zur Genese des „Strukturentwicklungsprogramms“ siehe Schlemmer/Grüner/Balcar 2002: 432-434.

Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, oszillierten die Zielvorstellungen der Landesplaner in Bayern, die in den genannten Planwerken ihren Niederschlag fanden, zwischen Tradition und Moderne; die Männer in der Landesplanungsstelle und in den Bezirksplanungsstellen hatten „keine Sehnsucht nach der Ruhr“, um mit dem Wirtschaftsjournalisten Hermann Bößenecker zu sprechen (Bößenecker 1972: 303), sondern orientierten sich eher an der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur des benachbarten Baden-Württemberg (Schlemmer 2017). Vor allem vier Faktoren gaben den Ausschlag, dass es in den 1960er-Jahren gelang, die Dominanz des Tagesgeschäfts zu durchbrechen, sodass auch in Bayern eine „Zeit der großen Pläne“ (Balcar 2004: 420) anbrach:

Erstens wirkten die sozialen und ökonomischen Folgen des Zweiten Weltkriegs als Türöffner für die Landesplanung: Die „Gründungskrise“ der Bundesrepublik traf in Bayern die Regionen besonders hart, die schon zuvor als Notstandsgebiete gegolten hatten. Marktkonforme Mechanismen der Krisenbewältigung griffen hier ganz offensichtlich auch im „Wirtschaftswunder“ nicht, weshalb gute Argumente für eine Politik der „aktiven Sanierung“ sprachen (dazu Balcar 2004: 397-400). Das mussten schließlich auch konservative Agrarromantiker einsehen. Hinzu kam, dass diese traditionellen Notstandsgebiete von der Wirtschaftskrise der Jahre 1966/67 – tatsächlich kaum mehr als eine kurze Wachstumsdelle – in besonderem Maße betroffen waren, was sich an weit überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten ablesen ließ. Auf diese Weise wurde die Rezession von 1966/67 in Bayern zum Katalysator für ein neues Planungsverständnis (Schlemmer/Grüner/Balcar 2003: 424).

Zweitens machte die Opposition immer wieder Druck auf die CSU-geführte Staatsregierung, die bei der Landesplanung aufgrund massiver parteiinterner Widerstände lange zögerlich agierte. Dagegen versuchte die SPD, sich als *die* Partei der Planung in Bayern zu profilieren und die Staatsregierung in dieser Frage vor sich herzutreiben. Waldemar von Knoeringen machte in einer Landtagsdebatte von 1964 deutlich, welche Bedeutung seine Partei diesem Politikfeld beimaß: Die Raumordnung müsse als „wesentliches Mittel der Gesellschaftspolitik“, ja als „neue Dimension der Politik“ überhaupt begriffen werden, als „Politik für die Zukunft“, der „alle Ressortpolitik“ unterzuordnen sei, um die Probleme zu lösen, „die mit den klassischen Mitteln der Politik nicht mehr zu lösen“ seien.¹² Dem konnte sich die CSU nicht dauerhaft verschließen, zumal „Modernisierung“ zum zentralen Thema im Landtagswahlkampf von 1966 aufstieg. „Bayern modern“ ließ die CSU plakatieren, „Für ein modernes Bayern“ die SPD. Davon profitierten nicht zuletzt die Landesplaner, denn sie rückten dadurch näher an die Zentren politischer Entscheidungen heran (ausführlich Schlemmer/Grüner/Balcar 2003: 425-426).

Hinzu kamen, drittens, Initiativen des Bundes, die in Bayern zu einer aufgeschlosseneren Haltung gegenüber Landesplanung und Raumordnung führten. Da war zunächst das Bundesraumordnungsgesetz von 1965,¹³ das als Transmissionsriemen wirkte, über den Reformanstöße aus Bonn in die bayerische Politik übertragen wurden. Kon-

¹² Stenographischer Bericht über die 44. Sitzung des Bayerischen Landtags am 09.04.1964: 1584-1585.

¹³ Bundesraumordnungsgesetz vom 08.04.1965. In: Bundesgesetzblatt 1965/I: 306-310. Siehe dazu Schlemmer/Grüner/Balcar 2003: 435-437.

kret sorgte das Bundesraumordnungsgesetz (ROG) für eine grundlegende Novellierung des bayerischen Landesplanungsrechts, die 1970 in Form einer Neufassung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG) erfolgte.¹⁴ Noch wichtiger dürfte die Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD im Jahr 1966 gewesen sein, in der der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß mit dem Finanzministerium ein Schlüsselresort übernahm. Die Bundesregierung Kiesinger/Brandt erhob Planung geradezu zum Reformprinzip. Zauberworte wie mittelfristige Finanzplanung und Globalsteuerung schufen ein Klima, dem sich auch die CSU in Bayern nicht entziehen konnte.¹⁵

Viertens stand auch der Zeitgeist auf der Seite der Landesplanung. Im Zuge der Planungseuphorie, die in den 1960er-Jahren in der Bundesrepublik grassierte (siehe dazu Ruck 2000), war Bayern zu einem Nachzügler auf diesem zunehmend wichtiger werdenden Politikfeld geworden. Diesen Rückstand galt es aufzuholen. Daher legte nun auch Ministerpräsident Alfons Goppel großes Gewicht auf die Ausarbeitung von Raumordnungsplänen für die besonders benachteiligten Regionen des Freistaats. Das zeitigte ganz konkrete Folgen: Im Juli 1964 wies Wirtschaftsminister Otto Schedl die Leiter der Bezirksplanungsstellen an, alle anderen Tätigkeiten zugunsten dieser Raumordnungspläne zurückzustellen.¹⁶ Spätestens ab diesem Zeitpunkt dominierten nicht mehr tagespolitisch aktuelle Probleme das Geschäft der Planer in Bayern, sondern die Arbeit an Plänen für die – um einen zeitgenössischen Begriff zu verwenden – „mittlere Zukunft“.¹⁷

Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bestand Staatskanzlei
 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bestand Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr

Literatur

- Balcar, J. (2004): Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972. München, 404-419.
- Balcar, J. (2019): Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft. Preprint 7. Berlin. DOI: 10.17617/2.3055636
- Bayerische Staatskanzlei (1976) (Hrsg.): Landesentwicklungsprogramm Bayern. München.
- BayStMinWV – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (1962) (Hrsg.): Grundlagen und Ziele der Landesplanung in Bayern. o.O., o.J.
- BayStMinWV – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (1969) (Hrsg.): Ein Programm für Bayern I. Augsburg.

14 Bayerisches Landesplanungsgesetz vom 6.2.1970. In: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1970: 9-16.

15 Ein Überblick über die Reformpolitik der Großen Koalition findet sich bei Hockerts 2006: hier 27-46.

16 Landesplanungsstelle an die Bezirksplanungsstellen Niederbayern, Oberpfalz und Unterfranken vom 28.7.1964 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bestand Staatsministerium für Wirtschafts- und Verkehr 21755).

17 Karlheinz Witzmann (Bezirksplanungsstelle für Oberbayern) an Wolfgang Helwig (Landesplanungsstelle) vom 21.12.1962 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bestand Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr 21734).

- BayStMinWV – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (1970)** (Hrsg.): Ein Programm für Bayern II. Passau.
- BayStMinWV – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Landesplanungsstelle (1951)** (Hrsg.): Die bayerische Landesplanung. Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan. Teil 1: Bestandsaufnahme. o.O., o.J.
- BayStMinWV – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Landesplanungsstelle (1954)** (Hrsg.): Die bayerische Landesplanung. Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan. Teil 2: Planungen. o.O., o.J.
- Bildstein, K. (1938)**: Der Dr. Hellmuth-Plan. Seine Grundlagen und seine Entwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung 2, 46-53.
- Bößenecker, H. (1972)**: Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weiß-blauen Wirtschaft. München u. a.
- Buchner, W. (1982)**: 25 Jahre Landesplanungsgesetzgebung in Bayern. In: Bayerische Verwaltungsblätter 113, 23, 705-708.
- Creuzberger, S.; Geppert, D. (2018)** (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949-1972. Paderborn.
- Deutinger, S. (2001)**: Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980. In: Schlemmer, T.; Woller, H. (Hrsg.): Bayern im Bund, Band 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München, 33-118.
- Evers, H.-U. (1982)**: Tendenzen der Verrechtlichung der Raumordnung. In: Bayerische Verwaltungsblätter 113, 23, 709-714.
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (2019)**: „Wir haben den Umweltschutz erfunden“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.09.2019. Frankfurt am Main.
- Freyeisen, A. (2005)**: Verbohrt bis zuletzt. Gauleiter Dr. Otto Hellmuth und das Ende des Nationalsozialismus in Unterfranken. In: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 57, 280-328.
- Gall, A. (2001)**: „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!“ Verkehrspolitik und Landesplanung 1945 bis 1976. In: Schlemmer, T.; Woller, H. (Hrsg.): Bayern im Bund, Band 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München, 119-204.
- Hein, C. (2018)** (Hrsg.): The Routledge Handbook of Planning History. New York/London.
- Hobsbawm, E. J.; Ranger, T. (1992)** (Hrsg.): The Invention of Tradition. Cambridge.
- Hockerts, H. G. (2006)**: Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära. In: Hockerts, H. G. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 5: Bundesrepublik Deutschland 1966-1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs. Baden-Baden, 1-155.
- Hockerts, H. G. (2012)**: Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik. In: Hockerts, H. G.: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945. Bonn, 23-42.
- Hofmann, S. (2004)**: Industriepolitik und Landesplanung in Bayern 1958-1970. Phil. Diss. Neubiberg.
- Hohmann, J. S. (1992)**: Landvolk unterm Hakenkreuz. Agrar- und Rassenpolitik in der Rhön. 2 Bände. Frankfurt am Main u. a.
- Istel, W. (1985)**: Entwicklungslinien einer Reichsgesetzgebung für die Landesplanung bis 1945. In: Beiträge zur Raumforschung, Raumordnung und Landesplanung. Dortmund, 67-100. = Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesentwicklung.
- Istel, W. (1993)**: Wurzeln und Entwicklung der Landesplanung in Bayern bis 1945. Bayreuth. = Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung 124, Lehrstuhl Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung.
- Istel, W. (1995)**: Anfänge der Raumordnung in Bayern. In: Der Architekt 121, 95, 640-646.
- Kegler, K. R. (2015)**: Deutsche Raumplanung. Das Modell der „Zentralen Orte“ zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Paderborn.
- Klee, K. (1999)**: Im „Luftschuttkeller des Reiches“. Evakuierte in Bayern 1939-1953: Politik, soziale Lage, Erfahrungen. München.
- Mentel, C.; Weise, N. (2016)**: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung. München/Potsdam.
- Messerschmidt, R. (1994)**: Nationalsozialistische Raumforschung und Raumordnung aus der Perspektive der „Stunde Null“. In: Prinz, M.; Zitelmann, R. (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung. 2., durch ein Nachwort ergänzte Auflage. Darmstadt, 117-138.
- Münchener Merkur (1964)**: „Wohnung, Arbeit, Bildung und Erholung“. In: Münchener Merkur vom 15.05.1964. München.

- Ruck, M. (2000): Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre. In: Schildt, A.; Siegfried, D.; Lammers, K. C. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg, 362-401.
- Sachse, C. (2002): „Persilscheinkultur“. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. In: Weisbrod, B. (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit. Göttingen, 217-246.
- Schlemmer, T. (2009): Industriemoderne in der Provinz. Die Region Ingolstadt zwischen Neubeginn, Boom und Krise 1945 bis 1975. München.
- Schlemmer, T. (2017): Erfolgsmodelle? Politik und Selbstdarstellung in Bayern und Baden-Württemberg zwischen „Wirtschaftswunder“ und Strukturbruch „nach dem Boom“. In: Grüner, S.; Mecking, S. (Hrsg.): Wirtschaftsräume und Lebenschancen. Wahrnehmung und Steuerung von sozialökonomischem Wandel in Deutschland 1945-2000. Berlin/Boston, 171-190.
- Schlemmer, T.; Grüner, S.; Balcar, J. (2003): „Entwicklungshilfe im eigenen Lande“. Landesplanung in Bayern nach 1945. In: Frese, M.; Paulus, J.; Teppe, K. (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn u. a., 379-450.
- Schreyer, K. (1969): Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem. München/Wien.
- Seefried, E.; Hoffmann, D. (2018) (Hrsg.): Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft. Berlin/Boston.
- SZ – Süddeutsche Zeitung (1970): „Ein Ressort für Boden, Wasser und Luft“. In: Süddeutsche Zeitung vom 11.12.1970. München.
- Terhalle, W. (1988): Die Landesplanung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (1945-1970). In: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern. Hannover, 11-62. = Arbeitsmaterial der ARL 125.

Autoren

Jaromír Balcar (*1966), Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte (Berlin) im Forschungsprogramm „Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“ und Privatdozent am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen.

Thomas Schlemmer (*1967), Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte und Privatdozent am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Karl R. Kegler

EINE REISE INS BLAUE? – BUNDESRAUMORDNUNG UND DAS MODELL DER ZENTRALEN ORTE

Gliederung

- 1 Einführung: Zentrale Orte und die Kodifizierung der Raumordnung
- 2 Zeitdiagnosen
- 3 Raumplanung als schöpferische Aufgabe?
- 4 Biographien und Leitbilder
- 5 Zentrale Orte
- 6 Synthese
- 7 Beharrung und Umdenken – ein Fazit

Quellen

Literatur

Kurzfassung

Das Bundesraumordnungsgesetz von 1965 ist einer der wichtigen Wendepunkte in der Planungsgeschichte der Bundesrepublik. Nach Inkrafttreten des Gesetzes verabschiedeten sämtliche Bundesländer zwischen dem Ende der 1960er- und dem Anfang der 1970er-Jahre Pläne und Programme auf der Grundlage von Zentrale-Orte-Systemen. Der Beitrag betrachtet die gut zehnjährige interne Diskussion über Sinn und Aufgaben der Bundesraumordnung, die dem Erlass des Gesetzes vorausging, und wirft einen vertieften Blick auf Aussagen des baden-württembergischen Raumplaners Gerhard Ziegler und weiterer Planungsexperten. Für diese ältere Generation von Fachleuten, die ihre berufliche Laufbahn in der NS-Diktatur begonnen hatten, war es schwer zu akzeptieren, dass in der Demokratie das überkommene Leitbild einer geordneten Gesellschaft und dezentralen Siedlungsstruktur keine Grundlage für staatliche Eingriffe darstellten. Die zehnjährige Debatte und Lobbyarbeit für ein Bundesraumordnungsgesetz stellte für diese Generation einen Lern- und Anpassungsprozess dar. Das Raumordnungsgesetz markiert im Ergebnis eine institutionelle Konsolidierung der Raumplanung in Deutschland, illustriert andererseits aber eine spezifische Fachblindheit, da die Fixierung auf überkommene ballungskritische Positionen die Phänomene der Suburbanisierung und Massenmotorisierung unbeachtet ließ, die in diesen Jahren die räumlichen Zusammenhänge in Westdeutschland tiefgreifend veränderten. In der Folge wurde die im Raumordnungsgesetz verankerte Zentrale-Orte-Konzeption zu einer fachpolitischen Kompromissformel, die zwischen ballungskritisch-konservativen Haltungen und den Positionen einer jüngeren Planergeneration vermitteln konnte.

Schlüsselwörter

Zentrale-Orte-Modell – Bundesraumordnungsgesetz – Gerhard Ziegler – NS-Raumplanung – Dezentralisierung – Fachgemeinschaft – Gesellschaftsbilder von Raumplanern

A Mystery Tour? – The German Federal Spatial Planning Act and the Model of Central Places

Abstract

The Federal Spatial Planning Act of 1965 is one of the important turning points in the planning history of the Federal Republic of Germany. After the law came into force, in the late 1960s and early 1970s each German federal state passed plans and programmes based on systems of central places. The article traces and analyses statements by the Baden-Württemberg regional planner Gerhard Ziegler and other experts involved in the discussion that preceded the Planning Act. For this older generation of experts who had started their professional careers during the years of Nazi dictatorship, it was difficult to accept that, in a democracy, their former beliefs in an ordered society and in decentralized settlement patterns were not a sufficient basis for institutionalized planning interventions. The ten years of debate and lobbying for federal planning legislation between the mid-1950s and mid-1960s were a process of learning and adjustment for this older generation. The result marks the professional consolidation of regional planning in Germany, but also reflects how planning lost touch with the new phenomena of suburbanization and mass motorization that deeply changed spatial inter-relations in Western Germany in these years. In this situation, the concept of central places became important as a formula of compromise within the professional community, between conservative positions on the one side and more contemporary positions on the other side.

Keywords

Central place concept – Federal Regional Planning Act – Gerhard Ziegler – Nazi spatial planning – Decentralization – Professional community – Planning and society

1 Einführung: Zentrale Orte und die Kodifizierung der Raumordnung

Für die deutsche Raumplanung der Nachkriegszeit stellt das Jahr 1965 einen wichtigen Wendepunkt dar. Das im April 1965 vom Bundestag verabschiedete Raumordnungsgesetz formulierte nicht allein Grundsätze für die Raumordnung auf Bundesebene, es verpflichtete die Bundesländer auf dieser Basis auch zur Aufstellung eigener Pläne und Programme. In der Folge stellten bis Mitte der 1970er-Jahre sämtliche westdeutsche Länder Landesentwicklungsprogramme (LEP) auf; es begann ein Zeitabschnitt, der in der jüngeren Forschungsliteratur als eine Phase der bundesdeutschen „Planungseuphorie“ bezeichnet worden ist (Engler 2018; Haupt/Requate 2004; Lauschke 2003; Metzler 2005: 404). Viele Vertreter einer jüngeren Generation deutscher Raumplanung und -forschung begannen in diesem Zeitabschnitt ihre Karrieren.

Von den Grundsätzen, die das Gesetz 1965 für die Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland formulierte, hat über die Jahre wiederum kein einzelner Gesichtspunkt eine derartige Bedeutung gewonnen wie das Konzept der zentralen Orte. 1965 lediglich als eine Maßnahme angeführt, die zur Unterstützung von jenen Gebieten dienen kann, die hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben waren oder zurückzubleiben drohten, wurden flächendeckende Zentrale-Orte-Konzepte in den späten

1960er- und in den 1970er-Jahren in sämtlichen Bundesländern entwickelt und zur Grundlage landesplanerischer Maßnahmenkataloge. Während im Gesetzestext von 1965 „Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung“ nur ein einziges Mal mit Bezug auf Rückstandsgebiete genannt wurden, sind Zentrale-Orte-Konzepte in der 2008 novellierten Version des Raumordnungsgesetzes an sechs Stellen angesprochen und zu einem Orientierungsrahmen für die gesamte Siedlungsentwicklung geworden. Raumplaner müssen sich heute schon allein wegen der vorliegenden gesetzlichen Regelungen mit diesem raumordnungspolitischen Konzept befassen.

Dass das Zentrale-Orte-Modell im Gefolge des Raumordnungsgesetzes eine derart entscheidende Bedeutung für das gesamte System der bundesdeutschen Raumplanung erhalten sollte, war zu Beginn des Diskussionsprozesses, der zwischen 1954 und 1965 den gesetzlichen Rahmen für die Raumplanung auf der Bundesebene vorbereitete, nicht absehbar. Das Ergebnis einer längeren Untersuchung zusammenfassend kann man konstatieren: Die besondere Stellung von Zentrale-Orte-Konzeptionen in der bundesdeutschen Raumplanung hat inhaltliche, aber auch historische außerwissenschaftliche, politische und fachpolitische Gründe. Hier spielen auch die Biographien der Experten, die 1965 an der fachlichen Vorbereitung des Raumordnungsgesetzes beteiligt waren, eine wichtige Rolle.

2 Zeitdiagnosen

Das Ineinandergreifen dieser verschiedenen Ebenen veranschaulicht in exemplarischer Weise das Jahr 1954. Im Juli dieses Jahres forderte Victor-Emanuel Preusker (FDP), Bundesminister für Wohnungsbau, bei seinen Kabinettskollegen eine „Aktivierung“ der Raumordnung auf der Bundesebene ein und setzte damit einen Prozess in Gang, der 1965 in der Annahme des Raumordnungsgesetzes durch den Bundestag einmündete.¹ Auslöser für Preuskers Initiative war ein Rechtsgutachten des Bundesverfassungsgerichtes, das in Zusammenhang mit der Vorbereitung des Bundesbaugesetzes entstand. In diesem Gutachten vom Juni 1954 äußerte sich das höchste Gericht – allerdings nicht sonderlich ausführlich – zur Raumplanung und gestand dem Bund für diesen Bereich eine gesetzgeberische Rahmenkompetenz zu (BVerfGE 1954: 427-428). Preuskers Initiative wurde in der zweiten Jahreshälfte 1954 zum Auslöser für einen Abstimmungsprozess unter den Bundesressorts. Koordiniert wurde dieser Austausch durch das federführende Innenministerium.² Im Ergebnis erkannte die Mehrheit der Ministerien Raumplanung grundsätzlich als eine Aufgabe des Bundes an, die Vorbereitung eines Rahmengesetzes wurde aber nicht als dringlich angesehen, solange keine klaren Vorstellungen über Ziele, Konzeption und Umsetzungsmöglichkeiten bundesstaatlicher Raumordnung bestanden. Vor einem Gesetzgebungsverfahren, so das Fazit, das Innenminister Gerhard Schröder (CDU) ein knappes Jahr später in einem Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer formulierte, müsse zuerst ein raumpolitisches Grundsatzprogramm der Bundesregierung vorliegen, „also ein Leitbild, das allgemeine Richtlinien für die Ordnung des Raumes im Bundesgebiet zu enthalten hät-

1 Der Bundesminister für Wohnungsbau an den Bundesinnenminister, 14.7.1954 (Abschrift) (BAK B136/1910, o.P.).

2 Der Bundesminister des Innern an die Bundesministerien, 2.11.1954 (BAK B136/1910: 43-47).

te”.³ Diese zusammenfassende Einschätzung benannte ein grundlegendes Problem. Auch wenn die Expertengemeinschaft der Raumplaner von der grundsätzlichen Bedeutung ihrer Disziplin überzeugt war, war es keineswegs möglich, im Konsens die Inhalte und Richtlinien für einen operationalisierbaren Raumordnungsplan auf der Bundesebene zu formulieren. Was genau sollte eigentlich das Ziel einer bundesstaatlichen Raumordnungspolitik sein? Als Antwort auf diese Frage formulierten die professionellen Experten der Raumforschung und -planung eher allgemeine und unscharfe Aussagen. Erich Dittrich, der Leiter des Godesberger *Instituts für Raumforschung*, schlug 1955 in seiner Schrift „Grundfragen deutscher Raumordnung“ beispielsweise vor, „eine gesunde Dezentralisation der Industrie in Verbindung mit einer neuen Ordnung der Agrarstruktur herbeizuführen“ sowie „den vorherrschenden Tendenzen einer weiteren Ballung entgegenzuwirken“ (Dittrich 1955: 8). Diese vor allem ballungskritischen Leitbilder sollten, so Dittrich, in die „Erarbeitung eines Bundesraumordnungsplanes als dringende politische Aufgabe“ einmünden,⁴ beinhalteten allerdings kaum eine Aussage darüber, wie ein „gesundes“ Maß an Dezentralisierung zu bestimmen und in Abstimmung zwischen Bundesebene, Ländern und Kommunen umzusetzen sei. Wie genau sollte ein Interessenausgleich zwischen Ballungsräumen und strukturschwachen Gebieten herbeigeführt werden? Auf welcher wissenschaftlichen Basis ein steuernder Eingriff in Wirtschaft und Bevölkerungsverteilung erfolgen? – Auch Dittrich blieb eine Antwort auf diese Fragen schuldig.

Im Kontext derartiger Vorüberlegungen zur Rolle einer aktiven Bundesraumordnung steht auch der Austausch zwischen den Bundesministerien und führenden Raumplanern der jungen Bundesrepublik, den es in diesem Beitrag besonders zu würdigen gilt. Der im Bundesinnenministerium für die Frage der Raumplanung zuständige Ministerialdirigent Erich Keßler kontaktierte Ende 1954 wichtige Vertreter der Raumordnung mit der Anfrage, was ein Leitbild der Raumordnung als Grundlage für staatliche Planung eigentlich enthalten müsse. Zu den angesprochenen Experten zählten der Leiter der nordrhein-westfälischen Landesplanungsbehörde Norbert Ley (Leendertz 2008: 188-189, 221), der bereits genannte Erich Dittrich (Gutberger 1994: 542; Kegler 2016: 531-532, Fußnote 3) und Josef Umlauf (vgl. Zakrzewski 2008), zu dieser Zeit Verbandsdirektor des *Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk*. Keßlers Umfrage mündete 1955 schließlich in der Begründung eines *Sachverständigenausschusses für Raumordnung* (SARO), der mit seinem 1961 abgeschlossenen Gutachten zur Raumordnung in der Bundesrepublik einen gewichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zum Raumordnungsgesetz erarbeitete.

Ein weiterer Korrespondenzpartner Keßlers war der württembergische Landesplaner Gerhard Ziegler, ordentliches Mitglied der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* seit 1953 (ARL 1996: 268; siehe auch Werner in diesem Band)⁵ und zuvor im NS-Staat einer der wichtigen deutschen Landesplaner in den 1939 besetzten und annektierten polnischen Territorien. Ziegler agierte ab Januar 1940 als Leiter der *Lan-*

3 Innenminister Gerhard Schröder an Konrad Adenauer, 29.6.1955 (BAK B136/1910: 223).

4 Ein Auszug der zitierten Passagen aus Dittrichs Schrift ist enthalten in den Akten des *Ministerium für Wirtschaft*, die 1954-57 den Abstimmungsprozess zur Vorbereitung eines Rahmengesetzes über Raumordnung dokumentieren (BAK B102/13077: o.P.)

5 Nach Gutschow ist Ziegler ARL-Mitglied ab 1947 (Gutschow 2001: 212).

desplanungsgemeinschaft Schlesien, ab Februar 1941 als Landesplaner im neu geschaffenen Reichsgau Oberschlesien (Gutschow 2002: 210-211) und war als solcher Planungsbeauftragter des Reichsführers SS beim *Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums* (RKF). In dieser Funktion beteiligte sich Ziegler unter anderem mehrfach an Besprechungen zur Planung der Stadt und des KZ-Lagers Auschwitz (Gutschow 2002: 77, 81-82, 84-85, 91-93, 122-123). Nach dem Krieg war Ziegler als Baudirektor, Ministerialrat und später Ministerialdirigent Landesplaner in Baden-Württemberg und über zwei Jahrzehnte der entscheidende Impulsgeber für Raumplanung in diesem Bundesland (Yamei 2014: 305). Er steht damit für eine Generation von professionellen Raumplanern und -forschern, die – wie Kurt Brüning, Friedrich Bülow, Heinrich Hunke, Gerhard Isenberg, Konrad Meyer, Herbert Morgen, Gottfried Müller, Hermann Roloff oder Josef Umlauf – ihren beruflichen Weg in der Raumplanung des NS-Staates begannen, in der Diktatur Spitzenpositionen in ihrem Fachgebiet besetzten und in der Bundesrepublik an diese Karrieren in Forschung, Raum- und Landesplanung anknüpfen konnten.

Der Briefwechsel der beiden Spitzenbeamten von 1954 hat sich im Bundesarchiv erhalten.⁶ Auch Zieglers mehrseitige Stellungnahme zu Keßlers Umfrage, die er mit einer Unterbrechung von zehn Tagen in zwei Anläufen „herunterdiktierte“, widmete sich – wie die Auslassungen seiner Kollegen – in charakteristischer Weise kaum konkreten Inhalten und Richtlinien für einen Bundesraumordnungsplan. Ein Maßnahmenprogramm für die Raumordnung in der Bundesrepublik konnte oder wollte der Stuttgarter Regierungsbaumeister nicht formulieren. Seine Stellungnahme war eher eine allgemeine Zeitdiagnose. Sie erlaubt einen Einblick in die Gedankenwelt eines führenden Raumplaners, die in den zeitgleichen Fachveröffentlichungen nicht mit dieser Deutlichkeit zum Ausdruck kommt.

Ziegler konstatierte, „Landesplanung, also das Mittel zum geordneten, langfristigen Aufbau des Bundesgebietes – ja eigentlich weit darüber hinaus – [sei] als ein entscheidendes Arbeitsgebiet für die (wie man fälschlicherweise sagt) gesamte Innenpolitik anzusehen und diese wiederum als das merkwürdigerweise gerade heute entscheidende Stück der Außenpolitik“.⁷

„Die Aufgabe der Raumplanung [...] liegt u.a. in der Lösung der sozialen Frage (diese ist nicht gelöst trotz aller dummen Reden der Wissenschaftler und sog. Praktiker, da sie vom Materiellen her überhaupt nicht zu lösen ist) und sie liegt im Erreichen eines anderen Staatsaufbaus, also in einer zeitgemäßen statt einer denkverfaulten Demokratie (auch Gedanken können verwesen wie ‚Organisches‘ und zu ‚Leichengift‘ werden). Da wir auch dies nicht sehen können, kommen wir erneut mit Recht in diktatorische Verhältnisse. Sie werden das ja erleben. Bis jetzt hat uns das Nichtergreifen unserer Aufgabe den Verlust unseres halben Reiches, der Besten unseres Volkes und der Einheit unseres Landes beschert und darüber hinaus der Welt eine Unsumme von Unglück. Die Aufgabe liegt weiter in einer Zeit, in der nach unserem und amerika-

6 Erich Keßler an Regierungsbaudirektor Ziegler, 11.11.1954. Gerhard Ziegler an Ministerialdirigent Keßler, datiert 10.12.1954 und 20.12.1954 (Abschrift) (BAK B102/13077: o.P.).

7 Gerhard Ziegler an Ministerialdirigent Keßler, 10.12.1954 (Abschrift) (BAK B102/13077: o.P.). Die folgenden Zitate stammen ebenfalls aus dieser Abschrift.

nisch-englisch-japanischen Vorbild fast sämtliche ‚unterentwickelten‘ Gebiete der Erde ‚entwickelt‘ werden, darin, die Schäden der Industrialisierung und der Arbeitsteilung nun endlich einmal auszumerzen.“

„Wenn man“, so Ziegler, „überhaupt eine tragbare, ja vielleicht sogar neue Ordnung erreichen will, die doch so offensichtlich angesichts der zurückliegenden Katastrophen nötig ist, dann ist ein fester Wille erstes Erfordernis [...], ein Wille zur Gestaltung und Umgestaltung.“ Ein solcher Wille sei auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene aber nicht vorhanden. Stattdessen diagnostizierte der baden-württembergische Landesplaner den „Verlust der Mitte“, ‚Mangel an Gestaltungswillen‘, ‚Lähmende Hoffungslosigkeit‘, ‚Improvisieren und in den Tag hineinleben‘ und darum ‚Fetischgläubigkeit‘. Eine „raumpolitische Konzeption“ könne nur dann den grundlegenden Erfordernissen genügen, wenn man daran gehe, „einen unabhängigen Menschen mit großem Format mit der Bearbeitung dieser Konzeption zu beauftragen, ihm keinerlei Fesseln anzulegen bezüglich seiner Mitarbeiterwahl“. Eine derartige Grundlage sei „aber niemals auszuarbeiten mit Staatsvertretern, da diese durch Tradition einerseits und parlamentarische Überwachung andererseits bei uns dazu nicht mehr im Stande sind“. „Wenn ‚das Volk der Dichter und Denker‘“, so Ziegler weiter, „dies kleine bißchen Aufwand für wirklich denkerische Leistungen nicht mehr machen will, dann muß es eben untergehen, früher oder später.“ – Raumplanung oder Untergang.

Um den Blick für die Probleme der Gegenwart zu öffnen, so erklärte Ziegler weiter, führe der Weg über Planungsgemeinschaften. Diese Organisationsform der Raumplanung war Ziegler aus seiner Zeit als Landesplaner in Oberschlesien gut vertraut.⁸

„Der Staat kann das Wenigste dazu tun, wenn das ‚Volk‘ in seinen Gliedern nicht das Rechte tut [...] hier kommt die Frage nach dem modernen Staat. Mit unserer auf absolutistischem, noch nicht einmal Hegelischem Staatsdenken aufgepfropften Locken-Rousseau-USA Demokratie alten Stils, die für die USA gerade noch recht sein mag, geht es in Mitteleuropa nicht mehr. Daran wird auch Ihr ‚Fahrplan‘ scheitern.“

An diesem Text ist vieles bemerkenswert. Auffallend ist einmal, dass Ziegler in einem mehr oder minder amtlichen Schreiben auf dem Briefpapier seiner eigenen Planungsstelle – schließlich handelte es sich um die Beantwortung einer Anfrage des Innenmi-

8 „Es ist erst fünf Jahre her, seit der Führer bestimmt hat, daß durch eine Oberste Reichsbehörde, die Reichsstelle für Raumordnung, die zusammenfassende übergeordnete Planung erarbeitet und im Sinne einer deutschen Ordnung im Großdeutschen Raum auch durchgesetzt wird, so daß für jede Planung im Raum auch das richtige Land freigehalten und bereitgestellt wird“, hatte Ziegler am 1. Januar 1941 in einem für eine breite Öffentlichkeit bestimmten Artikel über die „großdeutsche Raumordnung der Zeit Adolf Hitlers“ in der „Schlesischen Tageszeitung“ geschrieben. „Wir sind heute schon so weit, daß die in den Landesplanungsgemeinschaften zusammengefaßten Kräfte von Wehrmacht, Partei und Staat ständig und flüssig zusammenarbeiten beim Aufbau der einzelnen Reichsteile und des Gesamtreiches. Dazu ist die ganze Wissenschaft mit eingespannt in der Bearbeitung der Grundlagen und Ziele auf den einzelnen Fachgebieten. Alle schöpferisch tätigen Menschen und Dienststellen, die durch ihre Tätigkeit Änderungen in der Nutzung des deutschen Raumes bewirken, arbeiten so im Einklang miteinander unter dem Ziel, eine dem deutschen Menschen lebensgemäße Kulturlandschaft zu schaffen, in der das deutsche Volk froh und stark aufwachsen, arbeiten und leben kann“ (Ziegler 1941).

nisteriums – die junge Bundesrepublik als „denkverfaulte“ und „aufgepfropfte“ Demokratie bezeichnete, deren gedankliche Leitsätze er mit dem Leichengift eines verwesenden Körpers verglich.

Charakteristischerweise ging Keßler auf diese Einlassungen aber nicht weiter ein. In seiner Antwort an Ziegler warnte der Spitzenbeamte vielmehr vor einer kostspieligen „Reise ins Blaue“: „Was soll nun aber spezifisch der Bundesraumordnungsplan an echten Zielen enthalten? Kampf dem Ost-West-Gefälle der Wirtschaft! Weg mit den Ballungsräumen!“⁹ Trotz drängender und grundlegender Krisendiagnosen musste Keßler konstatieren: „Kaum jemand hat bisher eine auch nur einigermaßen klare Vorstellung davon, wie ein Bundesraumordnungsplan aussehen kann oder soll. Dennoch ruft man nach einem Bundesgesetz mit einer neuen Bundesbehörde.“¹⁰ – „Sollen wir die Schaffung eines Planes betreiben, über dessen Gestalt und Inhalt selbst seine begeisterten Befürworter offenbar selbst noch keine rechte Vorstellung haben?“¹¹

3 Raumplanung als schöpferische Aufgabe?

Der Ausschnitt aus dem Schriftwechsel erlaubt am Beispiel Zieglers einen vielsagenen Einblick in Überzeugungen und Identitäten, die in die planungspolitischen Diskussionen des ersten Nachkriegsjahrzehnts hineinspielen. Keßler und Ziegler *einte* einerseits die gemeinsame Erfahrung der NS-Diktatur, in der *beide* als Funktionäre des nationalsozialistischen Staates tätig waren. Der Verwaltungsjurist Keßler, NSDAP-Mitglied seit 1933 und zeitweilig Oberscharführer der SA, war von 1940 bis 1944 Regierungsvizepräsident in Kattowitz im Reichsgau Oberschlesien (Günther/Fischer 2019), wo auch Ziegler bis 1945 als Landesplaner tätig war. Ziegler und Keßler besaßen andererseits *qua Amt* (und vielleicht darüber hinaus) Kontakte zum kurzzeitigen Breslauer Regierungspräsidenten Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg,¹² der als designierter Innenminister im Schattenkabinett der Verschwörer des 20. Juli 1945 hingerichtet wurde. Vielleicht ist der Hintergrund der gemeinsamen amtlichen Tätigkeit in Kattowitz Ursache für Zieglers ungewöhnlich scharfe demokratiekritische Äußerungen – und für Keßlers Zurückhaltung. Aus Zieglers Positionsbestimmung spricht neben der angesprochenen Kritik an einer „Locke-Rousseau-USA Demokratie“ die Überzeugung, Raumplanung sei primär eine schöpferische Experten- und Führungsaufgabe, in

9 Erich Keßler an Regierungsbaudirektor Ziegler, 11.11.1954 (BAK B102/13077 o.P.).

10 Erich Keßler an Regierungsbaudirektor Ziegler, 11.11.1954 (BAK B102/13077 o.P.).

11 Erich Keßler an Ministerialdirigent Fischer-Menshausen, 10.01.1955 (BAK B102/13077 o.P.).

12 Keßlers Kontakte zu Widerstandskreisen um seinen zeitweiligen Breslauer Vorgesetzten Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg werden von Gutschow (2001: 210) und Krekeler (2020) angesprochen. Yamai stellt die These auf, „dass Ziegler zur Widerstandsgruppe um Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg gehörte“ (2014: 310), bleibt aber bis auf den pauschalen Hinweis auf Spruchkammerakten aus Zieglers Entnazifizierungsverfahren einen konzisen Nachweis schuldig. Entlastungsfiktionen von Raumplanern, die ihre Arbeit für NS-Staat und SS-Apparat zu Taten des Widerstandes stilisierten, sind in der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen und Spruchkammerverfahren der Nachkriegszeit keine Ausnahme (vgl. Kessler 2015: 325-327). Die Nähe Zieglers zu Kreisen des Widerstandes gegen Hitler kann ohne nähere Prüfung nicht ausgeschlossen werden, darf aber mit Skepsis betrachtet werden.

der sich ein überlegener Wille zeigen und beweisen müsse. Als unverdächtige Referenzen für diese autoritären Untertöne verwies Ziegler in seinem Schreiben an Keßler auf Unterredungen mit von der Schulenburg¹³ und die Planungspraxis in Großbritannien.

In einem Schreiben an einen Kollegen im Wirtschaftsministerium kommentierte Keßler wenig später die Äußerungen seines süddeutschen Kollegen mit sachlicher Distanz und nahm erneut keinen Bezug zu Zieglers befremdlichen demokratietheoretischen Auslassungen. Keßler bemängelte die fehlende Konkretheit der Leitbildvorstellungen in der Raumplanung. Zieglers Ausführungen seien „*gewiß von großer Verantwortung und von hohem idealistischen Schwung getragen. Aber greift er nicht nach den Sternen und verliert dabei den Boden unter den Füßen? Er sieht in der RO [Raumordnung] eine vitale Idee, ein Kernstück der gesamten Innen- und Außenpolitik, mit der man die Welt verbessern müßte. Andererseits geht er mit keiner Zeile auf jene konkreten Fragen ein, die ich an ihn im Interesse einer praktikierbaren RO gestellt hatte. Wenn jetzt nach seiner Auffassung eine ‚beklagenswerte Raumunordnung‘ herrscht, so wollte ich gern wissen, welche allgemeine Konzeption für die deutsche Raumordnung ihm denn vorschwebt. Hält er an dem ‚Ideal einer gleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung und der Arbeitsstätten nach Art und Zahl im Raume‘ fest, oder welche andere räumliche Ordnung der Bundesrepublik wird sonst angestrebt? Hier fehlt jede Antwort.*“¹⁴

4 Biographien und Leitbilder

Der in diesem Beispiel greifbare Hintergrund der NS-Zeit ist nun nicht allein für Biographien und berufliche Netzwerke relevant, er betrifft auch raumordnungspolitische Leitbilder. Landesplaner, Raumforscher und Soziologen, die zuvor häufig in ähnlicher Funktion im NS-Staat tätig waren, forderten im Verlauf der Nachkriegszeit wiederholt verstärkte Dezentralisierungsanstrengungen zur Unterbringung der Bevölkerung jenseits der Ballungsräume (Kegler 2015: 343-345). Kritik an Liberalismus und Industriegesellschaft, wie sie sich in Zieglers Einlassungen von 1954 äußerte, war häufig ein Festhalten an verinnerlichten zivilisationskritischen Überzeugungen, die durch die Erfahrung von Diktatur, Zerstörung und Niederlage nicht erschüttert worden waren. Dies zeigte sich in den 1950er-Jahren in breiten Diskursen über die negativen Folgen der modernen „Massengesellschaft“ (Kegler 2015: 332-337; Leendertz 2008: 290-296). Sie waren vorgeprägt von zwanzig Jahre zurückliegenden Warnungen vor den Gefahren der „Vermassung“ in Großstädten und vor den ungünstigen Einflüssen großer Industriegebiete auf „Volkskraft“ und Bevölkerungswachstum (Weigmann 1935; siehe auch Gutberger in diesem Band). 1951 beschwor Erwin Muermann, damaliger

13 „*Mich bewegen im Besonderen immer wieder die Unterredungen mit Schulenburg, der mich nachdrücklich gedrängt hat, die Gedanken zu einem vernünftigen Landes- und Reichsaufbau ins Praktische hinein durchzuüberlegen und schriftlich auszuarbeiten. Ich bin oft recht deprimiert, wie wenig ich hier den Toten und Lebendigen des 20. Juli gegenüber meine Verantwortung erfülle. Dafür gibt es viele gute Entschuldigungsgründe, nicht zuletzt den Lähmungszustand unseres Volkes, in dem alles Neue, in die Zukunft weisende, soweit nicht alte Vorbilder und Vorgänge bestehen, als Illusion betrachtet wird. Deshalb ist auch die staatliche Verwaltung allein so denkbar ungeeignet, hier zu helfen*“ Gerhard Ziegler an Ministerialdirigent Keßler, 10.12.1954 (Abschrift) (BAK B102/13077: o.P.).

14 Erich Keßler an Ministerialdirigent Fischer-Menshausen, 10.01.1955 (BAK B102/13077: o.P.).

Direktor des *Institut für Raumforschung* in Godesberg, zuvor Leiter der Rechtsabteilung der NS-*Reichsstelle für Raumordnung* (RfR) und zum Ende des Krieges persönlicher Referent des geschäftsführenden Staatssekretärs Dr. Muhs (Istel 1999: 79; Leendertz 2008: 233), in einem Überblicksartikel zu Raumordnung und Landesplanung beispielsweise die „Gefahr der Versteppung“ einer „kranken Landschaft“, die „Gefahr einer seelenlosen Vermassung“, die „unerfreulichen Erscheinungen unorganisch emporgeschossener Großstädte“ und bot Raumordnung als Therapie dieser „Krankheitssymptome“ an (Muermann 1951: 17). Aus der Perspektive eines Arztes am Körper des „Staatsorganismus“ diagnostizierte Muermann die Notwendigkeit, jeder einzelnen Zelle im Kampf gegen individualistische Interessen ihre spezifische Aufgabe zuzuweisen: „So wichtig es ist, daß die einzelne Zelle gesund ist, weil erst dann der Gesamtorganismus voll funktionsfähig wird, so wirkt es sich verhängnisvoll aus, wenn das Bestreben der Gesunderhaltung der Einzelzelle zu einer ‚Alles-für-mich-Haltung‘ verführt. Im Leben eines Staatsorganismus, der dem Menschen dienen will, gelten die gleichen Grundsätze“ (Muermann 1951: 18). Zugleich betrachtete Muermann sehr wohlwollend die einheitliche Organisation mit einer obersten *Reichsstelle für Raumordnung* im nationalsozialistischen Deutschland. Für den Zeitraum nach 1945 beklagte der Godesberger Raumforscher wiederum den „Zerfall“ der zuvor geschaffenen Strukturen, der auf die unzutreffende Auffassung zurückgehe, „daß es sich bei der Landesplanung um eine nationalsozialistische Einrichtung gehandelt habe“ (Muermann 1951: 20).

Von einer beträchtlichen Zahl von Planungsexperten dieser Jahre wurde in ähnlicher Weise in disziplingeschichtlichen Rückblicken die nationalsozialistische Raumplanung als fortschrittliche, sachlich und fachlich korrekte Verwaltungsarbeit charakterisiert (Kabel 1949: 165-176; Bülow 1950; Göderitz 1950; Roloff 1956; Umlauf 1957). Diese Darstellungen waren Geschichtsschreibung in eigener Sache. In der Diskurs- und Expertengemeinschaft der deutschen Raumforscher und Landesplaner erfüllten Einlassungen dieser Art in disziplingeschichtlichen Rückblicken und Einführungstexten zwei wichtige Funktionen: Sie negierten jede Mitschuld an den Verbrechen des NS-Regimes und vermieden eine Entwertung der professionellen Biographien der Raumforscher und Landesplaner, die ihre Berufserfahrung zum weit überwiegenden Teil in den Wissenschafts- und Planungsinstitutionen des NS-Staates erworben hatten und in der Bundesrepublik versuchten, an ihre vorherigen Karrieren in Wissenschaft und Verwaltung anzuknüpfen.

Verwandte, aber deutlich schwächer formulierte Einschätzungen finden sich in den 1950er-Jahren auch in den Fachveröffentlichungen Zieglers. 1957 erschien im „Baden-Württembergischen Verwaltungsblatt“ ein Übersichtsartikel, in dem der Stuttgarter Landesplaner in „Die neue Kunst und Disziplin der Landesplanung“ einführte. „Eine wirklich zeitgemäße Landesplanung ist im Grund Gesellschaftspolitik. Sie hat, bis sie dahin kam, allerdings erhebliche Wandlungen durchgemacht“ (Ziegler 1957: 97). Planung erfordere die Aufgeschlossenheit der Regierenden für langfristige Vorausschau und Festlegung, was im Deutschland der letzten Jahrzehnte allerdings nur in geringem Umfang gegeben gewesen sei. „Dadurch wurde auch die Entwicklung der Landesplanung nach 1945 in allen Bundesländern entscheidend gehemmt, so daß Deutschland, einst mit führend auf diesem Gebiet, weit hinter anderen Ländern zu-

rückgeblieben ist“ (Ziegler 1957: 97). Diese mehrdeutige Darstellung Zieglers konnte man durchaus auch so lesen, dass in der Bundesrepublik der im NS-Staat erreichte Institutionalisierungsgrad der Raum- und Landesplanung verspielt worden sei.

Auch inhaltlich war Zieglers handbuchartiger Artikel ein Anknüpfen an Strukturmodelle, die der baden-württembergische Landesplaner zuvor in Oberschlesien angewandt hatte. Landesplanung, so Ziegler, sei Rahmen-, Markt- und Strukturpolitik, müsse sich in der praktischen Arbeit aber auf die Stufengliederung von Planungsbereichen – Nahbereiche, „Raumschaften“, Teilregionen und Regionen – beziehen, die, so Ziegler, in der historischen Siedlungsentwicklung begründet liegen. Diese Einsicht verband Ziegler mit einer Kritik an der Industrialisierung. „Es blieb nur der neueren Zeit vorbehalten, auf solche Leitbilder weithin zu verzichten und so – getrieben von der Technik – in immer größere Schwierigkeiten und unedlere Gestaltungen abzusinken“ (Ziegler 1957: 101). Die Gliederung des Raumes in eine Stufenfolge von Einzugsbereichen war entsprechend ein Thema, das Ziegler mehrfach in Fachbeiträgen behandelte und als „Das Zellengefüge eines gesunden hochindustrialisierten Landes“ (Ziegler 1963) charakterisierte.

5 Zentrale Orte

Auffassungen, die wie die genannten Beiträge Zieglers eine gestufte Siedlungshierarchie mit dem Bild einer „gesunden“ Entwicklung verknüpften, waren in den 1950er-Jahren in der Fachgemeinschaft deutscher Planungsexperten breiter Konsens. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass auch das Modell der Zentralen Orte, das im NS-Staat eine wesentliche Bedeutung für die Raumplanung zur Germanisierung der annektierten Gebiete Polens, des Baltikums und von Teilen der Sowjetunion eingenommen hatte, in den 1950er-Jahren für Fragen der Raumplanung und -forschung in der Bundesrepublik reaktiviert wurde. Entstanden im Kontext der Krisenerfahrungen der späten Weimarer Republik war Walter Christallers Erklärungsversuch für die Verteilung von Siedlungen und Bevölkerung ein Modell der Selbstversorgung und Binnenwirtschaft. Für Raumplaner im NS-Staat waren Christallers Überlegungen darüber hinaus deshalb attraktiv, weil sie neben Effizienz und Autarkie scheinbar exakte, operationalisierbare Zahlen anboten, die für den Aufbau einer deutschen Siedlungsstruktur in den annektierten Gebieten zugrunde gelegt werden konnten. Christaller selbst beteiligte sich an derartigen Planungen als Gutachter für die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) (Christaller 1941) sowie für das *Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums* (RKF), einem Hauptamt der SS, für das er bis ins Detail eine durchgehend auf die nationalsozialistische Herrschaft abgestimmte Siedlungs- und Führungshierarchie erarbeitete und seine früheren Modellvorstellungen entsprechend veränderte. Mit Modifikationen der Raumforscher und NS-Funktionäre Konrad Meyer, Josef Umlauf und Gerhard Isenberg, die in der Nachkriegszeit sämtlich zur Gründergeneration der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (ARL) zählten, wurden Christallers Überlegungen schließlich zur Grundlage einer reichsweiten Zentrale-Orte-Planung, die Millionen deutscher Menschen für die Germanisierung des eroberten Lebensraumes freistellen sollte (Kegler 2015: 182-188). In der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* wurden diese Überlegun-

gen Anfang 1944 vorgestellt und diskutiert (Kegler 2015: 292-296), ohne dass in der Schlussphase des Krieges ernsthaft noch an eine Umsetzung gedacht werden konnte. Bestimmend für die Wirkung des Christaller-Modells in den ersten Nachkriegsjahren war dann erneut seine Bedeutung im Kontext von Dezentralisierungs-, Autarkie- und Rationalisierungszielen, die an die Reformprojekte und an die bevölkerungspolitischen Wunschbilder um 1930 anknüpften.

6 Synthese

Diese Konstellation von fachlichen Identitäten und übernommenen Leitbildern wurde auch im *Sachverständigenausschuss für Raumordnung* deutlich, der zwischen 1955 und 1961 das von der Bundesregierung angemahnte Leitbild mit den allgemeinen Richtlinien für die Ordnung des Raumes im Bundesgebiet erarbeitete und dabei in vieler Hinsicht an frühere Planungsdiskurse anknüpfte. Im Sachverständigenausschuss waren mit Kurt Brüning, Erich Dittrich, Gerhard Isenberg und Hermann Roloff (siehe auch Gutberger in diesem Band) gleich mehrere Mitglieder der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* vertreten, die auf eine Karriere in der Raumplanung des NS-Staates zurückblicken konnten. Das Abschlussgutachten der Sachverständigen formulierte eine Bewertung der deutschen Raumentwicklung seit der Industrialisierung und entwickelte flankierend einen inhaltlichen Zielkatalog. Es empfahl – wenig überraschend – die Begrenzung der Ballungstendenzen, Dezentralisierung und die Ansiedlung von Industrie in Agrargebieten zur Erhöhung der regionalen Tragfähigkeit.¹⁵ Der Umstand, dass der Sachverständigenausschuss für diese Empfehlung annähernd sechs Jahre benötigte, verdeutlicht andererseits, dass eine klare und auf Anrieb überzeugende Agenda in der Raumordnung Mitte der 1950er-Jahre auf Seiten der „Raumordner“ nicht bestand. Keßlers 1954 formulierte Warnung vor einer „Reise ins Blaue“ in Sachen Raumordnung erwies sich rückblickend als gerechtfertigt. Als das SARO-Gutachten 1961 schließlich vorgelegt wurde, formulierte es allgemeine Grundsätze und Maximen. Es lieferte einen Orientierungsrahmen, keine konkreten Handlungsanweisungen (SARO 1961).

Zusammenfassend lassen sich die Einzelempfehlungen des Gutachtens auf die Formel „optimale Zuordnung von Mensch und Raum“ (SARO 1961: 54) reduzieren; was „optimal“ inhaltlich bedeutete, blieb allerdings unbestimmt. Eine andere Maxime wurde dagegen deutlich formuliert. Grundlegende Überzeugung der Sachverständigen war, „daß jede Gesellschaft in allen ihren Beziehungen und allen ihren Teilerscheinungen

15 Die vierzehn Grundsätze im Gutachten des *Sachverständigenausschusses für Raumordnung* (SARO 1961: 54-63) sind: (1) optimale Zuordnung von Mensch und Raum, (2) Begrenzung der Ballungstendenzen und Förderung der Dezentralisation, (3) Sanierung von Notstandsgebieten, (4) gesunde Agrargebiete, (5) Unterbringung der Flüchtlinge nach dem Prinzip der Freizügigkeit (bei diesem Punkt handelt es sich strenggenommen nicht um einen Leitbildaspekt, sondern um die Rechtfertigung der bisherigen Raumordnungspolitik in der Flüchtlingsfrage), (6) Förderung der Zonenrandgebiete, (7) Orientierung an einem „Optimum der Ballung“, (8) Ablehnung einseitiger „Machtpositionen“ im Raum, (9) Ausgleich von Stadt und Umland, (10) Erhalt der Agrarstruktur durch Förderung zentraler Orte, (11) Krisenfestigkeit der Wirtschaft durch Mischung von Erwerbsmöglichkeiten, (12) „gegliederter Aufbau“ der Gesellschaft, (13) Zuordnung von Wohnmöglichkeiten (Eigenheim-Förderung) und Arbeitsplatz, (14) Schutz von Landschaft und Entwicklung von Erholungsmöglichkeiten.

doch immer eine Einheit darstellt, daß ihre Teile wechselseitig sich bedingen und dabei ein Ganzes sind” (SARO 1961: 51; Hervorheb. im Original). Zum Ausgleich und zur Eingrenzung widerstreitender Tendenzen, welche die Einheit in der Gesellschaft gefährden, war nach Auffassung der damaligen Planungsexperten ein staatlicher Ordnungsrahmen erforderlich. Diese Einheitsvorstellung mündete im Konzept einer Gesellschaft, die ihre räumliche Repräsentation in einer gegliederten und aufgelockerten Siedlungsstruktur finden sollte. „Siedlungseinheiten sollten [...] in überschaubare und voneinander abgesetzte nachbarschaftliche Einheiten gegliedert sein, die durch ein Mindestmaß an Gemeinschafts- und Versorgungseinrichtungen zu einem gewissen Eigenleben fähig sind” (SARO 1961: 61). „Dem Leitbild entspricht ein gegliederter Aufbau der Gesellschaft von den natürlichen und nachbarschaftlichen Gemeinschaften in geschlossener Stufenfolge von der Familie über die Nachbarschaftseinheit, Gemeinde, Landschaft, Land und Bund” (SARO 1961: 61). Mit dieser Synthese waren indirekt wichtige Aspekte der Zentrale-Orte-Thematik angesprochen, allerdings erwähnte das Gutachten „Zentrale Orte” oder „Zentrale Punkte” als Fachbegriffe nur beiläufig und stellte sie keineswegs in den Mittelpunkt.

Die lange Bearbeitungszeit markierte andererseits einen Lern- und Neuorientierungsprozess. So gestand der Abschlussbericht zu, „daß sich Raumordnungspolitik nicht absolut durchsetzen kann, sondern vielerlei gesellschaftspolitische Notwendigkeiten und staatspolitische Aufgaben in ihrem ganzen Gewicht respektieren muß” (SARO 1961: 65). Das Expertengremium vollzog in diesem Punkt einen entscheidenden Abschied von früheren technokratischen Regelungsansprüchen, wie sie 1954 im zitierten Brief Zieglers auftreten. Und auch Ziegler durchlief ähnlich wie die am SARO-Gutachten beteiligten Experten in seinen raumordnungspolitischen Veröffentlichungen einen charakteristischen Wandel. Formulierte der Leiter der Landesplanung in Baden-Württemberg 1954 noch den Anspruch, „die Schäden der Industrialisierung und der Arbeitsteilung nun endlich einmal auszumerzen”¹⁶, bewertete er knapp zehn Jahre später die Verflechtungen in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft grundsätzlich anders:

„Wir werden uns damit abfinden müssen, daß wir seit etwa drei Generationen in eine neue Siedlungsepoche eingetreten sind. Es ist die Epoche der sozialökonomisch-kulturellen Verflechtungen übergemeindlicher Art. [...] Die] Zellen eines modernen industrialisierten Landes sind entstanden aus der modernen Arbeitsteilung. Arbeitsteilung setzt planmäßige Zusammenarbeit voraus. Die Verflechtungen sind da, und das Beste, was man tun kann, ist, daß man sie fester und fester knüpft zum allgemeinen Besten, indem man nicht nur miteinander arbeitet, sondern füreinander, weil dann jedem am besten gedient ist” (Ziegler 1963: 2).

Grundlage für diese Verflechtung war für Ziegler ein gestuftes System von regionalen Einzugsbereichen und zentralen Orten, in der Industrialisierung und Arbeitsteilung nun eine positive Verwirklichung finden sollten: „Wir werden dem Leitbild der Regionalkultur Eingang verschaffen, ruhen in der Regionalkultur doch die ganzen Wachstumskräfte, aus denen die Arbeitsteilung und damit die an sich so segensreiche Industrialisierung erwachsen sind” (Ziegler 1963: 13).

16 Gerhard Ziegler an Ministerialdirigent Keßler, 10.12.1954 (Abschrift) (BAK B102/13077 o.P.).

7 Beharrung und Umdenken – ein Fazit

Im Verlauf der Debatten im *Sachverständigenausschuss für Raumordnung* (SARO) und darüber hinaus lässt sich so unter den deutschen Planungsexperten, die ihre Karrieren im NS-Staat angetreten hatten, einerseits ein Fortwirken von Interessen und Identitäten beobachten, die an konservative Themen der Zivilisationskritik und Kritik der Industriegesellschaft anknüpften und traditionelle Bilder von Familie, Gesellschaft und Ordnung im Raum entwarfen. Die vermeintlich „wissenschaftliche Bestimmung“ dieser Leitbildinhalte erfolgte im *Sachverständigenausschuss für Raumordnung* als Selbstverständigung einer vergleichsweise homogenen Expertengruppe, die nicht zuletzt durch ein Interesse an ihrer eigenen professionellen Absicherung durch eine institutionalisierte Bundesraumordnung getragen war. Die fachpolitisch motivierte Suche nach einer gemeinsamen Basis in der Raumplanung bekam insofern einen konsolidierenden Charakter. Sie war darauf ausgerichtet, im Konsens eine gemeinsame Basis für eine Raumordnung auf Bundesebene zu erarbeiten und bezog sich entsprechend auf einen Vorrat von bekannten und anerkannten Methoden und Krisendiagnosen.¹⁷

Wichtiger als die mit besonderer Aufmerksamkeit diskutierten Punkte wurden in der realen Raumentwicklung der Wirtschaftswunderzeit allerdings Aspekte, die das SARO-Gutachten von 1961 nicht oder nur marginal ansprach. Massenmotorisierung, Suburbanisierung und neue Betriebsformen des Einzelhandels als Phänomene, die in den späten 1950er-Jahren einsetzten und aus heutiger Sicht die Siedlungsstruktur seit dieser Zeit entscheidend verändert haben, blieben im Gutachten weitgehend unberücksichtigt. Anders formuliert: Das Festhalten an alten Idealbildern markiert eine Art „Realitätsverlust“ der deutschen Raumplanung und zeigte sich in den folgenden Jahren in ihrer weitgehenden Wirkungslosigkeit in wichtigen Standortentscheidungen. Der Sachverständigenausschuss klammerte sich in einem historischen Zeitabschnitt, in dem sich das überkommene Siedlungssystem in Deutschland mit nie gekannter Geschwindigkeit grundlegend veränderte, an ein überliefertes Inventar gemeinsamer Anschauungen.

Dies betraf mittelbar auch das Konzept der zentralen Orte. Die 1965 im Gesetz verabschiedeten Grundsätze der Raumordnung¹⁸ erwiesen sich, wie die nach Inkrafttreten des Gesetzes fast zeitgleich einsetzende Kritik deutlich macht, weitgehend als „Leerformeln“ (Dittrich 1966), die nicht in konkrete raumpolitische Maßnahmen umsetzbar waren. Diese Unschärfe stärkte die Referenzfunktion des Zentrale-Orte-Modells. Unter den Grundsätzen des Raumordnungsgesetzes war die Zielvorstellung der Versorgung zurückgebliebener Gebiete durch zentrale Orte (ROG 1965 §2 Abs. 1) Grund-

17 Heinrich Mäding stellt 2017 in einer kritischen Wertung fest, das SARO-Gutachten sei „zu sehr am Mainstream der damaligen Fachdebatten orientiert“ gewesen, um einen zukunftsorientierten Impuls aussenden zu können (Mäding 2017: 384).

18 Das Gesetz von 1965 (ROG 1965) benannte in §2 neun Grundsätze der Raumordnung: (1) Gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen, (2) angemessene Verdichtung, (3) Förderung zurückgebliebener Gebiete, (4) Förderung des Zonenrandgebietes, (5) Erhaltung der Land- und Forstwirtschaft, (6) vorausschauende Planung in Verdichtungsräumen, (7) Pflege der Landschaft, (8) Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit sowie der (9) zivilen und militärischen Verteidigungserfordernisse (vgl. Zinkahn/Bielenberg 1965: 28-47).

satz 3) nämlich die einzige, die Aussagen darüber zuließ, wie das allgemeine Ziel einer ausgewogenen Wirtschafts- und Sozialstruktur konkret bestimmt und im Sinne der optimalen Zuordnung von Bevölkerung und Raum operationalisiert werden konnte. Auch in Zieglers Vorstellung vom „Zellengefüge eines gesunden hochindustrialisierten Landes“ (Ziegler 1963) dienen zentrale Orte als Vermittlungsinstanz zwischen einer modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaft und einer überlieferten „Regionalkultur“. Das Konzept der zentralen Orte wurde auf diese Weise zu einer Kompromiss- und Ausgleichsformel, die zwischen älteren industrialisierungs- und zivilisationskritischen und jüngeren fortschrittsfreundlicheren Positionen in der deutschen Raumplanung vermitteln konnte und zugleich einen Generationenkonflikt überbrückte. Eben deshalb setzte nach Erlass des Raumordnungsgesetzes 1965 eine breite Beschäftigung mit zentralen Orten ein. In der Planungseuphorie der 1960er- und 1970er-Jahre wurde die Ausgestaltung der Zentrale-Orte-Systematik von einer jüngeren Generation von Raumforschern getragen, die sich in der Arbeit mit quantitativen Methoden teils sehr bewusst von ihren Vorgängern in der Raumplanung abzugrenzen suchten. Dass dies ohne eine Reflexion der Rolle geschah, die Christallers Zentrale-Orte-Modell in der Raumplanung des NS-Staates eingenommen hatte, war Ergebnis einer manipulierten Fachgeschichtsschreibung. Die jüngeren Forscher wurden Opfer einer von ihren Vorgängern gestifteten Legende, das Konzept der zentralen Orte in der Raumplanung habe nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt.

Quellen

- BArch Berlin – Bundesarchiv Berlin
 BArch R49 – Bundesarchiv Berlin (Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums)
 BAK – Bundesarchiv Koblenz
 BAK B102 – Bundesarchiv Koblenz (Bundesministerium für Wirtschaft)
 BAK B136 – Bundesarchiv Koblenz (Bundesministerium für Wohnbau)

Literatur

- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1996) (Hrsg.): 50 Jahre ARL in Fakten. Hannover.
- Bülow, F. (1950): Raumforschung als wissenschaftliche Aufgabe. In: Zeitschrift für Raumforschung 1, 231-235.
- BVerfGE – Bundesverfassungsgericht (1954): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 3 vom 16. Juni 1954. Karlsruhe.
- Christaller, W. (1941): Die Zentralen Orte in den Ostgebieten und ihre Kultur- und Marktgebiete. Leipzig.
- Dittrich, E. (1955): Grundfragen deutscher Raumordnung. Bad Godesberg.
- Dittrich, E. (1966): Leerformeln in Raumforschung und Raumordnungspolitik. In: Raumforschung und Raumordnung 24, 193-198.
- Engler, H. (2018): Zwischen Zukunftsverheißung, Planungseuphorie und kulturellem Wandel. Urbane Planung in West- und Ost-Berlin. In: Seefried, E.; Hoffmann, D. (Hrsg.): Plan und Planung. Deutsche Vorgriffe auf die Zukunft. Berlin, 180-197.
- Ernst, W. (1991): Die Bundesraumordnung von 1945 bis 1965. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Zur geschichtlichen Entwicklung der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Hannover, 3-31. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 182.
- Göderitz, J. (1950): Die Stellung der Städte in der Landesplanung. In: Zeitschrift für Raumforschung 1, 114-117.

- Günther, B.; Fischer, N. (2019): Erich Keßler. <https://www.stormarnlexikon.de> (10.08.2020).
- Gutberger, J. (1994): Volk, Raum, Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumerforschung im „Dritten Reich“. Münster.
- Gutschow, N. (2001): Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939 - 1945. Bauwelt-Fundamente Band 115. Gütersloh [u. a.].
- Haupt, H. G.; Requate, J. (2004) (Hrsg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Weilerswist.
- Istel, W. (1999): Wie die Raumordnung in das Grundgesetz kam. Zum 50jährigen Bestehen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Kabel, E. (1949): Baufreiheit und Raumordnung. Die Verflechtung von Baurecht und Bauentwicklung im deutschen Städtebau. Ravensburg.
- Kegler, K. R. (2015): Deutsche Raumplanung. Das Modell der „Zentralen Orte“ zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Paderborn.
- Krekeler, S. (2020): Erich Keßler und die Netzwerke des Gründungspersonals. <https://www.ausstellung.geschichte-innenministerien.de> (10.08.2020).
- Lauschke, K. (2003): Von der Krisenbewältigung zur Planungseuphorie. Regionale Strukturpolitik und Landesplanung in Nordrhein-Westfalen. In: Frese, M.; Paulus, J.; Teppe, K. (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn, 451-471.
- Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Tübingen.
- Mäding, H. (2017): Das SARO-Gutachten (1961): Beurteilung von Entstehung, Inhalt und Wirkung. In: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 75, 371-387.
- Mäding, H.; Strubelt, W. (2009) (Hrsg.): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 346.
- Metzler, G. (2005): Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Paderborn.
- Muermann, E. (1951): Raumordnung und Landesplanung. In: Der Wirtschaftsdienst 31, 17-23.
- Roloff, H. (1956): Aufgaben der Bundesraumordnung. Köln.
- SARO – Sachverständigenausschuss für Raumordnung (1961): Die Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart.
- Umlauf, J. (1957): Wesen und Organisation der Landesplanung. Essen.
- Weigmann, H. (1935): Politische Raumordnung. Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Lebensraumes. Hamburg.
- Yamai, T. (2014): Landesplanung und kommunale Selbstverwaltung. Der Weg zum Landesplanungsgesetz von 1962 in Baden-Württemberg. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 73, 305-330.
- Zakrzewski, P. (2009): Josef Umlauf – bedingt gesprächsbereit. Das Wirken eines Planers im Nationalsozialismus und der jungen Bundesrepublik im Spiegel zeitgenössischer Dokumente. Ein Rekonstruktionsversuch. In: Mäding, H.; Strubelt, W. (Hrsg.): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Hannover, 66-83. = Arbeitsmaterial der ARL 346.
- Ziegler, G. (1941): „Neue Raumordnung in Schlesien“. Schlesische Tageszeitung vom 1. Januar 1941, 8. Beiblatt, Seite 1. In: BArch R49/1003: 001.
- Ziegler, G. (1957): Die neue Kunst und Disziplin der Landesplanung. In: Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt 2, 97-101.
- Ziegler, G. (1963): Das Zellengefüge eines gesunden, hochindustrialisierten Landes. In: Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung 7, 3/4, 1-23.
- Zinkahn, W.; Bielenberg, W. (1965) (Hrsg.): Raumordnungsgesetz des Bundes. Kommentar unter Berücksichtigung des Landesplanungsrechts. Berlin.

Autor

Karl R. Kegler, *Prof. Dr. phil., Dipl.-Ing. Architektur/Städtebau, Architekt BDA a.o. Professor für Geschichte und Theorie der Stadt und der Architektur an der Hochschule München. Studium Architektur/Städtebau, Philosophie und Geschichte in Köln und Aachen. 2011 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zur Geschichte der Raumplanung in Deutschland. 2011-2015 Dozent und Postdoc am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur gta der ETH Zürich. 2015 Berufung nach München. Mitherausgeber der Online-Zeitschrift *archimaera*. Aktuelle Publikationen: Deutsche Raumplanung. Das Modell der zentralen Orte zwischen NS-Staat und Bundesrepublik 1930-1969 (2015); Re-Scaling the Environment. New Landscapes of Design 1960-1980 (2017); RaumKleider. Verbindungen zwischen Architektur, Körper und Kleid (2018).*

Sabine Baumgart, Axel Priebis

AUSBLICK AUF WEITERFÜHRENDE DISKURSE

Mit der Veröffentlichung der Vorträge des Kolloquiums „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ vom 7. November 2019 ist die ARL bei der Aufarbeitung ihrer Geschichte einen wesentlichen Schritt vorangekommen. Durch die publizierten Beiträge wird deutlich, wie stark sich die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG), die Vorläuferinstitution der ARL – *Akademie für Raumforschung und Landesplanung*, dem nationalsozialistischen Regime angedient hatte und wie deutlich die personellen Kontinuitäten bis weit in die Nachkriegszeiten bestanden. Belegt werden auch die teilweise stark ausgeprägten regionalen Netzwerke der frühen Raumforschung und die damals entstandenen, häufig über Jahrzehnte stabilen und über reine Arbeitsbeziehungen hinausgehenden persönlichen Verbindungen. Gleichzeitig zeigen die Beiträge aber auch, wo es individuelle Unterschiede im Verhalten gab und wo sich neben Kontinuitäten auch Brüche ergaben.

Präsidium und Mitgliedschaft der ARL – *Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft* (so der neue Name der ARL seit 2020) warten nun gespannt auf die Fertigstellung des Forschungsprojektes von Oliver Werner. Wenngleich er einige wesentliche Aspekte seiner Forschungsarbeit bereits auf Veranstaltungen vorgetragen und in diesem Band veröffentlicht hat, lässt die Veröffentlichung doch wichtige Vertiefungen und wesentliche neue Aspekte erwarten. Mit diesem Forschungsauftrag hat die ARL den entscheidenden Impuls zur Aufarbeitung ihrer Vergangenheit gegeben. Nach der Veröffentlichung seiner Ergebnisse dürfte die Fachöffentlichkeit der Gegenwart noch einmal deutlich vertiefte Einblicke in die Denkweisen, Strukturen und Netzwerke der frühen Raumforschung bekommen. Gleichzeitig dürften auch individuelle Haltungen und Strategien der in Raumforschung und Raumordnung Tätigen in der Zeit des Nationalsozialismus sowie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten besser erkennbar werden. Raumforschung und ihre Konzepte als Wegbereiter für die ideologisch motivierte, rücksichtslose Überplanung der besetzten bzw. annektierten östlichen Nachbarstaaten und die Vertreibung der dortigen Bevölkerung ist eine schwere Bürde. Diese gilt es im kollektiven Gedächtnis der Raumplanung zu erhalten – auch deswegen, weil inzwischen die Zeitzeugen aus der nationalsozialistischen Ära kaum noch leben. Rückblicke und Perspektiven sowie die Reflexion des Fachwissens und der eigenen Haltung der in dieser Zeit aktiv an der Raumforschung und Raumplanung Beteiligten dürften weitere Facetten hinzufügen.

Über diese spezifischen Erkenntnisse aus der NS-Zeit hinaus ermöglichen die vorgelegten Ergebnisse auch einen generellen Blick auf Funktion und Arbeitsweise von Raumforschung und Raumordnung unter den Bedingungen eines totalitären Regimes. Sie zeigen, dass wissenschaftliche, analytische Zugänge und entsprechende kartographische Darstellungsformen sowie Konzepte zur Planung und Gestaltung des Raumes eminent politische Fragen sind. Dies gilt aber nicht nur, wie die Beiträge dieses Bandes

zeigen, wenn sie von einem Regime für ihre ideologischen und imperialistischen Zwecke benutzt werden, sondern es gilt auch für die Raumplanung in der Demokratie. Denn die Gestaltung des Raumes ist auch im besten Sinne eine politische Frage – in dem Sinne nämlich, dass in einer Demokratie über die räumliche Entwicklung von Gemeinden, Regionen und staatlichen Territorien nicht nach Ideologien und mit der Macht des Stärkeren entschieden wird. Hier sind es in der Regel intensive Diskurse und breite Partizipationsmöglichkeiten, die zu Entscheidungen mittels qualifizierter und transparenter Abwägungs-, Aushandlungs- und Beschlussprozesse führen.

Dieser Bezug zur Gegenwart zeigt, dass die Aufarbeitung der Geschichte von Raumforschung und Raumordnung kein Selbstzweck oder gar ein einmaliger pflichtschuldiger Akt ist. Vielmehr zeigen die aktuellen Entwicklungen überall auf der Welt, aber auch das Erstarken populistischer und nationalistischer Bewegungen in Deutschland deutlich, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie müssen täglich verteidigt, offensiv kommuniziert und überzeugend gelebt werden. Das gilt in diesem Kontext natürlich auch für die Raumplanung. Es muss zumindest nachdenklich machen, wenn sich viele Menschen in einigen Teilräumen unseres Landes „abgehängt“ fühlen oder den Eindruck haben, keinen Einfluss auf die Entwicklung ihres heimatlichen Umfeldes zu haben. Natürlich muss man bei solchen Klagen stets genau hinschauen, weil Demokratie und Beteiligung keinesfalls eine einseitige Bringschuld gewählter Persönlichkeiten und öffentlicher Einrichtungen bedeuten. Aber diese Entwicklungen zeigen auf jeden Fall, dass alle in der Raumplanung Tätigen noch stärker gefordert sind, auf Fakten basiert über Problemlagen sowie fachlich ausgewogen über Planungen und Projekte zu informieren, auf breiter Basis die Menschen zu konsultieren und damit für transparente demokratische Entscheidungsprozesse zu sorgen.

Alle wesentlichen Entscheidungen über die Entwicklung unserer Kommunen, Regionen und Länder werden in demokratisch gewählten und legitimierten Gremien getroffen, über deren Arbeit die Medien berichten und deren Sitzungen in der Regel öffentlich sind. So kommt es auch darauf an, fundiert und verständlich über solche Prozesse zu informieren und individuelle Mitwirkungsmöglichkeiten sowohl zu eröffnen, zur Mitwirkung zu motivieren als auch sie zu kommunizieren. Die Austragung von Konflikten, intensive Debatten und ein hartes Ringen um nachhaltig tragfähige Entscheidungen sind ein wesentlicher und notwendiger Teil der Beratungs-, Abwägungs- und Entscheidungsprozesse in der repräsentativen Demokratie. Nicht zuletzt die Form, wie insbesondere vor Ort der Umgang miteinander gepflegt wird, prägt die Sichtweisen und beeinflusst die Werthaltungen der Bevölkerung.

Gerade bei einem so normativ angelegten wissenschaftlichen Zugang wie in der Raumforschung bedarf es eines permanenten kritischen Blicks auf den Umgang mit historischen Fakten und auch problematisch konnotierten Begriffen. Das historisch belastete Verständnis und Konzept von Heimat wird aktuell in vielen Zusammenhängen neu konstruiert und untersetzt und die Deutungshoheit damit nicht den populistischen Stimmungsmachern überlassen. Auch gilt es, aktuelle Forschungsfelder zu gestalten und sich kritisch im Hinblick auf die unterstützende Rolle von Planungswissenschaft und -praxis in der Demokratie für eine zukunftsorientierte Politikberatung einzusetzen.

Hier schließt sich der Kreis zum Kernthema des Buches. Denn der Nationalsozialismus war nur möglich, weil im Vorfeld der Machtergreifung die demokratischen Institutionen angegriffen, verächtlich gemacht und ausgehöhlt wurden. Schnelle Entscheidungen von oben, durch welche einzelne Bevölkerungsgruppen kategorisiert, ausgegrenzt und ihre Rechte und Belange mit Füßen getreten wurden, sollten die Stärke des Regimes belegen. Dies wurde als Gegenmodell zu den oft langwierigen, dafür auf Vermittlung und Ausgleich angelegten demokratischen Entscheidungen propagiert. Glücklicherweise ist die Demokratie der heutigen Bundesrepublik wesentlich gefestigter als die der jungen Weimarer Republik, die schon unter erheblichem innen- und außenpolitischem Druck stand, bevor sie sich richtig stabilisieren konnte. Aber auch heute geht es darum, die verfassungsmäßige Rollenverteilung in den Planungs- und Beteiligungsprozessen ernst zu nehmen und den gewählten Gremien und Amtspersonen den nötigen Respekt zu zollen. Dies gilt ganz besonders für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker und -politikerinnen, die sich aktuell damit konfrontiert sehen, in unglaublicher Weise beschimpft, bedroht und angegriffen zu werden.

Die ARL hat aus ihrer Geschichte gelernt und will die Erkenntnisse der von ihr initiierten Forschungsprojekte und wissenschaftlichen Diskussionen einer breiten Fachöffentlichkeit und darüber hinaus allen Interessierten zur Verfügung stellen. Die Debatte wird mit den Ergebnissen des hier dokumentierten Kolloquiums sowie des in Kürze abgeschlossenen Forschungsprojekts von Oliver Werner künftig auf einer erheblich breiteren und stabileren Basis stehen.

Ebenfalls kurz vor dem Abschluss steht ein weiteres Projekt, das vom *Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur* finanziert und von Detlef Schmichen-Ackermann (ebenfalls *Institut für Didaktik der Demokratie* (IDD), Leibniz Universität Hannover) geleitet wird, nämlich das Forschungsprojekt „Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945“, das inhaltlich eng mit dem von Oliver Werner verzahnt ist. Auch die Ergebnisse dieses Projekts sollen zeitnah der Fachöffentlichkeit präsentiert werden.

Die Diskussion über die Vergangenheit der ARL und die Geschichte von Raumforschung und Raumordnung insgesamt ist also nicht abgeschlossen, sondern beginnt erst. Wir laden dazu ein.

KURZFASSUNG / ABSTRACT

Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie – das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung

Der Tagungsband dokumentiert ein von der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (bis 2019: Akademie für Raumforschung und Landesplanung) durchgeführtes Kolloquium in Hannover am 7. November 2019. Im Zentrum des Kolloquiums „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ stand die kritische Reflexion der Geschichte der ARL und ihrer Vorläuferorganisation mit ihren institutionellen Strukturen und ihrer Arbeitspraxis vor und nach 1945. Mit Rückschau auf die 1935 gegründete Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) erfolgte eine Auseinandersetzung mit ihrem Forschungsprogramm. Gleichzeitig wurde auch die Historie weiterer raumwissenschaftlicher Institutionen beleuchtet, wie der Wiener Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung mit ihren Südosteuropaforschungen während der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Anhand der Forschungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) im Nationalsozialismus wurde die Instrumentalisierung der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Methoden für eine nationalsozialistische Raumplanung dokumentiert. Das Konzept der Zentralen Orte als bis heute aktuelle Grundlage der Landesplanung wurde ebenso kritisch reflektiert wie die frühe Landesplanung in Bayern mit ihren Kontinuitäten in den rechtlichen Grundlagen, den personellen Strukturen und den Aufgabenfeldern.

Schlüsselwörter

Raumwissenschaften, Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, nationalsozialistische Raumplanung

Spatial research between National Socialism and Democracy – the difficult heritage of the Reich Association for Spatial Research

This volume presents the proceedings of a conference organised by the ARL – Academy for Territorial Development in the Leibniz Association (until 2019: Academy for Spatial Research and Planning) under the title ‘From the RAG to the ARL: Personnel, institutional, conceptual and spatial planning (dis)continuities’, held in Hannover on 7 November 2019. The focus of the conference was on critical reflection of the history of the ARL and the organisations that preceded it, examining their institutional structures and working practices before and after 1945. Looking back on the Reich Association for Spatial Research (*Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* – RAG) founded in 1935 included the consideration of its research programme. The history of other institutes of spatial science also was investigated, such as the Viennese Working Groups for Spatial Research (*Wiener Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung*) and their research in Southern Europe during the Nazi era and in the post-war period. The research programme of the Institute for the World Economy (*Institut für Weltwirtschaft* – IfW) based in Kiel revealed the instrumentalisation of academic research and its methods for National Socialist spatial planning. The Central Place Con-

cept, which continues to be the basis of regional planning in the German federal states, was the object of critical reflection. Discussion also considered early planning in the state of Bavaria and its continuities in terms of legal foundations, personnel structures and fields of engagement.

Keywords

Spatial sciences, Reich Association for Spatial Research, National Socialist spatial planning

NAMENSREGISTER

Adenauer, Konrad	84, 85
Aly, Götz	45
Beckmann, Klaus	3
Bente, Hermann	40
Blöcker, Werner	12
Blücher, Franz	61
Bodo, Fritz	27
Bößenecker, Hermann	78
Brandt, Willi	79
Brecht, Julius	61
Brenneisen, Reinhold	19
Brüning, Kurt	8, 9, 10, 48, 49, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 65, 66, 67, 86, 92
Brunner, Otto	29
Bülow, Friedrich	22, 44, 63, 64, 65, 86
Casper, Karl	41, 42
Christaller, Walter	22, 42, 73, 91, 92, 95
Diernhafer, Karl	28
Dietze, Constantin von	11
Dillner, Günther	41
Dittrich, Erich	85, 92, 94
Dörries, Hans	19
Durth, Werner	3, 4, 5
Düwel, Jörn	5
Egner, Erich	52, 62, 65
Ellinghaus, Hermann	19
Erhard, Ludwig	22
Eucken, Walter	41
Feder, Gottfried	19
Fick, Harald	40
Franz, Günther	61, 67, 79
Freyer, Hans	22
Glatzel, Frank	55, 57, 58, 60, 65
Goppel, Alfons	79
Grimm, Hans	8, 9, 11
Grimme, Adolf	57
Grünberg, Hans-Bernhard von	42
Gutschow, Niels	5, 88

Hammerstein, Notker	13
Harm, Bernhard	39, 42
Harmsen, Hans	64
Hassinger, Hugo	26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 53, 56
Haßlinger, Kurt	76
Haushofer, Karl	28
Heberle, Rudolf	20
Heim, Susanne	45, 70
Hellmuth, Otto	76
Hensen, Heinrich	12, 15
Hesse, Paul	8, 9, 10, 19, 21, 53, 62
Hildebrandt, Walter	21
Himmler, Heinrich	4, 18, 10, 29
Hirsch, Hans	27
Hirte, Katrin	10, 20
Hitler, Adolf	4, 16, 33, 88
Hoffmann, Friedrich	45
Hoffmann, Walter G.	42, 43
Hunke, Werner	3, 50, 59, 60, 63, 86
Ilz, Erwin	27
Isenberg, Gerhard	14, 15, 19, 54, 63, 64, 65, 86, 91, 92
Istel, Wolfgang	73
Jarmer, Ernst	12
Jaschke, Alois	29
Jeserich, Kurt	19
Kamm, Wunibald	19
Karasek, Alfred	29
Kerrl, Hans	13, 51
Keßler, Erich	85, 86, 88, 89, 92, 93
Kiesinger, Kurt Georg	79
Klingemann, Carsten	15
Knoeringen, Waldemar von	78
Kogutowicz, Károly	31
Kornrumpf, Martin	12, 17, 19
Kozeny, Josef	29
Kubiena, Walter	29
Kurtz, Bernhard	75, 76
Lautenbacher, Hartmann	56
Lendl, Egon	29
Lenschow, Gerhard	43
Ley, Norbert	85
Löhr, Erwin	27
Ludowici, Johann Wilhelm	13, 41

Mackenroth, Gerhard	40
Machui, Artur von	11
Mäding, Heinrich	5, 94
Mai, Uwe	15, 18, 20, 35
Markert, Werner	67
Mentzel, Rudolf	10, 11, 51, 56
Metzger, Fritz	33
Meyer, Konrad	3, 4, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 22, 41, 51, 53, 54, 56, 64, 67, 86, 91
Morgen, Herbert	8, 9, 10, 11, 13, 21, 86
Mortensen, Hans	62, 63
Muermann, Erwin	60, 61, 65, 89, 90
Muhs, Hermann	8, 9, 10, 11, 12, 22, 90
Müller, Gottfried	8, 9, 10, 16, 86
Müller, Johannes	19
Müller, Karl Valentin	64
Neundörfer, Ludwig	10, 52
Niemeyer, Reinhold	52
Olsen [Olszewski], Karl Heinrich	63
Petersen, Asmus	54
Pfeffer, Karl Heinz	60, 64
Pirath, Carl	62
Platzhoff, Werner	52
Prager, Stephan	61
Predöhl, Andreas	40, 42, 46
Prinz, Michael	15, 21
Rappaport, Philipp	61
Riehl, Heinrich Wilhelm	16
Ritterbusch, Paul	10, 54, 56
Roloff, Hermann	12, 15, 86, 92
Rosenberg, Alfred Ernst	4
Rust, Bernhard	51, 56
Sauermann, Heinz	22, 52
Schedl, Otto	79
Schelsky, Helmut	21
Schepers, Hansjörg	55
Schiller, Karl	42
Schmalz, Kurt	55, 63
Schmiechen-Ackermann, Detlef	100
Schmitt, Ernst	75
Schmölder, Günter	22
Schröder, Gerhard	84, 85

Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von	88, 89
Schultze, Johann Heinrich	54, 63
Schürmann, Artur	10, 19
Schuster, Ernst	19
Schwind, Martin	60
Seedorf, Wilhelm	10
Seiler, Karl	21
Sell, Stefan	11, 22
Sering, Max	11
Skiba, Richard	59
Sohnrey, Heinrich	8, 9, 10, 11
Speer, Albert	43, 57
Spreitzer, Hans	35
Steinsch, Irma	34
Sting, Heinz	59, 60
Strauß, Josef	79
Streibl, Max	72
Strubelt, Wendelin	5
Trautmann, Walter	52
Umlauf, Josef	85, 86, 90
Venhoff, Michael	5, 15, 44
Vowinckel, Kurt	16
Wagner, Josef	9, 42
Weber, Adolf	42
Weber, Max	20
Weigelt, Johannes	52
Weigmann, Hans	16
Werner, Oliver	5, 6, 98, 100
Willeke, Eduard	19
Wortmann, Wilhelm	4, 5
Wunderlich, Erich	19
Wurzbacher, Gerhard	21
Ziegler, Gerhard	14, 55, 65, 82, 83, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 93, 95

Der Tagungsband dokumentiert ein von der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (bis 2019: Akademie für Raumforschung und Landesplanung) durchgeführtes Kolloquium in Hannover am 7. November 2019. Im Zentrum des Kolloquiums „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ stand die kritische Reflexion der Geschichte der ARL und ihrer Vorläuferorganisation mit ihren institutionellen Strukturen und ihrer Arbeitspraxis vor und nach 1945. Mit Rückschau auf die 1935 gegründete Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) erfolgte eine Auseinandersetzung mit ihrem Forschungsprogramm. Gleichzeitig wurde auch die Historie weiterer raumwissenschaftlicher Institutionen beleuchtet, wie der Wiener Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung mit ihren Südosteuropaforschungen während der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Anhand der Forschungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) im Nationalsozialismus wurde die Instrumentalisierung der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Methoden für eine nationalsozialistische Raumplanung dokumentiert. Das Konzept der Zentralen Orte als bis heute aktuelle Grundlage der Landesplanung wurde ebenso kritisch reflektiert wie die frühe Landesplanung in Bayern mit ihren Kontinuitäten in den rechtlichen Grundlagen, den personellen Strukturen und den Aufgabenfeldern.

